

Der Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Beitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verord-
 nungen und Beschlüsse 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Korrespondenz: Amt I, Nr. 1503.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2. Donnerstag, den 15. November 1900. Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508. Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Thronrede.

Am Mittwochmittag wurde im Ritteraal des Schlosses unter dem gewohnten höfisch-militärischen Pomp die Eröffnung des Reichstags vorgenommen. An den Stufen des Throns stand diesmal der älteste Sohn Wilhelm II. Der Kaiser verlas in Person die folgende Thronrede:

Geehrte Herren!

Nachdem ich Sie zu erneutem Wirken im Dienst des Gemeinwohls berufen habe, erbitte ich Ihnen namens der verbündeten Regierungen Glück und Willkommen.

Die Ereignisse im fernen Osten haben unter allen gesitteten Völkern der Erde tiefe Erregung hervorgerufen. Fanatischer Haß und finsterner Aberglaube, angestachelt von gewissenlosen Ratgebern des Belinger Hofes, hatten mißleitete Massen des chinesischen Volks zu Greuelthaten getrieben gegen die friedlich unter ihnen weilenden Vorposten abendländischer Civilisation und christlicher Kultur. Bei dem mutig unternommenen Versuch, die aufziehende Gefahr zu beschwören, starb mein Geheulter von meuchelmörderischer Hand. Die Fremden in der Hauptstadt sahen sich an Leib und Leben bedroht. Aber die Schreckensbotschaft einte, was sonst getrennt. Alle Nationen, gegen die sich der unerhörte Angriff richtete, schlossen sich eng zusammen, und einmütig kämpften Schulter an Schulter ihre Söhne. Und wie die Feldzeichen draußen gemeinsam wehen, so zeigen sich die Regierungen in ihren Beratungen von dem einstimmigen Wunsche befeht, möglichst bald wieder geordnete Zustände herbeizuführen und nach Bestrafung der Hauptschuldigen der Wiederkehr solcher Störung des Weltfriedens für die Zukunft vorzubeugen.

Wenn hätte ich auf die Kunde von dem Ausbruch der Wirren in China alsbald die Volksvertretung um mich versammelt. Wie das deutsche Volk mit seinen Fürsten die Ausfahrt der freiwillig zu den Fahnen geeilten wehrhaften Jugend und ihrer Führer mit Kundgebungen freudigen Stolzes und mutiger Zuversicht begleitete, einer Zuversicht, die feister durch das Verhalten unserer Krieger vor dem Vaterlande wie vor dem Auslande voll gerechtfertigt ist, so würde gewiß auch die Volksvertretung mit patriotischer Entschlossenheit für die zu ergreifenden Maßnahmen eingetreten sein und hierdurch deren Wucht gesteigert haben. Aber während nur das eine sicher war, daß ohne Zögern gehandelt werden mußte, war die Grundlage für die zu fassenden Beschlüsse, zumal bei der Unsicherheit des Nachrichtenstandes, schwankend, sondern demgemäß die und erwachsenden Aufgaben noch keineswegs fest, und entzog sich damit das Maß der notwendigen Aufwendungen einer finanziellen Schätzung. Wenn hiernach davon abgesehen worden ist, den Reichstag zu einer außerordentlichen Sitzung behufs verfassungsmäßigen Beschlusses über den Kostenanwand zu berufen, so hegen doch die verbündeten Regierungen das Vertrauen, daß die Volksvertretung den unvermeidlich gewordenen Ausgaben ihre nachträgliche Zustimmung nicht versagen werde. Galt es doch, nicht nur schwer bedrohte deutsche Interessen zu schützen, sondern auch die Ehre des deutschen Namens ohne Verzug zu wahren.

Gegenwärtig läßt sich der durch das ostasiatische Unternehmen verursachte Aufwand für das laufende Rechnungsjahr überschauen; er bildet den Gegenstand einer besonderen Kreditvorlage, die Ihnen sofort zugehen wird.

In dem Entwurfe zum Reichshaushalts-Etat haben, dank dem natürlichen Steigen der Einnahmen und den vom Reichstag in der vorigen Tagung beschlossenen Steuererhöhungen, für fast alle Zweige der Reichsbürgerschaft reichere Mittel angesetzt werden können, insbesondere zu Zwecken der Fürsorge für die Arbeiter und der Landesverteidigung.

Ein Zolltarifgesetz ist soweit vorbereitet, daß die Vorlage des Entwurfs an den Bundesrat im Laufe des Winters zu erwarten ist.

Nächst den in der vorigen Tagung nicht verabschiedeten Entwürfen einer Seemanns-Ordnung und der damit in Zusammenhang stehenden Gesetze, werden neue Vorlagen Sie beschäftigen, durch welche einerseits eine einheitliche Gestaltung der öffentlich-rechtlichen Seite des Privat-Versicherungswesens herbeigeführt, andererseits die Reichsgesetzgebung über das Urheberrecht mit der fortgeschrittenen Rechtsentwicklung in Einklang gebracht werden soll.

Vorbereitet wird eine durch die Neugestaltung der Unfallversicherungs-Gesetze bedingte Abänderung der Vorschriften über die Unfallfürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstands sowie eine Vorlage, welche die Vorschriften über den Verkehr mit Wein zu verbessern bezweckt.

Die Beziehungen des Reichs zu allen auswärtigen Mächten sind fortwährend gut und freundlich. Mit Behmut und Geduld meines Verbündeten und teuren Freundes, des Königs Humbert, welcher in seinem königlichen Beruf als Opfer eines so würdigen Ansehens fiel.

Auf der Weltausstellung zu Paris, wo das Nachbarland dem friedlichen Wettstreit der Völker eine gastliche Stätte bereitet hatte, ist deutschem Fleiße und deutscher Kunstfertigkeit reiche Anerkennung zu teil geworden. Dieser Erfolg, den Sie gewiß freudig mit mir begreifen, wird der nationalen Arbeit auf allen Gebieten ein Sporn zu neuen Anstrengungen und immer größeren Leistungen sein.

Möchten die Beratungen, denen Sie sich, geehrte Herren, im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen widmen wollen, unter dem Beistande der göttlichen Gnade dem teuren Vaterlande zum Segen gereichen!

Die vorstehende Kundgebung der Regierung unter dem Zeichen des Grafen Bülow atmet in nichts jenen Geist der Weltwende, den die Schwärmer der chinesischen Kreuzfahrt erwartet haben mochten. Der erste Teil der Erklärung versucht sich in einem höheren Pathos, der zweite Teil ist die nüchternste Geschäftsanzeige. Ein Programm oder auch nur ein leitendes Prinzip wird weder für die äußere noch die innere Politik aufgestellt.

Die Thronrede beginnt mit der Erwähnung des chinesischen Kriegs, ohne den Versuch einer historisch-unabhängigen Würdigung der Ursachen und Wirkungen des Zustands zu machen. Alle Schuld wird den Chinesen zugeschoben und es wird keinerlei Zugeständnis an das sonst so gepriesene heiligste Recht einer Nation, für die nationale Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bekundet. Man erfährt in der Thronrede ebenso wenig etwas Tröstliches über die wirklichen Ursachen der Unruhen, wie über die Ziele der deutschen China-Politik. Man begnügt sich mit einem Appell an das Gefühl.

Warum man den Reichstag nicht rechtzeitig einberufen, das wird weder erklärt noch entschuldigt. Den Indemnitäts-Komödianten der bürgerlichen Opposition wird die Konzeption gemacht, daß die Regierung die Zustimmung des Reichstags für verfassungsmäßig notwendig erachtet. Die Genehmigung des Kredits sei nicht im voraus eingeholt, so wird ausgeführt, weil man die finanziellen Bedürfnisse anfangs noch nicht habe überschauen können. Läßt man einen solchen Grund zu, so kann die Regierung jeden Krieg anfangen, ohne den Reichstag vorher um die Bewilligung der Gelder zu bemühen; denn niemals lassen sich im voraus die Kosten überschauen. So klug wie wir jetzt über die China-Expedition sind, waren wir übrigens schon im ersten Anfang. Die Affaire ist sogar eher dunkler als klarer geworden.

Der zweite Teil der Thronrede kündigt einige bereits bekannte und einige neue Vorlagen an. Die Kranten-Kassen-Robelle scheint man einzuweisen noch nicht einbringen zu wollen. Die 12 000 Mark-Angelegenheit hat das Reichsamt des Innern offenbar veranlaßt, diese „Reform“ zu vertragen, deren scharfmacherischer Ursprung ja bereits nachgewiesen worden ist.

Bemerkenswert ist, daß die Thronrede den Termin der Einbringung des Zolltarifs im Reichstag im Dunkeln läßt. Es wird nur gesagt, er werde im Laufe des Winters dem Bundesrat zugehen. Damit wird die Vermutung bestätigt, daß der Interessenkampf hinter den Kulissen noch wild tobt und bisher keine Entscheidung gefallen ist. Die „Wirtschaftspolitik des Kaisers“, von der Herr v. Miquel in Gildesheim sprach, scheint tatsächlich nicht ganz den agrarischen Wünschen zu entsprechen.

Worin die Fürsorge für die Arbeiter bestehen wird, ist in der Thronrede nicht angedeutet. Vermutlich wird es sich um 2 oder 3 Millionen für den Bau von Arbeiterhäusern handeln. Um so höher sind die Forderungen für Heer und Marine. Die von der Thronrede zur Schau getragene Zufriedenheit mit dem Ergebnis des Etats ist um so wunderbarer, als die Rechnung mit einem Defizit von 97 Millionen abschließt, das durch ein Anleihen gedeckt werden soll.

Der übliche Hinweis auf die Freundschaft mit allen auswärtigen Mächten fehlt auch diesmal nicht, obwohl wenigstens die Beziehungen zu China nicht gerade als freundschaftlich bezeichnet werden dürften, und auch sonst ein reichlicherer und gefährlicherer Konfliktstoff zwischen den Mächten angehäuft liegt als je zuvor. Sehr auffällig ist schließlich, daß man völlig vergessen hat, den glorreichen deutsch-englischen Vertrag auch nur mit einer Silbe zu erwähnen. Legt Graf Bülow schon jetzt keinen Wert mehr auf seine größte That?

Die Thronrede ist dergestalt ein ziemlich belangloses Besuch an den Reichstag, die Handlungen und Unterlassungen der Regierung mit gültiger Rücksicht zu beurteilen. Der socialistischen Widerheit des Reichstags wird die Aufgabe obliegen, die Situation, der eine weltgeschichtliche entscheidende Bedeutung in der That innewohnt, aus freier Höhe weltgeschichtlich zu messen.

Die „Begründung“ der ersten Khafi-Anleihe.

Die Denkschrift zu dem Nachtragetat, der eine Anleihe von 132 770 000 als erste Rate für die China-Expedition fordert, ist sehr kurz. Auf einer einzigen Seite wird die politische Notwendigkeit der Expedition „begründet“, und zwar wie folgt:

„In China hat, wie bekannt, eine außerordentliche Bewegung, die sich in ihren Anfängen von früheren, auf engere Kreise eingeschränkten Ausbrüchen so wenig unterscheidet, daß nach dem Urteile der Vertreter der fremden Mächte in Peking der Regierung des Landes die Fähigkeit wirksamer Bekämpfung zugezweifelt werden konnte, im Frühjahr dieses Jahres einen das gesamte Fremdenum in China bedrohenden Umfang angenommen. Unter Mitwirkung der von der Bewegung ergriffenen Teile der chinesischen Armee sind, nach der Ermordung des deutschen Gesandten, von Mitte Juni ab die fremden Gesandtschaften in Peking eingeschlossen, von jedem Verkehr mit ihren Regierungen ab-

geschnitten und förmlich belagert worden. Hierdurch wie durch die Verhinderung der fremden Niederlassungen in Tientsin, die Vernichtung der Missionsanstalten im Innern des Landes, die Verteilung ober Ermordung der Missionare ist die Ausschließung des fremden Elements aus China durch ein Schreckensregiment als Ziel der Bewegung deutlich geworden. Sie hat zweifellos von Seiten des chinesischen Hofes Begünstigung erfahren, wenn es auch noch der näheren Aufklärung bedarf, in wie weit bestimmten Persönlichkeiten eine spontane Beteiligung beizumessen, oder die zweiseitige Haltung der einen, das thätig fördernde Eingreifen anderer einer Zwangslage zuzuschreiben ist, in der sie sich befinden mochten.

Ganz außer Zweifel steht, daß die Organe der chinesischen Regierung sich, wo nicht unwillig, so doch in solchem Grade unfähig erwiesen haben, der Bewegung rechtzeitig Einhalt zu thun, daß den fremden Mächten nichts anderes übrig geblieben ist, als den Schutz ihrer Angehörigen und ihrer Interessen unter Aufbietung militärischer Machtmittel selbst in die Hand zu nehmen.

Das Reich hat an seinem Teile die hierzu unerläßlichen Vorbereitungen zeitig beginnen und in dem durch die militärische Entwicklung der Dinge in China gebotenen Umfange fortsetzen müssen.

Die Interessen Deutschlands in China und die der dort lebenden Deutschen sind nicht zu unterschätzen. Der deutsche Handel, in den Vertragshäfen ansehnlich vertreten, steht nur hinter dem englischen zurück. Vor dem Unruhen war er in lebhaftem Aufschwunge begriffen. Seither liegt er nicht nur in Tientsin danieder, wo der deutsche Kaufmann eine hervorragende Stellung einnimmt: von allen Hafenplätzen Chinas, auch aus dem Süden kommen Klagen der am Handel und an der Schifffahrt beteiligten Deutschen über die Störung der Geschäfte und des Verkehrs. Die deutschen Eisenbahn- und Bergbau-Unternehmungen in der Provinz Schantung, von deren baldiger Durchführung das Gedeihen des deutschen Pachtgebiets Mantschou abhängt, sind zum Stillstand gebracht worden. Die in Hoffnung auf späteren Ertrag in diesen Unternehmungen angelegten Millionen deutschen Kapitals sind bedroht. Die nach Schantung entsandten deutschen Arbeiter sind ihrer Beschäftigung und damit ihres Erwerbs beraubt.

Das Reich kann nicht umhin, wie diese mit Vernichtung bedrohten materiellen Interessen, so auch die deutschen Anstalten für christliche Mission in China in seinen Schutze zu nehmen. Die fremden Missionare, die, einem Gebot ihrer Religion folgend, das Christentum in China auszubringen unternommen haben, sind, wie wohl der fremdenfeindliche Fanatismus gerade aus ihrem Kreise zahlreiche Opfer gefordert hat, nach den Tagen der Verfolgung immer wieder mit Selbstverleugnung auf ihr erwähltes Arbeitsfeld zurückgekehrt. Durch ihre Lehre und ihren Wandel, durch Verrichtung von Liebeswerken, Begründung von Schulen und Spitälern und durch eine wissenschaftliche Betätigung, welche China die Ergebnisse europäischer Bildung und Europa bessere Kenntnis der Verhältnisse im Reiche der Mitte zuführte, haben sie dazu mitgewirkt, beide einander näher zu bringen. Das deutsche Missionswesen in China hat im Wettbewerb mit den älteren französischen, englischen und amerikanischen Anstalten, besonders in Schantung und im Hinterlande von Kanton und Swatow Fuß gefaßt und erfreuliche Fortschritte gemacht, so daß der Hoffnung Raum gegeben wurde, es werde sich mit der Zeit das Mißtrauen zerstreuen lassen, wodurch die Tätigkeit der deutschen wie der Missionare aus andern Nationen weit weniger aus Gründen religiöser Natur gehemmt wird, als wegen des Argwohns, die christliche Propaganda diene zum Deckmantel politischer Bestrebungen. Unter den jetzigen Wirren sind auch die deutschen Missionare ganz außer Wirksamkeit gesetzt.

Mit dieser wäre es vielleicht für immer vorbei, wie mit dem europäischen Handel in China zum mindesten für lange Zeit, wenn nicht die aufrührerische Bewegung mit Entschlossenheit unterdrückt und den Chinesen die militärische Heberlegenheit der durch sie herausgeforderten Mächte nachhaltig fühlbar gemacht wird.

An der Wiederherstellung der Ordnung in China ist das deutsche Interesse in nicht geringerem Maße beteiligt, als das der andern großen Mächte. Deutschland kann weder die in den Zeiten friedlicher Entwicklung im fernen Osten erwungene Stellung widerstandslos preisgeben, noch zurücktreten, bis durch die Maßnahmen der mitbeteiligten Mächte ein Zustand hergestellt sein wird, der ihm die Wiederanknüpfung eines geächteten Verkehrs mit China ermöglicht. Durch seinen schnellen Anschluß an die allerseits als einziges Mittel zur Eindämmung und Unterdrückung des Aufstuhes erlangte militärische Machtstellung hat es ehrenvollen Anteil genommen an den bisher bei Verteidigung und Angriff erzielten Erfolgen. Diese Erfolge allein haben es bewirkt, daß der Ausbruch ersterer Unruhen im Yangtsze-Fluß, in Schantung und in andern Teilen Chinas bis jetzt hintangehalten worden ist. Anzeichen dafür aber, daß die in Gärung geratenen Massen rasch zur Ruhe kommen werden, sind bis jetzt nicht hervorgetreten. Der Ausbruch des Fremdenhaßes hat diesmal weitere Kreise mit sich gerissen als je zuvor, und die Verteidigung der verletzten Vertragsrechte steht einem an Zahl, kriegerischer Ausrüstung und Ausbildung ungleich mächtigeren Feinde gegenüber, als in den Zeiten früherer Wirren. Die internationale militärische Aktion einzustellen, hieße der Bewegung weitere Opfer bereiten an Gut und Leben friedlich gesinnter Bewohner des Landes.

Wird demnach diese Aktion weiter geführt werden müssen, bis der bewaffnete Aufstuh wiedergerungen ist, so bleibt doch ihr Ziel allein die Wiederherstellung der Ruhe im chinesischen Reiche. Ihre Aufgabe geht deshalb nicht hinaus über die Dämpfung offener Feindseligkeiten unter Vermeidung aller nicht unbedingt gebotenen Eingriffe in das innere chinesische Leben. Sie soll nur den Boden bereiten zur Befestigung der öffentlichen Ordnung und zur Abwägung gesünder Lebensverhältnisse für die Fremden, die dem Lande ihre Arbeitskraft zuwenden.

Diese Begründung ist nicht nur kurz, sondern auch sehr unglücklich; sie beweist das Gegenteil von dem, was sie beweisen will. Erstens: Der Schutz der Fremden in Peking konnte durch die Kreuzfahrt der Hunnen gar nicht herbeigeführt werden. Bis die

deutsche Expedition in China eintreffen konnte, hätte das Schicksal aller Fremden bereits besiegelt sein können, wenn es die Chinesen ernstlich gewollt hätten. Die Deutschen sind denn auch bei der Rettung der Fremden nicht dabei gewesen. Die Sicherung der Fremden hätte schnell und wirksam allein dadurch herbeigeführt werden können, daß Japan das Mandat übertragen worden wäre. Die Expedition kann also durch die Rücksicht auf die Rettung der Fremden nicht begründet werden.

Zweitens: Das Daniederliegen des Handels ist die Folge der deutschen Chinapolitik. Sieht man sie fort, so wird der Handel nicht gefördert, sondern ruiniert. Weder Waldersee-Vorbeeren noch deutsche Hummenthater sind geeignet, China zu freundlichen Handelsbeziehungen mit dem Deutschen Reich zu veranlassen. Nur der völlige Bruch mit der bisherigen Politik, der Verzicht auf weitere militärische Aktionen könnte in absehbarer Zeit den gestörten Handel wieder beleben. Amerika treibt diese Politik!

Drittens: Die Begründung sucht das Wohlwollen des Centrums dadurch zu erschleichen, daß sie die Förderung der christlichen Mission in den Vordergrund schiebt. Damit ist vielleicht das Centrum zu gewinnen, die deutsche Chinapolitik schafft sich dadurch aber ein Argument mehr gegen ihre Vernünftigkeit. Alle Kenner Chinas — so der frühere deutsche Gesandte v. Brandt — sind sich darüber einig, daß neben der Fortnahme Kautschuks die Missionstätigkeit die Schuld an dem jetzigen Zustand trägt. Das deutsche Reich hat gar kein Interesse daran und kein Recht, das Christentum in China wider den Willen der Chinesen zu verbreiten. Die Religion des Confucius ist zum mindesten der christlichen Lehre gleichwertig, und zudem ist die Frage, ob dort Lehren und Bekenner in solchem schneidenden Widerspruch stehen wie bei den Christen, die das Evangelium der Nächstenliebe mit den Hummenthater der gepanzerten Faust zu vereinigen wollen. Wie ein wirklicher Vorteil für Deutschland nur aus der schleunigen Beendigung der militärischen Operationen entstehen kann, so läßt sich ein erspriehliches Verhältnis mit China auch nur dadurch herbeiführen, daß man auf alles Verbreiten der Religion der Liebe zum Bambus, Bajonett und Kleintalibrigen sofort und gründlich Verzicht leistet.

Demnach hat die Denkschrift die völlige Sinnlosigkeit des Kreuzzugs mit gutem Erfolg begründet. Und da die Regierung zudem die Expedition auf eigene Faust unternommen hat, so hat das Volk und seine rechtmäßige Vertretung die Pflicht, mit keinem Heller das Abenteuer einiger Personen zu fördern. Der Reichstag würde die deutsche Ehre und das deutsche Interesse am besten wahren, wenn er jede Verantwortung und jede Unterstützung dieser Politik ablehnt.

Zu dieser Höhe weltgeschichtlicher Einsicht wird sich freilich nur die Socialdemokratie erheben, die vaterlandslos allein wahrhaft dem Vaterlande dient, weil sie der Menschheit und Menschlichkeit dient.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. November.

Die 12 000 Mark-Affaire.

Die socialdemokratische Fraktion des Reichstags hat heute die folgende Interpellation eingebracht:

„Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler gegen die Beamten des Reichsamt des Innern zu ergreifen, welche von einer Interessentengruppe, dem Centralverband deutscher Industrieller, die Summe von zwölftausend Mark gefordert und erhalten haben, um damit die Agitation für den vom Bundesrat dem Reichstag am 26. Mai 1899 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu betreiben?“

Die Interpellation ist geschäftsordnungsmäßig auf die Tagesordnung der ersten Reichstags-Sitzung zu setzen, die der morgigen (Donnerstags-) Sitzung folgt.

Der Reichstag

hielt am Montag seine erste kurze Sitzung, die im wesentlichen dem Namensaufruf galt. So bedeutungslos dieser erste Tag ist, es herrschte doch eine lebhaftige, fast erregte Stimmung; das Kommende wirkte.

Das Haus war gut besetzt, 243 Mitglieder ergab die Zählung der Anwesenden; der erste, der sein „Hier“ rief, war Herr — Ahlwardt. Die Abwesenheit des inzwischen verstorbenen Onkel Chlodwigs fiel nicht weiter auf. Niemand zeigte eine besondere Aufmerksamkeit, als der provisorische Schriftführer die Dokumente des Kanzlerwechsels verlas.

Ostentativ gegenwärtig — als einziger Vertreter des Bundesrats — war Graf Poladowski, der Unerbrochene, erschienen. Zuerst unterhielt sich mit ihm eifrig Herbert Bismarck, der ihm wohl erzählte, mit welchen Geldmitteln sein Papa einst agitiert hat, ohne doch urkundliche Beweise für lumpige 12 000 Mark-Trinkgelder fürchten zu müssen. Auch sonst suchten die Vertreter der Rechten zahlreich Gelegenheit, dem Grafen des Centralverbands die ungetrübte Freundschaft vor dem Hause demonstrativ zu beteuern. Mag diese Anhänglichkeit auch im Ernstfall nicht erschaffen.

Donnerstag: Wahl des Präsidiums und der Schriftführer.

Krupps neue Militärvorlage.

Zu der von unsrem Essener Partei-Organ angekündigten Neubewaffnung der Artillerie wird uns geschrieben:

Mit unheimlicher Sicherheit wird das deutsche Volk zu bestimmten Zeiten durch die Nachrichten eines neuen Erfolgs auf dem Gebiete der Werdwerkzeug-Technik überrascht. Wir sagen: zu bestimmten Zeiten kommen solche Ueberaschungen. Diese Zeiten werden nicht durch die Bedürfnisse des Volks, sondern durch geheimräthliche Interessen des Nordpatriotismus der Könige à la Krupp bestimmt. Es scheint ein von der Vorsehung gewollter Erfolg geheimräthlicher Thätigkeit zu sein, daß jedesmal, wenn eine Neubewaffnung des Militärs ungefähr abgeschlossen ist, das Wohl des Vaterlands durch die Kunde von der Konstruktion eines bedeutend verbesserten Werdinstruments bedroht erscheint. Die Gefahr ist natürlich sofort abgewendet, wenn die Einführung des jedesmal unübertrefflichen Werd- und Zerstückungsinstrumentes beschlossen ist.

Ein solches, in seiner weiteren Folge für das Volk sehr kostspieliges Ereignis haben wir unter den angedeuteten Umständen, wie wohl noch allgemein erinnerlich, im Jahre 1897 erlebt. In diesem Jahre war die Ausrüstung der Feldartillerie mit dem 8,8 Centimeter-Geschütz so ziemlich beendet, da kam die Kunde von der im Interesse der Kriegstüchtigkeit der deutschen Armee notwendig gewordenen Neubewaffnung der Artillerie. An Stelle des 8,8 Centimeter-Kalibers sollte ein solches von 7,7 Centimeter eingeführt werden.

Mit Hilfe des militärkompetenten Centrums bewilligte der Reichstag die Forderung der Regierung und zugleich eine erste Rate von 44 Millionen Mark für Kostendeckung.

Das Vaterland war gerettet und das bis dahin beste Feldgeschütz war alles Eisen. Wir belamen das 7,7 Centimeter-Geschütz mit Seilwaffe und Richtvorrichtung.

Die Vortrefflichkeit und kriegstüchtige Ueberlegenheit des neuen Kalibers lassen wir — militärisches Geheimnis bleiben. Die nunmehrige technische Verbesserung des neuen Geschützes besteht in der Nichtfähigkeit des Rohrs. Bei der früheren Konstruktion konnte das Rohr, welches mit zwei Schützpatzen auf der Lafette lagerte, nur wie ein Waggelballen auf- und abwärts bewegt werden, das Nichten nach der seitlichen Schützlinie mußte durch Umstellen der Lafette bewerkstelligt werden. Bei dem 1897 konstruierten neuen Geschütz kamen die zwei Schützpatzen in Fortfall, das Rohr ruhte mittels eines vertikalen Schützpatzens auf der Lafette. Hiermit war das Problem der Nichtfähigkeit des Rohrs gelöst. Mit diesem verbesserten Geschütz 7,7 Centimeter-Kaliber wurde seit 1897 die preussische Feldartillerie ausgerüstet, das Kaliber 8,8 Centimeter findet nur noch bei der deutschen Marine Verwendung. Wenn nun auch noch einzelne Ersatzstücke des neuen Feldgeschützes zu liefern sind, so kann die Ausrüstung der Artillerie mit der neuen Waffe doch als abgeschlossen betrachtet werden.

Die „bestimmte“ Zeit, daß Weltlieferant Krupp wieder mit einem neuen, unübertrefflichen Geschütz aufwarten müßte, ist da — und Herr Krupp wartet auf mit dem neuen Instrument. Das neueste Erzeugnis einer erfolgreichen Werdwerkzeug-Technik stellt sich dar als eine Neuerung, welche das neue Geschütz von 1897 in die Rumpelkammer verweist. Die Neuerungen der nunmehr bis auf weiteres besten Artillerie-Waffe — Werd- und Zerstückungslafette — besteht darin, daß die Schützpatzen-Lagerung ganz in Fortfall kommt und daß das Rohr in einer sogenannten Werdge, welche beliebige seitliche Bewegungen gestattet.

Das ist das neueste Produkt eines Eisens, der sich die Erzeugung immer wirkungsvollerer Werd- und Zerstückungsinstrumente zum glücklichen Ziele setzt. Mit der Konstruktion eines neuen Geschützes braucht allerdings dessen Einführung noch nicht definitiv beschlossen zu sein — wenn uns die Erfahrung nicht schon eines andern belehrt hätte. Wie die Anzeichen beweisen, soll die Neubewaffnung nach demselben System wie 1897 inszeniert werden. Damals war die begünstigte Forderung im Reichstag noch nicht bewilligt, und schon wurde bei Krupp in größter Hast an dem neuen Material gearbeitet! Und von dem neuesten Geschütz sollen jetzt für Preußen schleunigst zwei Stück geliefert werden. Versuche sind aber schon vor mehreren Monaten gemacht worden. Daß man aber die Neuausrüstung der Feldartillerie mit der Werd- und Zerstückungslafette für beschlossene Sache hält, geht schon daraus hervor, daß bereits genaue Kostenrechnungen aufgestellt sind. Insbesondere sind die Arbeitslöhne ganz genau bis ins Kleinste kalkuliert.

Bei dem neuesten Erfolg der Kruppschen Geschützkonstruktion verleugnet der Weltlieferant selbstverständlich seine internationale Kulturmission nicht. Die göttliche Weltordnung und der patriotische Erwerbssinn fordern es, daß Krupp jeder Regierung die allerbesten Zerstückungsinstrumente verkauft — die gut zahlt. Ob der Käufer dadurch vielleicht in die Lage kommt, als Gegner des Vaterlands dessen Verteidigungsfähigkeit überlegen zu werden, das kann Krupp natürlich nicht kümmern — im Gegenteil, kauft ein fremder Staat zuerst, dann muß Preußen ja erst recht kaufen.

Gelten seiner geschäftlichen Gepflogenheit hat Krupp denn auch das neue Geschütz bereits Rußland angeboten. Schon in den ersten Monaten dieses Jahres haben russische Offiziere das Werd- und Zerstückungsinstrument auf dem Kruppschen Schießplatz geprobt. Zur Zeit werden die Versuche in Rußland noch fortgesetzt. Ob Krupp nun bei dem internationalen Wettkampferinnen mit Geschützen den Rekord schlägt oder nicht, jedenfalls wird der deutsche Michel wieder bluten müssen.

Werd und Zerstückung sind der Grundzug der Weltmachtpolitik. Im Dienst dieser Politik wird eine Unsumme von Intelligenz und Arbeitskraft verschwendet. Dabei verarmen die Völker und einzelne Personen können Millionen auf Millionen kaufen. Und das nennt sich höhere Zivilisation.

Der Widerstand der heutigen Weltordnung kann nicht besser illustriert werden, als an dem volksausaugenden Militarismus.

Deutsches Reich.

Die socialdemokratische Reichstagsfraktion

hat gestern ihre erste Sitzung gehalten und für die laufende Session die Genossen Auer, Bebel, Meister, Pfannkuch und Singer zum Fraktionsvorstand gewählt.

In den Seniorentouren sind Bebel und Singer delegiert. Entsprechend ihrer Stärke beansprucht die Fraktion je einen Sitz im Präsidium und im Schriftführerkollegium und wird Singer für das Präsidium und Fischer (Berlin) für den Schriftführerposten vorgeschlagen.

Für den Vorsitz in einer der Abteilungen wird Auer und zu Vorgesetzten-Stellvertretern in zwei anderen Abteilungen Bebel und Singer bestimmt.

In den ständigen Kommissionen beansprucht die Fraktion wie bisher einen Vorgesetzten und sendet in die Geschäftsordnungs-Kommission Meister und Singer. Für die Wahlprüfungs-Kommission werden Auer und Fischer (Berlin) gewählt.

Die Rechnungs-Kommission wird mit Diez und Wurm besetzt. In die Kommission für den Reichshaushalts-Etat gehen Bebel, Meister, Singer und Bollmar, und für die Petitions-Kommission sind Ledebour, Schwarz, Thiele und Lühauer bestimmt worden.

Die Fraktion hat in der Poladowski-Affaire 12 000 Mark-Affaire eine Interpellation eingebracht (siehe Wortlaut oben), bei deren Verhandlung Auer und Schoenau die Fraktion vertreten werden.

Für die Beratung der Millionenforderungen für den China-Kreuzzug sind Bebel und Singer als Fraktionsredner bestimmt. Die Fraktion beschäftigt sich weiter mit der Feststellung der einzubringenden Initiativanträge.

Es wurde beschlossen, die Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen zu beantragen und die bereits in der vorigen Session gestellten Anträge betreffend die Gewerbegerichte und auf Erlass eines Reichs-Vergesetzes zu wiederholen.

Auch die Anträge betreffend Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion und gesetzliche Festlegung der Maximal-Arbeitszeit werden wieder gestellt.

Ebenso werden die früheren Anträge auf Aenderung des Art. 31 der Verfassung (Aussetzung der Straftat bei Abgeordneten während der Session) und auf Erlass eines Reichs-Vereins- und Versammlungs-Gesetzes, sowie eines Gesetzes zur Sicherung des Koalitionsrechts und der Gesegentwurf betreffend die Errichtung von Arbeits- und Einigungsämtern sowie eines Reichs-Arbeitsamts wieder eingebracht.

Zu den in voriger Session unerledigt gebliebenen Anträgen treten nun hinzu Anträge auf Erlass von Reichsgesetzen betreffend das Verbot gewerblicher Kinderarbeit sowie das Verbot der Verwendung von Phosphor bei der Fabrikation von Streichhölzern.

Ferner bringt die Fraktion einen Antrag ein, wonach durch Aenderung der Reichsverfassung für alle vom Kaiser in Ausübung der Reichsgewalt vorgenommenen politischen Handlungen und Verfügungen, auch wenn sie nicht vom Reichskanzler gegenzeichnet sind, der Reichskanzler dem Reichstage verantwortlich wird.

Hiermit wird zugleich ein Antrag auf Erlass eines Minister-verantwortlichkeits-Gesetzes für das Reich verbunden sein.

Der vor mehreren Jahren gestellte Antrag auf Neu-Einteilung der Reichstags-Wahlkreise wird aufs neue eingebracht.

Zur Beseitigung des sogenannten stiegenden Gerichtsstands für die Presse und der richterlichen Auslegung über die Verjährung bei Freiheitsstrafen wird ein Antrag auf Aenderung des Preßgesetzes gestellt.

Den von den socialdemokratischen Frauen gestellten Forderungen auf gesetzliche Schutze der Frauenarbeit (Nachtarbeit, Wöchnerinnen-Schutz usw.) entsprechend, hat die Fraktion beschlossen, betreffende Anträge zu stellen.

Eine Viertel-Milliarde soll vom Reich für das Etatsjahr 1901 gepumpt werden. Denn außer dem Einpaump von 152 770 000 M. sollen zur Bilanzierung des Reichshaushalts-Etats noch weitere 97 286 384 M. Anleihen aufgenommen werden. Damit wäre die zweite Milliarde an Anleihen komplett, die das Reich seit dem Regierungsantritt Wilhelm II. hat aufnehmen müssen! —

Der gesamte Etat, der nunmehr dem Bundesrat vorliegt, balanciert für das Rechnungsjahr 1901 in Einnahme und Ausgabe mit 2 240 947 301 Mark. Die dauernden Ausgaben betragen 1 912 608 694 M., die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats 224 559 912, des außerordentlichen Etats 103 754 695 M.

Eine Reichstags-Öffnung mit Ausschluß der Öffentlichkeit ist die neueste Sensation. Da die Öffnung diesmal nicht wie früher im Weihen Saal stattfand, der mit seinen Logen Räume für Gäste bietet, sondern im Ritteraal, dem solche Logen fehlen, war allen Zuschauern und Gästen, einschließlich der Vertreter der Presse, der Zutritt verweigert. Selbst die Reichstags-Abgeordneten mußten sich durch ihre Karten legitimieren. Man vermutet, daß die neue Anordnung im Interesse der Sicherheit der Person des Kaisers getroffen worden sei.

Aus der China-Rechnung. Die Kosten für den See-transport der Truppen und Materialien für das ostasiatische Expeditionscorps betragen bis zum 15. Oktober 1900 nicht weniger als 27 500 000 M. Die zehn Dampfer des ersten Transporttransports sind mit 11 829 000 M., die acht Dampfer für den Nachschub mit 9 Millionen Mark bezahlt worden. Die zwölf Dampfer zur Beförderung der Materialien erhielten 6 187 000 M. Die Beförderung von 12 Offizieren, Feldpostsekretären usw. ab Genna kostete 45 000 M.

Graf Waldersee erhielt persönlich ein einmaliges Mobilmachungsgeld in der Höhe von 12 000 M., sein Monatsgehalt beträgt 2500 M., dazu eine Dienstzulage von monatlich 10 000 M. — mithin jährlich 150 000 M. Bei dem Divisionskommandeur betragen die Mobilmachungsgelder 2580 M. und belaufen sich die monatliche Feldbesoldung auf 5120 Mark. Die Leutenants im Frontdienst erhalten monatlich 300 bzw. 240 M. Feldbesoldung und 1200 Mark Mobilmachungsgelder. Die Sergeanten und Unteroffiziere erhalten monatlich 49,50 bzw. 36 M., die Gefreiten 16,50 M., die Gemeinen 13,05 M. Feldbesoldung. Vom Feldwebel abwärts gab es kein Mobilmachungsgeld.

Der „Wirtschaftsfonds“ für Waldersee beträgt monatlich 370 M. Die einmaligen Kosten des Expeditionscorps des Reichsheers betragen 52 Millionen, während die laufenden Kosten für die Zeit vom 15. Juli bis Ende März 1901 sich auf 68 Millionen Mark beziffern.

Gegen die Galtigkeit der Wahl des Rittergutsbesizers Landtags-Abgeordneten Practorius im Reichstagswahlkreise Randow-Greifenhagen wird sowohl seitens der freisinnigen Vereinigung als auch von der socialdemokratischen Partei Protest eingelegt. Dieser Protest wird begründet mit verschiedenen Unregelmäßigkeiten, die auf dem Wahlgang erheblichen Einfluß gehabt haben. Ferner wird die Kassierung der Wahl beantragt werden und zwar deshalb, weil bei Fertigstellung der Wählerliste mit auffallender Ungenauigkeit vorgegangen worden ist. Durch das Fehlen von etwa 3000 Wählern in dieser Liste ist das Resultat außerordentlich beeinflusst worden. Nach einer ungefähren Berechnung auf Grund der in den betreffenden Districten abgegebenen Stimmen ist anzunehmen, daß etwa 2600 Socialdemokraten, 270 Freisinnige und 130 Konservative an der Stimtabgabe verhindert worden sind.

Von der Kaiserburg im Elsaß. Aus Straßburg wird uns von unsrem reichsständischen Korrespondenten geschrieben: Keine kirchlichen Ausführungen über die Absicht der Reichsregierung, das Reich in erheblichem Maße zu den Kosten des Wiederaufbaus der im Privatbesitz des Kaisers befindlichen Hofkönigsburg in Anspruch zu nehmen, sind fast von der gesamten unabhängigen Presse des Reichslands übernommen und durchweg zustimmend glossiert worden. Es kam dies als ein Beweis dafür angesehen werden, welche hohe Bedeutung man im Lande der Angelegenheit vom principielle Standpunkt aus beimißt. Freisinnige wie liberale Blätter wenden sich einmütig gegen den Versuch einer Vermengung der Privatinteressen des Kaisers mit den Interessen der Allgemeinheit, und wenn die gouvernementale Presse, vorab die regierungsamtliche „Straßburger Post“, sich über die Angelegenheit bisher in tiefes Schweigen gefüllt hat, so beweist sie damit lediglich, wie schwach ihr in diesem Punkte die Position der Regierung und wie undankbar ihr die Rolle des Verteidigers derselben zu sein scheint.

Kennendings verstanden mit ziemlicher Bestimmtheit, es solle demnächst auch der Landesauschuss für Elsaß-Lothringen um einen namhaften Zuschuß zu den Kosten des Wiederaufbaus angegangen werden. Der Gesamtaufwand für diesen wird auf 1 500 000 M. angegeben, eine Summe, die und im Hinblick auf den gewaltigen Umfang des ursprünglichen Bauwerks und die in der Lage der Burg begründeten technischen Schwierigkeiten der Rekonstruktionsarbeiten keineswegs als zu hoch gegriffen erscheint. Nachdem man nun beim Reichstag bereits eine erste Rate von 150 000 M. angefordert hat und die gleiche Forderung auch an den Landesauschuss stellen will, erscheint die Vermutung berechtigt, daß man mit dem Plane umgeht, überhaupt die gesamten Baukosten auf das Reich bzw. das Land abzuwälzen. Angesichts der Thatsache, daß über die gesamten Baupläne weder der Reichstag noch der Landesauschuss, die jetzt die enormen Mittel bewilligen sollen, in irgend einer Weise um ihre Meinung gefragt worden sind, wäre dies denn doch ein etwas allzu starkes Stück. Die Öffentlichkeit ist deshalb zu dem Verlangen berechtigt, daß die Offiziellen in dieser Angelegenheit endlich das Gehege ihrer Zähne öffnen und bündigen Ausschluß geben darüber, in welcher Weise die Regierung den ganzen Plan durchzuführen gedenkt.

Die erwähnte Forderung der Elsaß-Lothringischen Volksvertretung im Interesse des Reichsoberhauptes ruft übrigens die Erinnerung an eine Forderung — wenn wir nicht irren, in der Höhe von 70 000 M. — wach, die im Jahre 1896 von der reichsständischen Regierung an den Landesauschuss gerichtet wurde zum Zwecke der Erbauung eines kaiserlichen Jagdschlösses in den Vogesen. Der Forderung wurde damals von unsrem Rentnerparlament in nicht gerade verbindlicher Form zu Fall gebracht, und mit ihm eine Reihe höherer Beamter, die für seine Einstellung in den Etat verantwortlich waren. Dem neuesten Versuch der Regierung, allgemeine Landesmittel für Privatwede des Kaisers in Anspruch zu nehmen, ist kaum ein günstigeres Prognostikum zu stellen.

Das Recht auf blaue Hosen. München, 13. November. (Fig. Ver.) Eines der wichtigsten und bedeutungsvollsten der bayerischen Reservatrechte, die blaue Militärhose, soll nach dem sachverständigen Urteil der ultramontanen Patrioten aufs höchste gefährdet sein. Und bereits fängt man an, die altbewährten katholischen Männervereine mobil zu machen. So führte sich auch der Dombilar Dr. Pichler veranlaßt, im katholischen Männerverein in Passau am vorigen Sonntag eine Lanze für die bayerische Hose einzulegen. „Es verlegt und wahren tief, wenn immer wieder solche bayerischen Rechte aufgegeben werden sollen und es ist Zeit, daß hier ein Halt geboten wird,“ so jammerte beweglich der kleine Mann. Er hütelte sich indes zu sagen, daß von den wirklich bayerischen Reservatrechten so gut wie keine mehr vorhanden ist. Bei der Verhandlung der Militärgerichtsbarkeit an Preußen haben die Herren Schwarzröde nicht halb so viel Geschrei erhoben, als jetzt, da angeblich die Hosen gefährdet sein sollen. Aber sie werden sprachlos vor Verwunderung, wenn linksstehende Blätter (auch nichtsocialdemokratische) nunmehr konsequenterweise auch die Erspahrung der Kosten für den bayerischen Hof verlangen. —

Ausland.

Nach dem Prozeß Casale.

Rom, 10. November.

Der Rat am Kassationshof, Gargiulo, hat im Prozeß Casale bekanntlich ausgesagt, daß Casale nicht nur ein ehrenhafter, sondern ein „sehr ehrenhafter“ Mann sei. Man sollte meinen, daß nun disciplinarisch gegen ihn eingeschritten werden müßte: thätlich ist er auch verurteilt worden, und zwar von Reapel — nach Turin, also nach einer Stadt, die als Wohnort Reapel etwa gleichsteht.

Aber damit noch nicht genug! Da die erste Nachricht von dieser Verlegung in der Presse als eine Disziplinarstrafe gedeutet wurde, erklärte heute früh der reaktionäre „Popolo romano“, der zum Ministerium des Innern Beziehungen hat, daß die Verlegung des Rats Gargiulo und seines Kollegen Meneghini keineswegs den Charakter einer Disziplinarmaßregel trage, sondern daß die Regierung diese Beamten nur deshalb aus Reapel verlegt habe, um den Verdacht zu zerstören, als ob sie sich in die unsauberen Geschäfte der Stadt mischten, wie wenn sie Stadträte wären.

Nun protestiert heute die konservative Turiner Presse lebhaft gegen die vom Justizminister angeordnete Verlegung, sie behauptet, daß ein Beamter, auf welchem der schwere Verdacht des falschen Zeugnisses lastet, zur Disposition gestellt und daß eine strenge Untersuchung über sein Zeugnis angestellt werden müsse.

Nach solchen Beispielen der Regierungsmoral wird man kein Vertrauen zur Arbeit der Untersuchungskommission haben können, die in Reapel von der Regierung eingesetzt ist. Um Licht zu schaffen, wird sie sich der Elemente neben dieser Comorra bedienen müssen; diese müßte man zerstören; sie hat aber ihrerseits schon begonnen, alles, was als Anlage- und Beweismaterial gegen sie dienen konnte, zu zerstören und aus den Bureaus der städtischen Verwaltung zu beseitigen.

In der That erklärte Arthur Labriola gestern im „Avanti“, daß die aus der Verwaltung der Kommune vertriebenen Elemente der Comorra für den Regierungskommissar die weitesten Vorkämpfer verlangen, um den wirklich furchtbaren Feind zu bekämpfen: die socialistische Partei. Und sie verlangen bereits von dem Kommissar, der an die Stelle der städtischen Verwaltung getreten ist, die künstliche Meinung der Wählerkörper, um den Einfluß der Socialisten zu vermindern und einer Handvoll neuer Konservativen zu gestatten, sich des Stadtrats zu bemächtigen und das Werk der alten Comorra fortzusetzen.

Aber die Absicht ist durchsichtig, und wirre Genossen in Reapel sind wachsam und auf dem Posten. —

Ausdehnung zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts in Belgien.

Brüssel, 12. November.

Die Bemühungen der belgischen Socialdemokratie, das allgemeine Stimmrecht zu erlangen, sind bis jetzt erfolglos geblieben. Nichtsdestoweniger haben die Genossen in Belgien keinen Augenblick daran gedacht, den Kampf für dieses heiligste Recht der Völker aufzugeben. Einen Beweis dafür bieten die Kundgebungen, welche am vergangenen Sonntag in ganz Belgien und vorzugsweise in seiner Metropole, Brüssel, stattgefunden haben. Die Manifestation in dieser Stadt hat einen glänzenden Verlauf genommen.

Vom herrlichsten Wetter begünstigt versammelten sich die Genossen Brüssels und seiner Umgegend um 2 Uhr nachmittags auf dem Boulevard de la Scène, eines der schönsten der ganzen Stadt. Als bald war derselbe mit einer ungeheuren Menschenmenge angefüllt, aus der die roten Fahnen und Standarten stolz hervorstakten. Nachdem die verschiedenen Vereine Aufstellung genommen hatten, setzte sich der Zug gegen 3 Uhr nach dem Boulevard du Nord in Bewegung. An der Spitze desselben wurde eine Placarte getragen mit der Aufschrift: Suffrage universelles (Allgemeines Stimmrecht). Dahinter folgten die „Enfants du Peuple“ (Kinder des Volks), von denen ungefähr zwanzig mit Trommeln und roten Mützen versehen war. Dahinter kam eine Vereinigung von Genossen. Diesen folgten die übrigen Genossen in einem fast endlos scheinenden Zuge mit unzähligen Fahnen und Plakaten. Mehrere trugen Inschriften wie z. B.: Plag den Armen, Amnestie für die Kundgebung habe auch den Ives, Amnestie für die wegen politischer Verbrechen Verurteilten zu fordern) und endlich: Gleiches Recht für alle. Auch für die nötige Musik war gesorgt.

Der Zug gelangte durch einige Redenstrahlen an sein Ziel, die Grand-Place. Hier hielten sie unter den Klängen der Marschmusik und anderer Weisen einen Umzug über den ganzen Platz. Bei dieser Gelegenheit überbrachte eine Deputation dem Bürgermeister der Stadt Brüssel, der im Hotel de Ville anwesend war, den Wunsch der belgischen Socialdemokratie, der darin besteht, daß der Bürgermeister im Namen der Bevölkerung Brüssels bei der Regierung wegen des allgemeinen Stimmrechts sowie der Amnestie vorstellig wird. Hierauf trennten sich die verschiedenen Genossenschaften, um sich nach ihren Lokalen zu begeben.

So endigte diese Kundgebung, die zur Genüge bewiesen hat, daß die belgische Socialdemokratie, denn nicht nur die Manifestation in Brüssel hat einen glänzenden Verlauf genommen, sondern dasselbe ist in allen Städten Belgiens der Fall gewesen, nicht eher ruhen wird, als bis sie ihr Ziel erreicht hat, welches für jetzt und vor allen Dingen in der Erlangung des allgemeinen Stimmrechts und einer gründlichen Amnestie besteht. Zu diesem Zweck werden die socialdemokratischen Abgeordneten einen das allgemeine Stimmrecht betreffenden Gesetzentwurf in der Kammer einbringen. Ob derselbe von Erfolg gekrönt sein wird, ist sehr zweifelhaft, da sich die Liberalen mit allen Kräften dagegen sträuben werden. Aber all ihr Sträuben wird und muß über kurz oder lang an der Ausdauer der Socialdemokratie und ihrer Begeisterung für die gerechte Sache scheitern und der Tag wird nicht mehr fern sein, an dem die belgische Socialdemokratie durch das allgemeine Stimmrecht über alle ihre Widersacher triumphieren wird.

England.

Zwei und eine halbe Milliarde Mark dürfte England sein südafrikanischer Raubkrieg kosten. Das englische Volk wird das Vergnügen, seinen lorderbedeckten Kriegshelden Roberts, Buller etc., organische Guldigungen darbringen zu können, wahrscheinlich mit einer Erhöhung der Einkommensteuer um 50 Proz. bezahlen können. Denn von den unterjochten Voeten einen irgend erheblichen Teil der Milliarden herauspressen zu können, wird sich selbst der siegestrunkenste Jingo nicht einbilden. Auch die Hoffnung, daß die Interessenten des Raubkriegs, die Minenbesitzer einen Teil der Kriegskosten auf sich nehmen würden, ist jetzt durch eine Erklärung der Aktionäre der „Consolidated Gold Fields“ zu Schanden geworden. Zwar hatten die Goldminen-Spekulanten, als sie durch die von ihnen angehaltene Presse die Nation in den Kriegszug hineinleiteten, versprochen, für einen Teil der Kriegskosten aufkommen zu wollen. Als der Kostenaufwand für den Krieg, den man

auf 10 bis 15 Millionen Pfund veranschlagt hatte, aber zu Milliarden answoll, vergaß man die gegebenen Versprechungen. Die Aktionäre der genannten Minengesellschaft protestierten dieser Tage in aller Form gegen die vom Schatzkanzler Sir Michael Hicks Beach ausgesprochene Absicht, die südafrikanische Goldindustrie zur Deckung eines wesentlichen Teils der Kriegskosten heranzuziehen. Das hieß „die Gans töten, die die goldenen Eier legt.“ Die Minenaktionäre werden sich denn auch vermutlich zu salzieren wissen. Das Volk wird für die Goldaktionäre nun auch finanziell bluten müssen, nachdem es auf den Schlachtfeldern sein Blut verspritzt hat. — Diese Art der Kriegskostendeckung ist freilich allgemeiner Brauch. Auch die Kanonen- und Industrie-Krösche, die an dem China-Abenteuer ihre Freude haben, werden ja, generös wie immer, Mägel für sich zahlen lassen. —

Amerika.

Mit dem Militarismus soll nun auch die Union beglückt werden. Wie der „Magdeb. Jg.“ aus New York berichtet wird, bereiten das Kriegsamt und der Senatsauschuss für militärische Angelegenheiten Gesetzentwürfe zur dauernden Erhöhung der Armeestärke vor, durch welche die dauernde Stärke der regulären Armee auf mindestens 65000 Mann festgesetzt und der Präsident ermächtigt wird, sie auf 100000 Mann zu erhöhen. Die gegenwärtige Stärke der Armee beträgt 65000 Mann; 39000 Mann mußten am 1. Juli 1900 entlassen werden. — Admiral Crowninshield, Bureauchef für Schifffahrt im Marineamt, macht in einem Bericht die Aufsehen erregende Mitteilung, daß der Personalbestand der Marine kaum ein Viertel der zu einem Kampf mit einer erstklassigen europäischen Seemacht nötigen Mannschaft aufweise. Die Zahl der Mannschaften und Offiziere habe für den spanisch-amerikanischen Krieg kaum ausgereicht; sie sei seitdem noch geringer geworden. Der Kongreß müsse sie erhöhen, wie dies Deutschland und England getan haben; sonst sei Amerikas Marine ganz machtlos. Im verfloffenen Jahre habe die Zahl der Deserture 2452 Mann betragen.

Das sind die segensreichen Folgen des Imperialismus! Nach der Zahl der Deserture zu schließen, scheinen sich die amerikanischen Bürger allerdings sehr schlecht an das idyllische Kasernenleben gewöhnen zu können. —

Parlamentarisches.

Vernunft in Strafsachen. Der Abg. Kintelen (C.) gedenkt, der „L. N.“ zufolge, seinen Antrag auf Einführung der Vernunft in Strafsachen, welcher den Reichstag schon wiederholt beschäftigt hat und bereits in einer Kommission beraten ist, umgehend wieder einzubringen. Der Antrag wird von zahlreichen Mitgliedern der Rechten und des Centrums unterstützt werden. —

Die Berichte der kaiserlichen Gesandtschaft in Peking

werden vom „Reichs-Anzeiger“ in einer Sonderbeilage in ihrem Wortlaut veröffentlicht. Wenn die Regierung wüßte, durch die Veröffentlichung dieser Aktenstücke den völkerverderblichen Einbruch in China, der inzwischen zum Hunnenkrieg entartet ist, in milderen Licht erscheinen lassen zu können, so hat sie sich einer argen Täuschung hingegeben. Das Aktenmaterial bestätigt vielmehr in allen Punkten die Auffassung der Dinge, die wir aus Grund der bisherigen Darstellung von der Entwicklung des Krieges gewonnen und zum Ausdruck gebracht hatten.

Bereits im Mai machten sich in China die unverkennbaren Anzeichen einer fremdenfeindlichen Bewegung bemerkbar. Das systematische räuberische Vordringen der Mächte in China und die von allen Kennern Chinas gekennzeichnete skandalöse Behandlung der Bewohner in Verbindung mit dem andringlichen, die religiösen Anschauungen des Volks aufs schwerste verletzenden, selbst vor eiteln politischen Demonstrationen nicht zurückstehenden Gebahren der Missionare hatten selbst eine im Ertragen von Mißhandlungen so geduldige Rasse zur Empörung treiben müssen.

Das Auftreten der „Vogelbanden“ und das laze Verhalten der von den Legationen in drakonischen Unterdrückungsmaßregeln aufgeforderten chinesischen Regierung veranlaßte nun aber nicht etwa die Gesandten, den heiß werdenden Boden in Peking zu räumen und es ihren Regierungen zu überlassen, von China künftig kräftigere Maßnahmen und ausreichende Friedensgarantien zu verlangen, sondern die Gesandten ließen sich schließlich Schutz-Detachements schicken, um dem chinesischen Volk und der chinesischen Regierung Trost zu bieten. Man glaubte China wie früher durch Drohungen einschütern und mit etwaigen Ergänzungen in Peking selbst kurzen Prozeß machen zu können. Und einem derartigen Optimismus huldigt man trotz des Situationsbilds, das v. Ketteler in einem am 31. Mai an den Reichskanzler gesandten Bericht entwirft:

Wenn ich mir zum Schluß einen Ueberblick über die augenblickliche Lage in China und speziell im Norden gestatte, so möchte ich voranschneiden, daß ich der Bewegung der aufrührerischen Seiten, gleichviel unter welchem Namen, eine staatsunwählende Kraft nicht bezweiffeln vermag. Ihre Zahl ist nicht groß genug, ihre Organisation bisher zu schlecht, und die ihnen zu Gebote stehenden Waffen zu primitiv, um sie an sich gefährlich erscheinen zu lassen. Dagegen ist die Wirkung, welche ihr ungekämpftes Vorgehen gegen Christen, Fremde und deren Einrichtungen, auf die weiteren Volksschichten ausübt, keineswegs zu unterschätzen. Die Kaiserin-Witwe hat sich mit der ihr ergebenden und um die Person des jungen Thronfolgers gruppierten Partei dem Treiben der Vögel gegenüber unerkennbar nachsichtig gezeigt und ihre Ausbreitung entweder aus Nachlässigkeit oder geflissentlich gefördert.

Die letzten beiden bereits unter dem Druck der Ereignisse erlassenen kaiserlichen Edikte, von denen ich Ueberlegung gebornt vorlege (s. Anlage 2), sind so knirschschwach und zweideutig, daß ihre Veröffentlichung schädlich wirken mußte, indem die kaiserliche Behauptung, daß es unter den Vögeln gute und schlechte Leute gebe, von allen Anhängern naturgemäß im ersteren Sinne auf ihre Person angewandt wird.

China ist jedoch stets ein ausnahmefähiger Boden für die Saat der fremdenaustreibenden Politik gewesen, und das unbekümmerte und unbedachte Vorgehen der Vögel gegen die mit dem Auslande identifizierten Eisenbahn-Unternehmen wird die Propaganda der That verstärken lassen. Die momentane Gefahr liegt in der Zusammenziehung größerer chinesischer Truppenmassen in der Hauptstadt und in unmittelbarer Nähe derselben. Hiermit hat die chinesische Regierung und vornehmlich die hinter dem Thron stehenden Berater, allen voran der fremdenfeindliche Generalissimus der chinesischen Armee, Jung-Lu, in den letzten Monaten zweifellos ein gefährliches, wenn nicht zweideutiges Spiel getrieben.“

Die Ankunft des Detachements in Peking und der China damit gebotene Trug hatten indes diesmal nicht den erhofften Erfolg. Die „Vögel“, mit denen mehr und mehr die regulären Truppen sympathisieren, setzten ihre Angriffe auf die Gestalten — bekanntlich meist mehr als zweifelhafte Elemente — fort und zerstörten die Eisenbahnlinie zwischen Tientsin und Peking, wodurch sie es dem General Schmonn unmöglich machten, mit weiteren 3000 Mann zu der Schutztruppe der Gesandten zu stoßen. Das Tjungli-Namen erklärte den Legationen auch ganz offen, daß es eine weitere Truppenentsendung nach Peking nicht dulden werde, wie folgender Bericht v. Kettelers beweist:

Peking, den 12. Juni 1900.

Die Minister des Tjungli-Namen verlangen, daß die Entsendung von 1000 Matrosen nach Peking aufgehoben werden soll; die beteiligten Vertreter haben dies jedoch abgelehnt. Die Matrosen müssen auf dem Wege von Tientsin hierher Behinderung oder Widerstand gefunden haben, da sie sonst schon eingetroffen wären. Telegraphische Verbindung mit Tientsin ist unterbrochen.

Der fremdenfeindliche Prinz Tuan, der Vater des Thronfolgers, ist neben Tjungli-Namen zum Miteiler des Tjungli-Namens ernannt. In der Nacht zum 10. d. M. ist die Sommerresidenz der englischen Gesandtschaft, nahe bei Peking, die unter chinesischer Obhut war, niedergebrannt. Gestern wurde der japanische Attaché auf dem Wege zum Bahnhof ermordet und seiner Leiche der Kopf abgeschlagen. Es besteht die Befürchtung, daß die Soldaten gegen die hiesigen Fremden losgelassen werden.

gez. Ketteler.

An das Auswärtige Amt.

Trotz der so kritisch gewordenen Lage versuchten die Gesandten noch immer, durch eigenes Vorgehen der auch in Peking sich verbreitenden Bewegung Herr zu werden. So wurde durch Ketteler am 12. Juni ein Voger von der Straße verhaftet.

Nachdem sich in den folgenden Tagen Angriffe auf chinesische Christen ereignet hatten, kam es am 17. Juni zu einem Rencontre zwischen deutschen und chinesischen Truppen. Die Chinesen bewarfen die Deutschen mit Steinen, worauf die Deutschen mit einer unerwarteten Salve antworteten.

Inzwischen waren, am 17. Juni, die Takusforts von den Mächten erklärt worden. Diese Aktion der Mächte bedeutete den eigentlichen Ausbruch des Krieges.

In dem Bericht vom 25. August heißt es:

„Da dieser Vorfall (das Rencontre vom 17. Juni) keine weiteren Folgen hatte, so bestand noch immer die Hoffnung, die chinesische Regierung durch Vorstellungen und Drohungen zurückzuführen zu können und dies um so mehr, als täglich und stündlich das Eintreffen des Entsatzcorps unter Admiral Seymour erwartet wurde, über dessen Schicksal noch keine Nachricht nach Peking gelangt war. Statt dessen ließ das Tjungli-Namen am 19. Juni, nachmittags 4 Uhr, an sämtliche Vertreter der fremden Mächte die Aufforderung ergehen, innerhalb 24 Stunden mit ihren Angehörigen und den Detachements die Stadt zu verlassen. In einer sofort einberufenen Konferenz waren die Gesandten sich darüber einig, daß an ein Aufgeben der Gesandtschaften und an eine unmittelbare Abreise unter den obwaltenden Umständen nicht zu denken sei.“

Am 20. Juni begab sich Baron v. Ketteler trotz der Warnungen seiner Kollegen zu den Prinzen Tjungli und Tuan. Auf dem Wege dorthin erkrankte ihn sein tragisches Geschick. Die Ursache der chinesischen Ausweisungsbefehle vom 19. Juni war die Erstürmung des Takusforts gewesen, von welcher Aktion die Legationen durch die chinesische Regierung benachrichtigt worden waren.

Alle Fälschungsversuche über den Zeitpunkt und den Zusammenhang der Ermordung Kettelers mit der Erstürmung des Takusforts sind damit urkundlich abgethan. Jeder Zweifel ist darüber beseitigt, daß der Krieg von den Mächten begonnen wurde. Das Vorhergehende waren interne Angelegenheiten Chinas, Birken, in die China allerdings durch die Mächte hineingetrieben worden war.

Hätten die Legationen die drohenden Wetterzeichen beachtet und sich, statt sich auf den Terrorismus zu verlassen, rechtzeitig zurückgezogen, so hätte alles Kommenne vermieden werden können.

Unzweifelhaft hat die chinesische Regierung ein zweifaches Doppelspiel getrieben; allein derartige Wanks aus patriotischen Gründen sind noch stets von europäischen Historikern gefeiert worden, man denke an Hermann den Cheruskler oder das Verhalten des Generals York! Die brutale Anwesenheitspolitik der Mächte trägt allein die moralische Verantwortung für die chinesischen Konfusionen.

Die Vernunft auf die Schändlichkeit der Christenmorde haben sich vollends die Mächte durch ihre alle Vogergruel übertrumpfenden Hunnenthaten abgeschrieben!

Die unparteiische Geschichte wird über den Hunnenkrieg ebenso urteilen, wie die socialistische Arbeiterchaft bereits geurteilt hat und ihre Vertreter im Reichstag urteilen werden!

Partei-Nachrichten

Die Breslauer Parteigenossen sahen den Beschluß, die Parteigeschäfte in Zukunft dem socialdemokratischen Verein zu übertragen. Man erhofft davon soviel Vorteile für die Parteibewegung, daß man selbst die Benachteiligung der Frauen mit in den Kauf nehmen zu müssen glaubt.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Breslau treten unsere Genossen in allen Bezirken mit eigenen Kandidaten auf, da, wie die „Volkswacht“ schreibt, keine der übrigen Parteien oder Vereine ein Programm aufstellt und eine Taktik einschlägt, welche die generelle Unterstützung der Partei herbeiführen könnte.

Herr Georg Schumacher in Solingen hat sich dort für die Stadtverordnetenwahl als Kandidat aufstellen lassen. In den Versammlungen, zu denen seine Anhänger per Postkarte eingeladen werden, schimpft er auf unser Solinger Parteiblat, auf seine socialdemokratischen Gegenkandidaten und auf das socialistische Kommune-Wahlprogramm. Natürlich findet er dabei den Beifall aller Parteigegner.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Krefeld erhielten die Kandidaten unserer Partei 578, 576, 572, 565 und 552 Stimmen, die Gegner 640, 658, 627, 609 und 456. In Stichwahl konnten drei unserer Genossen, Remming, Künze und Greiner, deren Wahl günstige Aussicht hat. Bei der vor zwei Jahren stattgefundenen Wahl erhielt unsere Partei 70 Stimmen, demnach ein guter Erfolg.

Totenliste der Partei. In Hof starb in der Nacht vom Sonntag zum Sonntag der Appreteur Christian Ziegler. Er war einer der treuesten Parteigenossen und gehörte seiner Gewerkschaft sowie dem socialdemokratischen Wahlverein seit Gründung der beiden an. — Auch die Hamburger Partei erlitt einen Verlust durch den Tod des Genossen Heinrich Jilper, der am Sonntag im Alten Allgemeinen Arankenhaus zu Hamburg starb. Er war in unerwählter Organisationsarbeit thätig und hat namentlich unter dem Socialistengesetz nach besten Kräften seine parteigenössliche Pflicht erfüllt.

Die „Freie Presse“ in Eberfeld erscheint seit Montag täglich mindestens sechs Seiten stark gegen früher vier Seiten. Das Blatt wird jetzt auf der Rotationsmaschine hergestellt.

Der „Thüringer Landbote“, der von unsren Thüringer Parteigenossen herausgegebene Agitationskalender, wird diesmal in einer Auflage von 70—75 000 Exemplaren erscheinen.

Politikliches, Gerichtliches usw.

In der Verteidigungslage, die Dr. Lütgenau gegen unsere Genossen Dresden erlangte, fand gestern in Dornum und abermals Termin statt. Die uns ein Privattelegramm meldet, wurde der Termin verlegt, bis zur Erledigung einer Strafsache, die gegen Lütgenau wegen Betrug und Unterschlagung schwebt.

Um die Sicherheit des Staats recht besorgt ist die Amtshauptmannschaft Zwidau. Von dem Genossen Keil in Wilkau war eine Mitgliederversammlung des socialdemokratischen Vereins einberufen worden, in der ein Vortrag gehalten und über verschiedene innere Vereinsangelegenheiten beraten werden sollte. Daraufhin ging dem Genossen Keil in letzter Stunde noch von der Amtshauptmannschaft eine Versammlungs-Anmeldebefehinigung mit folgender origineller Mitteilung zu:

Das Ausdringen von Hochrufen auf die Socialdemokratie oder socialrevolutionäre Verbände oder Bewegungen und das Abfragen revolutionärer Fieber während und nach Schluß der Versammlung wird zur Vermeidung einer an den Veranstalter und Leitern der Versammlung zu vollstreckenden Ordnungstrafe bis zur Höhe von 150 M. oder 14 Tagen Haft hiermit verboten.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Dr. Schnorr v. Carolsfeld.

Wie bekommen, sollen wir in der Einschätzung der Höhe und des Singens für die sozialdemokratische Partei dem Amtshauptmann folgen, einen höheren Respekt vor diesen Propagandamitteln, als wir bisher ihnen zumieten. In der weiteren Folge wird die gutgeleitete Presse hoffentlich aus der Erläuterung des Juidauer Amtshauptmanns die Anwendung ziehen, daß das Sprichwort: Wo man singt, da laß dich ruhig nieder — ein für allemal als rezolutorisch verpönt wird.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der **Ausstand der Elektro-Monteurs** der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Abteilung Z, ist beendet. Durch Vermittlung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts, des Herrn v. Schulz, und des Arbeiterssekretärs Rörsten ist den Ausständigen im Namen der Firma folgendes bewilligt worden: Zurücknahme des Circulars betreffend Abschaffung der Vorortzulage, von 8 Uhr ab werden Ueberstunden mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt, Vollzulage, deren Höhe in den kommenden vier Wochen geregelt wird.

Der Erfolg, den die Kollegen errungen haben, beweist, daß nur durch die Einigkeit und den Zusammenschluß aller Kollegen unsere so schlechte Lage verbessert werden kann. Darum alle, die noch außen stehen, hinein in den Centralverband der Elektro-Monteurs und Berufsgenossen Deutschlands.

J. A.: Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Eine **Bewegung der Breslauer Buchbinder** scheint sich vorzubereiten. Eine gutbesuchte Versammlung derselben wählte am Sonntag eine achtgliedrige Lokalkommission, welche die etwa notwendig werdenden Arbeiten zu erledigen hat. Der Kommission gehören auch zwei weibliche Mitglieder an.

Gleiches Recht. Einer der bekannten Prozesse, in der eine sehr gereizte Stimmung der Richter gegen streikende Arbeiter zum Ausdruck kam, spielte sich dieser Tage vor der Leipziger Straf-Kammer ab. Angeklagt war der Buchbinder Ritter, der während des Buchbinderstreiks zu einem Mädchen, das weitergearbeitet hatte, gesagt haben sollte: Wenn Ihr nicht mitgeht, dann geht es heute abend drauf! Trotzdem dieses Delikt höchstens mit einigen Wochen Gefängnis bestraft werden kann, wurde Ritter am 18. Oktober wegen Kollisionsgefährde in Haft genommen und darin behalten.

Geradezu klassisch ist die Begründung der Fortdauer der Untersuchungshaft. Sie lautet:

Die Untersuchungshaft Ritters hat fortzubauern, weil er des ihm zur Last gelegten Verbrechens verdächtig ist, auch bei seinem Zeugnis und im Hinblick auf den erfahrungsgemäß von Seiten der Streikenden auf die Arbeitswilligen und Zeugen ausgeübten erheblichen Druck zu bekräftigen steht, daß er durch Beeinflussung der gegen ihn aufstehenden Zeuginnen die Verdunkelung des Thatbestandes, wenn er sich in Freiheit befinden würde, herbeiführen sich bemühen würde.

In der Beweisannahme wurde festgestellt, daß nur eine Zeugin, die bei dem Fabrikanten in Diensten stand, die Zeugenschaft gehört hatte, die übrigen Zeugen wählten nicht. Die Denunziation war von dem Buchhalter der Firma Wölsberg ausgegangen. Das Gericht erkannte auf drei Wochen Gefängnis und rechnete von den 25 Tagen Untersuchungshaft nur eine Woche auf die Strafe an.

Was an der Verhandlung besonders bemerkenswert ist, das ist die Begründung für die Fortdauer der Untersuchungshaft; wenn dieser Grundsatz allgemein angewendet würde, dann müßte bei jedem Verdacht, der sich gegen eine Person regt, die Untersuchungshaft verhängt werden und wir kämen in geradezu ungeheuerliche prozessuale Zustände. Wenn fällt aber, wenn er den angewandten Maß, den unsere Justiz wandelt, verfolgt, nicht die richtigerweise Behandlung des Prinzen Krenberg ein, der als Mörder lange Zeit frei umherlief, ehe er in Untersuchungshaft genommen wurde?

Pöbner i. Th. Durch die „gutgesinnte“ Thüringer Presse geht gegenwärtig eine Notiz, wonach im benachbarten Weischen der Maurer Traugott Eisenbeiß seinen Arbeitskollegen Arno Preuß deswegen überfallen und schwer verletzt habe, weil letzterer weder der Organisation angehört, noch sich am letzten Maurerstreik beteiligt habe. Die Sache erhielt eine um so tragischere Seite, als der Geschlagene am andern Tag sich im Mogauer Teiche ertränkte und nun vollends bei den Arbeiterfeinden als ein Opfer der Rachsucht der Organisierten sowie seiner Streikgegnerschaft gilt; dabei wird er als „Reißiger und treuer“ Arbeiter geschildert. Der Fall wird, so wie er in den „Ordnungs“-Blättern erzählt wird, zweifellos großen Eindruck bei allen Philistern machen, und sicher wird derselbe in dieser Originalfassung ein Plätschen finden in den gesammelten Motiven zur Begründung einer eventuellen künftigen Justizausvorlage. Zusammenhänge ist dabei aber, daß die ganze Geschichte bis auf den Selbstmord Preuß' erschwindelt ist! Nach einer in nationalliberalen „Pöbner Tageblatt“ veröffentlichten Erklärung des Maurers Eisenbeiß, der P., wie erwähnt, überfallen haben soll, verhält sich die Sache, wie derselbe durch Zeugen nachzuweisen sich erzieht, doch ein wenig anders. Danach ist der Selbstmörder Preuß gar kein Maurer und hat nie als solcher bei einem Meister gearbeitet; es kann also eine Gegnerschaft aus Anlaß des Streiks oder der Organisation absolut nicht in Frage kommen, um so weniger, als Eisenbeiß sich selbst nicht am Streik beteiligt habe! Ferner weist Eisenbeiß nach, daß er Pr. nicht aufgelauert resp. überfallen habe, sondern daß dieser in betrunkenem Zustand auf der Mogauer Dorfstraße gelegen habe und er ihn auf Ditten mehrerer Mogauer Wurzeln mit nach Hause genommen habe. Der Dank dafür sei nicht ausgeblieben, denn den gemeinsten Beschimpfungen seitens Preuß' seien bald Thätlichkeiten gefolgt und er (Eisenbeiß) habe lediglich in der Notwehr gehandelt, als er die Wehrergriffe P.'s mit dem Spazierstock parierte. Im übrigen wird P. dabei als bekannter Meßerheld geschildert; erst im Vorjahre habe derselbe einen Maurer erschossen. Anderen Tags ist Preuß nun nach Ziegenrück gegangen, um beim Arzt sich die sichtbaren Zeichen der erhaltenen Stoßwunden beschleunigen zu lassen und die Sache beim Gendarmen anzugehen; beide aber hat Pr. nicht angetroffen und ist dann in späterer Stunde betrunken in Ziegenrück gesehen worden, am Montag füllte man ihn entseht aus dem großen Mogauer Teiche. Was ihn veranlaßt hatte, den Tod zu suchen, ist unangeführt, es ist auch keineswegs ausgeschlossen, daß dem Betrunknen ein Anfall zugestoßen ist.

Ausland.

Aus der Schweiz. In der Seidenspinnerei von Bommann a. Dr. Müller in Jülich-Engel haben ca. 120 Arbeiter die Arbeit eingestellt. Sie fordern eine wöchentliche Lohnerhöhung von 2 Fr. auf 21 bis 24 Fr. für Handlanger, von 1,50 Fr. für Hilfsarbeiter auf 24 bis 27 Fr. und von 1 Fr. auf 27 Fr. für gelehrte Färber, ferner schriftliche Vereinbarung.

Sociales.

Zur Gewerbe-Inspektion in der Schweiz. Die schon vor längerer Zeit gemachte Anregung, betreffend die Errichtung eines besonderen kantonalen Gewerbe-Inspektorats zur besseren Kontrolle der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetze, ist nun ihrer Verwirklichung sehr nahe gerückt. Der Große Rat hat in seiner letzten Sitzung die bezügliche Vorlage mit großer Mehrheit angenommen, wonach als besondere Abteilung des Departements des Innern ein kantonales Gewerbe-Inspektorat zur Überwachung aller ihm vom Departementsvorsteher zugewiesenen Arbeiten auf den Gebieten des Fabrikwesens, der Gastpflicht und des Arbeiterschutzes errichtet werden soll. Insbesondere obliegt demselben die Überwachung der kantonalen Arbeitervereine, des Gewerkschaftswesens, der Ausführung des eidgenössischen Fabrikgesetzes und der eidgenössischen Gastpflichtgesetze, soweit sie in die Kompetenz der kantonalen Behörden fallen; die Unterfertigung des eidgenössischen Fabrikgesetzes; die Kontrolle der Bestimmungen des Wirtschaftsrechtes zum Schutze des Wirtschafts-

personals; die Überwachung der Ausführung des Sonntagsgesetzes; die Durchführung weiterer durch Gesetz für Angestellte und Arbeiter angeordneten Schutzbestimmungen, endlich das Sekretariat der Kommission für Handel, Industrie und Gewerbe. Von der längst geforderten Anstellung einer Gewerbe-Inspektorin ist in dem Gesetz nicht die Rede, aber es enthält auch kein Verbot, so daß die Regierung, wenn sie nur will, diese alle Forderung, die auch vom Fabrikinspektor Kaufmann besorgt wird, erfüllen kann.

Der erste deutsche Handwerkskammertag wird vom 15. bis 17. d. M. in Berlin stattfinden. Die Tagesordnung, die zur Erledigung kommen soll, ist sehr reichhaltig, sie zählt nicht weniger als 14 Nummern. Die hauptsächlichsten Punkte sind die folgenden:

1. Die Aufgaben der Handwerkskammer; a) auf dem Gebiete des Lehrlingswesens, Gesellenprüfungs-Ordnung, b) bezüglich der Meisterprüfung, c) bezüglich der Bestellung der Beauftragten. 2. Aufbringung der Kosten der Handwerkskammern. 3. Organisation des Handwerks und Gewerbe-Kammertags, sowie Regelung des gegenseitigen Verkehrs zwischen den einzelnen Kammern. 4. Das Fortbildungswesen und Fachschulwesen. 5. Genossenschaftswesen im Handwerk. 6. Submissionswesen. 7. Die Bedeutung der Handelsverträge für das deutsche Handwerk. 8. Der Befähigungsnachweis. 9. Wahlbeteiligung von Nichthandwerkern in den Gewerbevereinen an den Handwerkskammer-Wahlen.

Gewerbe-Inspektion.

Die Amtshauptmannschaft des Bürgermeisters. Der Weinauktbesitzer Hoffmann sah eines Tags im Amtsbureau der Bürgermeisterei zu Ober-Wesela. N. die Wählerliste ein. Hierbei stand er an einem Pult, auf das der Amtsschreiber die Liste gelegt hatte. Der Bürgermeister Doll betrat im selben Augenblick das Zimmer. Er forderte Hoffmann auf, sich auf die Bank für das vorstehende Publikum zu setzen. H. kam dem nach, guckte weiter in die Liste und lächelte vor sich hin, da er annahm, der mit ihm verfeindete Bürgermeister wolle ihn hantieren. Dieser fuhr ihn nunmehr an: Lassen Sie das unverschämte Hangelhafte machen — denken Sie, Sie wären unter Ihresgleichen? Auf Antrag Hoffmanns wurde das Stadtoberhaupt später in zweiter Instanz vom Landgericht zu Koblenz wegen Verletzung des Klägers zu einer Geldstrafe von 20 Mark verurteilt. Das Landgericht hielt jene Verurteilung für erwiesen und nahm an, der Bürgermeister habe damit H. seine Mißachtung ausdrücken wollen. — Nachdem der Beurteilte Revision eingelegt hatte, erhob die Regierung in Koblenz zu seinen Gunsten beim Ober-Verwaltungsgericht den Konflikt. Die Regierung machte geltend, daß sich Bürgermeister Doll im Rahmen seiner Amtsbefugnisse gehalten habe. Er habe das Benehmen des Privatklägers als unverschämte ansehen können und andre Ausdrücke als die gebrauchten hätten ihm bei der Abwehr schwerlich zur Verfügung gestanden. Die Abwehr selber sei aber im Interesse seiner amtlichen Autorität erfolgt und sachgemäß gewesen. — Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte den Konflikt der Regierung für unbegründet und somit das Strafverfahren gegen den Bürgermeister für zulässig. Die Ausdrücke „unverschämte“ und „Hangelhaft“, gebraucht gegenüber dem einfachen Lächeln Hoffmanns, stellten eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse dar.

China.

Die „unwidererliche Entscheidung“ der Mächte wird von der internationalen Kollisionspresse natürlich lobend besprochen. Die „Neue Freie Presse“ meint, es werde nun einmal „ohne eine gewisse Demütigung Chinas“ nicht abgehen. Die englische Regierungspresse bläst in dasselbe Horn.

Ein Artikel des „Globe“ hält die Bedingungen, über die sich die fremden Gesandten in Peking geeinigt haben, für befriedigend und bezeichnet es als wesentliches Erfordernis, daß die Proklamationen betreffend die Unterdrückung der Boxerseite so abgefaßt werden, daß sie die Bevölkerung von der Kuglosigkeit weiteren Widerstands gegen den Zug der Zivilisation (I) überzeugen. In den Proklamationen müßten die Namen und die Vergehen aller enthaupteten und degradirten oder sonstwie bestraften Prinzen, Mandarinen und Beamten aufgeführt sein. Ferner müßten die Proklamationen vom Kaiser unterzeichnet, zuvor aber den fremden Gesandten zur Genehmigung vorgelegt werden. Auch müßten die Mächte das Recht haben, den öffentlichen Anschlag der Selbstaufmachungen zu überwachen. Das Waffeneinfuhrverbot hält der „Globe“ für nutzlos, da China Waffen selbst herstellen könne. Was den erwarteten Widerstand der Kaiserin-Witwe gegen die Hinrichtung der schuldigen Beamten und Prinzen und gegen den Erlaß der Proklamationen angeht, so macht das Blatt den Vorschlag, die Mächte sollten die Kaiserin durch Hunger zur Unterwerfung zwingen, indem sie die Einnahme aus den Seezöllen, welche in die kaiserliche Schatzkammer fließt, beschränken. Die letzten Ziele der Mächte müßten sein, China in eine solche Lage zu versetzen, daß es seine Geschicke selbst bestimmen könne, und China zu überzeugen, daß die Mächte keine weitergehenden Beweggründe haben. Deshalb bedauert der „Globe“ das russische Vorgehen am Amur und in der Mandchurei und empfiehlt, Europa möge zu einer Verständigung kommen, um die russischen Uebergriffe zurückzuweisen.

Die „St. James Gazette“ erklärt die Bedingungen der Gesandten für ausgezeichnet, bezweifelt aber deren volle Durchführbarkeit.

Eine deutsche Parade.

Ein über Shanghai hier eingegangenes Telegramm aus Tientsin, welches kein Datum trägt, berichtet, daß der Kommandeur des deutschen Ostasiatischen Expeditionscorps, Generalleutnant v. Pless eine Parade über die deutschen Truppen abgehalten und den einzelnen Regimentern die ihnen von dem Kaiser Wilhelm verliehenen Fahnen übergeben hat. In der Ansprache, welche der Kommandeur hielt, gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die Truppen die Fahnen unbeschadet erhalten würden, nicht nur durch ihren Mut in der Schlacht, sondern auch durch ihre Haltung in Zeiten des Friedens.

Ueber das durch die nach Deutschland gesandten Kollisionsbriefe geschilderte Hunnentreiben hat danach der Kommandeur kein Wort verlieren zu sollen geglaubt.

Weitere Wirren.

Das I. I. Korrespondenz-Bureau meldet: Das österreichisch-ungarische Geschwader-Kommando telegraphirt: Das österreichisch-ungarische Detachement in Peking nimmt an der dreiwöchentlichen Expedition in nordwestlicher Richtung teil. Der Abmarsch erfolgte am 12. November. Die österreichisch-ungarische Matrosencompagnie in Peking mit 16 deutschen Reitern traf in Poalingtan, zehn Kilometer westlich von Peking, auf eine Vorzerbande. Es kam zum Kampfe, die Voger wurden besiegt, drei Anführer wurden erschossen, die übrigen gefangen.

Ueber den Marsch des Majors Grafam und die Vorgänge bei den Russen nördlich von Schanhaiwan meldet Feldmarschall Graf Waldersee weiter:

Kolonne Grafam ist am 8. November in Peking eingetroffen, hat auf ihrem Marsch nur bei Shanghoischen den schon gemeldeten unbedeutenden Zusammenstoß mit berittenen Vögern gehabt. Durchzogene Gegenden sonst friedlich. Russische Kolonne hat nördlich Schanhaiwan Missionare unter Bischof Abelson befreit.

Vom Prinzen Tuan

wird aus Pinglang (Provinz Kansu) gemeldet, daß er dort vor einigen Tagen durchgezogen ist auf der Reise nach Ninghsia. Der Prinz soll sich dorthin zum Aufenthalt bei dem Gouverneur, welcher ein Verwandter von ihm ist, begeben. Die Reise wurde im Geheimen unternommen. Junglu befindet sich auf der Reise nach Tschangan. Der Aufenthalt des Prinzen Tschiang ist unbekannt.

Chinesischer Widerstand?

Wie den „Times“ aus Shanghai gemeldet wird, heißt es in der Eingeborenen-Presse, Liu-tsunji habe Tschangschüung aufgefodert, mit ihm gemeinsam sich jeder gegen Singanfu über Hankau gerichteten Expedition zu widerlegen.

Die belgische Expedition.

Brüssel, 14. November. Der Senat setzte die Erörterung über die aufgegebenen belgische China-Expedition fort. Der Minister des Aeußern de Fabereau erklärte, die Regierung werde wissen, wann der Schriftwechsel mit den fremden Mächten zu veröffentlichen sei. Ueber Deutschland noch Frankreich hätten das Recht Belgiens, an der Aktion in China teilzunehmen, angezweifelt. Lippens (liberal) wirft der Regierung vor, sie habe die Garantien nicht erst benachrichtigt, als die Angelegenheit schon eingeleitet war. Picard (Socialist) erhebt gegen den politischen Charakter Einspruch, den die Regierung der Expedition beilegen wollte; alle in China handelnden Mächte verfolgten eigenmächtige Ziele. Redner sprach den Wunsch aus, den Ton der Antworten Deutschlands und Englands auf die Mitteilung des belgischen Plans an die betreffenden Dokumenten lernen zu lernen. Nachdem noch zahlreiche Redner gesprochen, erwidert der Minister des Aeußern, die belgische Regierung habe im Jahre 1900 ebenso der Empfindung des Lands gemäß gehandelt, wie im Jahre 1864 bei der Expedition nach Mexiko. Er (Redner) habe keine Stunde verloren, um die Mächte von der Absicht Belgiens in Kenntnis zu setzen. Von der Mitteilung der diplomatischen Schriften sei Abstand genommen worden, weil mehrere derselben Punkte berühren, die Gegenstand von Unterhandlungen sind oder einen solchen bilden werden. Hinsichtlich des Gerichts von einer beabsichtigten Wiederaufnahme der Expedition erklärte der Minister, die Regierung denke weder an eine militärische Aktion, noch an die Bildung einer Gendarmetrie-Abteilung. Die Erwerbung chinesischen Grund und Bodens stehe in Frage, doch handele es sich um eine einfache Niederlassung ohne politische Bedeutung. Solche Erwerbungen seien in Tientsin und an andren Orten möglich, erforderten jedoch keinerlei militärisches Vorgehen. Hierauf verlegte sich das Haus.

Letzte Meldungen.

Berlin, 14. November. Nach Meldung des Oberkommandos aus Peking vom 11. d. befindet sich die ehemalige chinesische Garnison von Peking zwischen Quai-lai und Hsien-hwa (83 und 142 Kilometer nordwestlich Peking). In dieser Richtung ist deshaß, sowie zur Unterstützung bedrohter Katholiken auf dringenden Wunsch des Bischofs Javier unter Oberst Graf Port von Wartenburg eine Expedition entsandt worden, bestehend aus: 1. Bataillon Regiment 1 ohne 3. Compagnie, Jäger-Compagnie, 2. Escadron, 1 Zug Gebirgs-Artillerie, 1 Compagnie Oestreicher, 1 Bataillon und 1 Zug Artillerie-Regiment.

Wien a. N., 14. November. Der „Allgemeinen Zeitung“ zufolge beabsichtigt die deutsche Reichsregierung, ihre Seestreitkräfte in Ostasien zu vermindern und einige Linienfahrzeuge sowie Kreuzer heimzubringen. Die Linienfahrzeuge Division unter Kommandeur Geisler wird voraussichtlich im nächsten Frühjahr die chinesischen Gewässer verlassen. Die beiden Kreuzer „Irene“ sowie „Gefion“ treten ihre Heimfahrt bereits anfangs des Jahres 1901 an.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Reichstagswahl.

Wolfskeil, 14. November, 9 Uhr 34 Min. abends. (Privat-Depesche.) In der am heutigen Tage stattgefundenen Reichstags-Wahlwahl im Kreise **Vomst-Meserich** erhielten Reichstagswahl-Kandidat **Wolfskeil** (Kandidat der Polen und des Centrums) 5831, v. **Gerdsdorf** auf **Wandwitz** (L.) 2826, **Reichstags-**verleger **Wilhelm Traub**-Berlin (Mit.) 2418 Stimmen. Auf den sozialdemokratischen Wahlkandidaten fielen 74 Stimmen. Trotz der bis jetzt gezählten Majorität des polnischen Kandidaten ist, da noch das Resultat aus 48 Ortschaften aussteht, eine Stichwahl zwischen dem Polen und konservativen wahrscheinlich. In der Hauptwahl 1898 erhielt der Kandidat der Reichspartei, Herr von **Dziembowski** 5833 Stimmen. Für den Kandidaten des Centrums wurden 7444, für denjenigen der freisinnigen Volkspartei 495 und seitens der Sozialdemokratie 49 Stimmen abgegeben.)

Ordnungslosigkeit.

Essen a. d. Ruhr, 14. November. (W. Z. W.) Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, brach in Pechelberg bei Oberhausen während der Forderung die Krone des Förderforts, der in den Schachtstumpfen stürzte und zwei Bergleute mit hinabtrieb. Die Leichen der Verunglückten konnten noch nicht geborgen werden.

Urteil im Polna-Prozess.

Wiesl, 14. November. (W. Z.) Im Prozeß **Hälsner** beantworteten die Geschworenen die erste Frage, Nord an der Gruga, mit 12 Stimmen verneinend, die zweite Frage, Mißhandlung an der Ermordung der Alima, mit 12 Stimmen bejahend, die dritte Frage der Verleumdung einstimmig mit „Ja“, die vierte Frage, entsetzte Mißhandlung an der Ermordung der Gruga, mit 9 Stimmen bejahend. Hälsner wurde zum Tode durch den Strang verurteilt. (Siehe I. Beilage.)

Italienische Kammerführung.

Rom, 14. November. (W. Z.) Das heute veröffentlichte parlamentarische Programm der Regierung konstatiert, daß trotz der schmerzhaften Ermordung des Königs Humbert die freireichlichen Institutionen und das Funktionieren der ganzen Staatsmaschine keine Beeinträchtigung erfahren habe. Die Beziehungen zu den andren Mächten seien die herzlichsten und durch teilnehmende Kundgebungen aus allen Staaten in feierlicher Weise bekräftigt worden. Was die militärische und politische Aktion Italiens in China betreffe, so vollziehen sie sich gemeinsam und mit dem Willen des Parlaments, auch mit dem vollständigen Einverständnis der andren beteiligten Mächte. In Afrika sei die Grenzfrage gleichfalls in befriedigender Weise geregelt worden.

Der Jar trank.

Petersburg, 14. November. (W. Z. W.) Eine Mitteilung des Ministers des kaiserlichen Hauses, **Baron Frederiks**, besagt: Die **Influenza**, die sich bei Sr. Majestät dem Kaiser am 8. November mit allen für diese Krankheit charakteristischen Zeichen, abgesehen von häufigem Schweiß, gezeigt, nahm am 13. November den Charakter eines typhösen Prozesses an. Ueber den Verlauf der Krankheit werden tägliche Bulletins ausgegeben.

London, 14. November. (W. Z.) „Daily Telegraph“ ist der Ansicht, daß die Regierung eine **Anleihe von 30 Millionen** Pfund Sterling zur Deckung der Kriegskosten machen werde.

Gamburg, 14. November. (W. Z. W.) Der als mutmaßlicher Mörder der Prostituirten **Albert** gestern in Haft genommene **schwedische** **Kellner** **Stave** wurde heute, da er sein Alibi nachweisen konnte, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Wien, 14. November. (W. Z.) Nach aus Warschau hier eingegangenen Meldungen soll die **Königin Draga** vorgestern eine Fehlgeburt gehabt haben.

Budapest, 14. November. (W. Z.) Wie verlautet, steht die **Ernennung Desider** **Talagay** zum Minister des Innern nahe bevor.

Wetzl, 14. November. (W. Z. W.) In der vergangenen Nacht brannte ein Bauernhof in der Gemeinde **Lenhofa** nieder. Die Frau des Hofbesizers, der Vater desselben sowie vier Kinder kamen in den Flammen um. Der Hofbesitzer rettete sich mit knapper Not, hatte aber so schwere Brandwunden erlitten, daß er eine Stunde später starb.

Reichstag.

1. Sitzung. Mittwoch, den 14. November 1900.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowski. Präsident Graf Balleskrem eröffnet kurz nach 2 1/2 Uhr die Sitzung mit folgenden Worten: Nach § 1 der Geschäftsordnung liegt es dem Präsidenten der vorigen Session ob, die erste Sitzung der neuen Session zu eröffnen, — was hiermit geschieht.

Der Präsident beruft hierauf die Schriftführer der vorigen Session provisorisch ins Bureau. Eingegangen ist die Mitteilung vom Kanzlerwechsel. Folgende Vorlagen sind eingelaufen: 1. Dritter Nachtrags-Etat für 1900 (China-Expedition). 2. Seemanns-Ordnung. 3. Gesetz über die Privat-Versicherungsgesellschaften. 4. Konvention über das Verbot der Wein-Einfuhr nach bestimmten Gebieten Afrikas. 5. Rechnungssachen.

Das provisorische Bureau wird mit der Verlesung der Mitglieder in die sieben Abteilungen betraut. Dann wird zum Namensaufruf geschritten, um die Beschlussfähigkeit festzustellen.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 243 Mitgliedern.

Präsident Graf Balleskrem: Unsere heutige Aufgabe ist damit erledigt. Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung zu halten morgen, Donnerstag, nachmittags 2 Uhr. Ehe ich für die Tagesordnung Vorschläge mache, habe ich Ihnen mitzuteilen, daß ein schleuniger Antrag eingegangen ist auf Einstellung des gegen den Abg. Dr. Heim (C.) schwebenden Strafverfahrens. (Große Heiterkeit.) Auf die morgige Tagesordnung setze ich die Präsidentenwahl und den schleunigen Antrag. Ich schließe die Sitzung. Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Sinnliches aus Ostasien.

Aus Düsseldorf wird uns nachstehender Hummerbrief zum Abdruck zur Verfügung gestellt:

Peking, den 10./11. 1900.

Liebe Eltern und Geschwister!

Endlich, nach langer Zeit kann ich Euch wieder einige Zeilen schreiben. Am 17. August sind wir in Taku angekommen, fuhren von da aus mit der Bahn bis Tientsin, wo wir 8 Tage gelegen haben. Von da aus, erfolgte der Vormarsch auf Peking, der manchen Schweißtropfen gekostet hat, überall niedergebrannte Dörfer, wofin man sieht ein Bild des Jammers und Elends. Am 2. September nach mancher Mühe und Last, konnten wir unsern Einzug in Peking halten. Aber wie hatten wir uns geübt. In einem Schweinehof bei uns zu Hause sieht es nicht aus, wie hier in der Kaiserstadt Peking. Die Straßen voll Mist und Dreck, und ein Gestank, daß man bald ohnmächtig wird. Hoffentlich kommt bald das Ende dieses unglückseligen Krieges. Als wir uns einigermassen eingerichtet hatten, mühten wir wieder weiter, aber diese Lauferei durch die Felder, dazu haben die ganze Kerle die Schei... rei, die macht einen Lapsus. Wir waren Mittags gerade am ab lachen, da fielen schon einzelne Schiffe. Sofort mühten wir unsern Essen im Stich lassen, und an die Gewehre, und nun ging's los. Aber das könnt Ihr Euch nicht vorstellen, wie unsere Soldaten hier gehaust haben. Kein Schlagen warft ein Schlächter was zu nennen, keiner wurde verschont, nicht Weib und Kind, alles wurde niedergemacht, das nennt man nun in Deutschland zivilisationsförmliche Tätigkeit, dabei sind das die reisten Wilden, oft Schlämmer, wie die Chinesen selbst. Später, wenn ich mal wieder bei Euch bin werde ich Euch Alles gründlich erzählen, wie es hier aussieht, habe bis jetzt noch kein Lebenszeichen von Euch gehört, was ja leicht denkbar ist, aber hoffentlich seid Ihr alle noch gesund und munter, wie ich es auch bin. Ich laure alle Tage mit Schmerzen auf einen Brief, wie gerne hörte ich wieder einige Worte aus dem Elternhause, aber es kommt immer nichts. Hiermit will ich schließen. In der freundlichen Hoffnung, daß Ihr alle recht gesund seid, und wir uns recht bald, gesund und munter wiedersehen. Verbleibe ich

Euer dankbarer Sohn und Bruder

Ein zweiter Brief aus der Feder desselben Soldaten gelangte am Sonntag in die Hände der Eltern und lautet wie folgt:

Peking, 25./10. 1900.

Liebe Eltern und Geschwister!

Tausend Dank für Euren lieben Brief. Ihr glaubt nicht, wie es einen freut, wenn man hier in dieser Wildnis etwas aus dem Elternhause hört. Aber macht Euch keine Sorgen, denn ich glaube, daß wir bald fertig sind, hier in diesem Sch... hneft. Es hat mich sehr gefreut, daß Ihr alle noch gesund seid. Kann Euch nun als Reuigkeit mitteilen, daß ich hier Polka's spiele in Peking, genau so wie unsre Mitgläubler. Nur kann ich kein Protokoll machen. Aber ich verhaue sie, daß sie nicht wissen, wofin. Die Schweine fagen nämlich auf die Straße und sch... hen, über haupt der Dreck fliegt auf die Straße. Abends, wenn dunkel wird, sollen die Lumpen Laternen heraushängen einige machen's andre nicht, daß ohne Schläge nicht abgeht ist klar. Von uns wird verlangt daß wir die Straße sauber halten oder fängt man an einer Seite an und ist 100 Schritt weiter ist vorne schon wieder hingesch... n. Schweine sind auch darunter. Am Freitag durchsuchten wir ein Haus es wurde uns vom Dolmetscher gesagt, daß ein Voger wäre. Wir fanden auch Patronen und Dolche. Einer von uns suchte in einer Kiste und da bekam er auf einmal einen Schlag von dem Kerl, daß ihm der halbe (S. B. Berichterst.) wegfiel. Aber daß dieser Lump nicht lebendig aus seiner Hütte herauskam ist klar, den haben wir so lange verhaue, bis er liegen blieb. Ich könnte Euch noch vieles Schreiben aber ich habe kein Papier mehr. In der Hoffnung, daß Euch dieser Brief so gesund antieft wie er mich verließ verbleibe ich unter herzlichsten Grüßen Euer

Sohn und Bruder.

Aus diesen beiden Briefen eines deutschen China-Kriegsführers sieht man mit erschreckender Deutlichkeit, wie fürchterlich rasch durch die demoralisierende Schule eines Kolonialkrieges aus einem sittlich normal fühlenden Menschen ein blind darauf los wühlender Summe werden kann. Im ersten Brief liest man noch von dem Jammer und Elend der Verwüstung. Die grauenhaften Schlächtereien der auf flüchtendes Menschenvild losgelassenen Soldateska empören sein Menschlichkeitsgefühl. Sein sehnlichster Wunsch ist der, möglichst bald durch das Ende des unglückseligen Krieges der ferneren Teilnahme einer derartigen „zivilisationsförmlichen Tätigkeit“ überhoben zu werden.

Wenn man haust nicht 8 Tage unter Hunnen, ohne an seinem sittlichen Empfinden Schaden zu nehmen. Der erste Brief ist vom 19. September datiert, der zweite vom 25. September. Und da hat man den Eindruck, als komme der zweite Brief von einem ganz andern Individuum. Von moralischen Reflexionen, von irgendwelcher Selbstkritik ist keine Rede mehr. Die europäische Soldateska ist kraft des brutalen Rechts des Stärkeren Herrin des verwüsteten Landes, nach ihrer rücksichtslos geschwungenen Fuchtel müssen die gnädigt von der Massen-abflächung verschont gebliebenen Einwohner tanzen. Die Chinesen sind Schweine, die für das Besämen der Straßen (ihre eigenen Städte) unbarmherzig verhaue werden müssen. Auch die ländliche Bevölkerung Deutschlands läßt sich zwar bei der Befriedigung der leidlichen Notdurft vielfach noch mehr durch Bequemlichkeitsrücksichten als durch Rücksicht der Hygiene und des öffent-

lichen Anstands leiten — macht nichts, die Chinesen sind Schweine, die nach Koten verhaue werden müssen. Und läßt sich ein dieser „feigen“ Schweine gar zu einem Akt der Notwehr hinreizen, wie der Voger, dem es bei der Hausfuchung an Kopf und Kragen ging, so wird er in einer Weise zu Tode geprügelt, wie in der Heimat nicht einmal ein räudiger Hund totgeschlagen werden darf!

Das ist die bestialisierende Macht des vorgeschobenen Weispiels, von der ja fast alle Schreiber von Hummerbriefen zu erzählen wußten.

Die chinesische Kulturschmach schreit nicht nur zum Himmel, wie die trotzdem freilich sehr lähl bleibende „Köln. Volksztg.“ zugiebt, sie stinkt zum Himmel!

Weitere Hummerbriefe.

Das „Volksblatt für Halle“ veröffentlicht folgenden weiteren Hummerbrief:

„Zweimal habe ich bereits die Reise nach Peking gemacht, diese dauert allemal 14 Tage. Es werden ohngefähr 6 bis 10 Zempas oder Dschunken mit Proviant beladen und durch chinesische Kulis (Arbeiter) gezogen strandaufwärts bis Peking. Dies dauert allemal sieben Tage. Abends wird gehalten, da der Strom sehr flach ist und man deshalb alle Minuten festfahren würde. Während der Fahrt (dieselbe geht natürlich sehr langsam vor sich) steigen wir ans Land und gehen auf Hühner-, Enten- und Taubenjagd, manchmal wird es auch eine Menschenjagd, da sich noch sehr viele verpörrigte Voger hier herumtreiben. In einem Tage hatten wir 8 Stück solcher Bestien ins bessere Jenseits befördert. Dann werden auch noch die Dörfer nach Gold abgesehen, in den meisten Dörfern findet man keinen Cent.“

Die Dörfer werden nach Gold abgesehen — aber gepiländert wird nicht! —

Ein weiteres Hummerdokument veröffentlicht die „Magdeburger Volksstimme“:

Peking, 10. September.

In der Hauptstadt Chinas finde ich endlich wieder Gelegenheit, Euch einige Zeilen zukommen zu lassen. Während unserer interessanten und qualvollen Fahrt fand ich ein paar mal Gelegenheit, von den Hofenstädten, die wir aufsuchen mußten, um neue Lebensmittel und Rohlen zu nehmen, Euch viele Grüße zu senden. Am 15. August langten wir auf der Meede von Taku an, wo sofort (abends) mit dem Anschiffen von Menschen und Tieren begonnen wurde. Das Wasser ist bis zu den Forts ziemlich flach und die großen Schiffe müssen 2 Stunden vom Lande liegen bleiben. Am 16. kamen wir dann an Land, passierten die zerstörten Forts und quartierten nachts in leeren stinkenden von den Chinesen verlassenen Buden. Am 17. vorm. fuhren wir mit der Bahn von Taku nach Tientsin. Selbst war von den Vögern vollständig zerstört, ist aber von den Russen schon wieder lüchtig in Herstellung begriffen. In Tientsin, eine ziemlich große mit einigen europäischen Straßen und Anlagen, jetzt teilweise in Trümmer liegende Stadt, bezogen wir eine ehemalige chinesische Universität. Hier selbst verkauften Soldaten und angenommene chinesische Arbeiter, die der Hunger zur Arbeit zwingt, die Ladung der beiden großen Dampfer, die teils mit der Bahn, aber den Fluß aufwärts (Weiho) bis her befördert war. Bis zum 24. war noch nicht die Hälfte untergebracht, es ist kaum glaublich, was die beiden Dampfer verborgen hatten. Leider lag die Verpflegung unten, so daß wir in den ersten Tagen wenig zu essen bekamen. Am 25. fuhren wir weiter nach Peking zu, ungefähr noch 28 Kilometer weit brachte uns die Bahn, dann ging das Panzen los, bis Peking. Denselben Tag marschierten wir noch bis Yang-tshun, ungefähr 6 Kilometer. Hier bivaktierten wir am Ufer des Weiho, denn das Rest war vollständig verwüstet und die noch stehenden Gebäude waren als Proviantlager von allen Rationen beschlagnahmt. Hier zeigten sich denn auch die Greuel des Krieges in der Nähe. Schutzhäuser, darunter Leichen, noch halb verhungerte verborgene Weiber und Greise. Den Fluß herunter trieben Kadaver von Menschen und Tieren, dazu eine ziemliche Hitze und leichengeruchgefüllte Luft — „gibt Appetit!“ Hitze, Mücken und Mosquitos sorgen für Unterhaltung während des Schlafs, den der Hunger nicht aufkommen läßt. Nachts wollten uns die Chinesen verbrennen, an drei Stellen brannte es zu gleicher Zeit. Bis zum 27. mühten wir auf unsre Bagage warten, die mit ihren kleinen, mit Maultieren bespannten Wagen nicht schneller vorwärts kommen konnten als Tientsin. Jede Brücke mußte erst selbst gebaut werden, wobei zwei Mann ihr Leben einbühten. Am 28. begann der erste Marsch nach Hofsinu ungefähr 35 Kilometer, in großer Hitze, nachmittags in strömendem Regen, so daß wir überall aufsuchen mußten unter unsern durchlaufenden Zelten. Vollständig naß ging es am andern Morgen auf bodenlosen Wegen weiter nach Peking. Durch verunstaltete Städte und Dörfer, teilweise niedergebrannt, führte der bodenlose Weg durch Leichen und Gerippe gekennzeichneter. Je näher wir nach Peking kamen, je schauderhafter wurde es, bis an den Anien in Schlamm und Wasser, von oben abwechselnd Regengüsse und Sonnenschein, gelangten wir nach dreieinhalbtagigem Marsch in Peking. an, Menschen und Tier total zerstört. Jeder Einzelne wird daran denken. Es ist etwas andres, hier und in Deutschland Krieg zu führen. Unglaubliche Strapazen waren es und von jeder Compagnie waren täglich ungefähr 20 Mann schlapp, von 18 Hobeiten 6. Jetzt haben wir uns einigermassen erholt, nur das Essen ist sch... ach, weil die kolossalen Truppenmassen alles lahl zehren und alles strotzt. Peking selbst ist dreimal mit Manern umgeben, zehn Meter hoch, auch ebenso dick. Jetzt sind sie teilweise zerstört und verunstaltet. Viele Chinesen, Voger, haben ihr Heim verlassen und sind geflüchtet; eine Compagnie wohnt in ehemaligen Theater, die andern in Tempeln usw. Nur Essen fehlt uns. Vorgestern wurden 4 Voger erschossen, dieselben hatten eine christliche Familie ermordet und wurden dabei gefoht. Am nächsten Tage erhielt einer mehrere Male 50 Stockschläge, weil er nachts unser Quartier anzünden wollte. Jede Nation hat einen Teil von Peking unter seinen Schanz gestellt, die Bewohner haben in jedem Hause die Zeichen und Farben der betreffenden Nation befestigen müssen. Im Deutschen Viertel hat jeder Befehl erhalten, von den Chinesen die Straßen zu säubern, abends an den angebrachten Gelaternen Licht zu machen, bei Vermeidung der Prügelstrafe. Peking ist nämlich ein gemeinsames Dreckloch. Mit Ausnahme der Gefandtschaftsstraße sind alle ungespärkt, nur wenige über zwei Meter breit, schmutzig, krumm und stinkig. Wo der Chinese steht, ist auch kein Klotz, Nichts, Müllhaufen auf der Straße. Im ganzen ist der Chinese überhaupt ein Schwein. Um unser jetziges Quartier zu reinigen, brauchten wir 24 Stunden zum Dreck usw. Kam ich noch ein Gestank.

Am Donnerstag hatten wir eine Gedächtnisfeier an der Stelle, wo der Gefandte ermordet wurde. Die Witwe des Gefandten war auch zugegen, getragen in einer Sänfte von 6 Chinesen.

Ich möchte nur wissen, was wir nun hier sollen in diesem Schmierloch, es sollte jeder froh sein, der sich mit solch einem Dreckloch nicht herum ärgern braucht. Die meisten ziehen sich hier Leiden zu zeitweilens, viele lassen ihr Leben, was Euch die Zeitungen mitteilen werden usw., und alles warum? Hoffentlich endet der Krau hier bald, sonst krepieren noch viele am Hunger. Abgemagert sind alle, wer weiß, wie, dazu die verhungerten Soldate — greulich. So geht's her hier.

Auch der „Lübecker Volksbote“ ist in der Lage, die Zahl der Hummerbriefe durch ein Schreiben zu vermehren, das sich durch besonders kanibalisches Ton auszeichnet:

Peking, den 26./8. 1900.

Lieber . . .

Möchte Ihnen gerne paar Zeilen mitteilen, daß es mir hier im Ausland ganz gut geht, und hoffe das beste auch von Ihnen und all die andren Kameraden Für mich macht es eine Freude, so die Chinesen zu töten, denn am 28. August haben wir 80 Mann gefangen genommen, aber die mußten sich selbst das Loch machen, wo sie rein sollten und sind dann mit Böfse zusammen gebunden worden und auch die Füße und auf beiden Seiten vom Loch war ein Pfahl eingegraben und eine Leine angebunden über rüber, und dann die Kerls mit die Böfse angebunden, wo einer Zug vorstand. Dann hieß es scharrschert verlig liegt an Feuer, da konnte aber mahl sehen wie die Kerls flogen von der Leine in ihr Loch herein, u. so geht es den jeden Tag vor, denn in unser 1. S. A. haben wir noch keine Verluste gehabt, aber jeder Chinese, die wir hier treffen wird erschossen oder die Kehle durchgeschnitten, weil das Volk so hinterlistig ist und muß keinen jaden mehr machen können. . . . Solchen Hummerhuten gegenüber verblaßt selbst die blutigste Phantastie der Kolportageromane!

Der Ritualmord-Prozess in Pifek.

Man schreibt uns aus Wien, 13. November: Morgen endlich wird in dem Prozesse wider Leopold Hilsner das Urteil gesprochen werden. Am 25. Oktober hat die Verhandlung vor dem Pifsker Schwurgericht begonnen, in 17 Sitzungstagen ist eine verwirrende Zahl von Zeugen vernommen worden, aber die beiden geheimnisvollen Mordfälle sind ebenso unauflöslich geblieben, wie sie es bei ihrer Entdeckung waren. Hilsner, der Typus eines ländlichen Lumpenproletariats, ist bekanntlich in der ersten Verhandlung von den Geschworenen in Littenberg der Ex mortuorum der Agnes Kruga schuldig gesprochen worden und von dem Gericht zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Der Oberste Gerichtshof kassierte das Urteil und ordnete eine neue Verhandlung an. Zwei wichtige Umstände sollten noch weiter überprüft werden. Ueber die Art der Ermordung, über die bloß zwei Kanbärge als Sachverständige vernommen worden waren, sollte ein Gutachten der medizinischen Fakultät der Prager Universität eingeholt werden, und über die Frage, ob die Flecke an der Hofe Hilsners von Blut herrühren, sollten als Sachverständige zwei Professoren gehört werden. Gleichzeitig verfügte der Oberste Gerichtshof, daß die zweite Verhandlung nicht mehr vor dem Stullenberger Gericht, der zuständigen Gerichtsstelle, sondern in Pifek in Weidbäumen stattfinden solle. Mittlerweile hatte das Gericht gegen Hilsner eine neue Untersuchung eingeleitet. Ein Jahr, bevor der Mord an der Kruga verübt worden war, war ein andres Mädchen aus Polna plötzlich verishwunden. Erst nach der Mordthat an der Kruga entdeckte man in demselben Walde ein nadies Skelet, das aus verschiedenen Umständen als die Leiche des früher verschwundenen Mädchens, der Marie Klina, agnosziert wurde. Aus der Rehnlichkeit der That schloß die Behörde, daß beide Mordthaten von ein und demselben Täter verübt sein müßten. Durch eine Reihe von Zeugen soll dargethan sein, daß Hilsner an dem Tage, an dem das Mädchen verschwand, mit ihr an einem Feste gesehen sein soll. Das Ergebnis der zwei Untersuchungen war nun, daß Hilsner beider Mordthaten angeklagt wurde und sich in dieser langen Verhandlung gegen den grausigen Verdacht zu verteidigen hatte, zwei junge Mädchen ohne ersichtlichen Grund getödet zu haben.

Ein Beweis im gerichtsbuchungsmöglichen Sinne ist allerdings gegen Hilsner nicht erbracht worden. Von zwei Zeugen wird zwar ausdrücklich behauptet, daß sie ihn an dem entscheidenden Nachmittage in dem Walde, in dem das Mädchen ermordet wurde, gesehen haben; ein besonders scharsichtiger Zeuge will ihn gar auf eine Entfernung von 700 Schritten um die sechste Abendstunde an seinen „charakteristischen“ Bewegungen mit dem Stode in Gemeinschaft von zwei fremden Männern beobachtet haben — aber eine unmittelbare Beobachtung der Mordthat ist im Gerichtsverfahren nicht erhärtet worden. Was jene Flecken an der Hofe betrifft, so habe die Untersuchung ein negatives Resultat ergeben; die zwei als Sachverständige geladenen Professoren der Prager Universität verneinten die Frage, ob die Flecken von Blut herrühren, weder zu bejahen, noch stiftete zu verneinen. Noch vager steht es mit dem „Beweis“ für die That an der Klina. Die Zeugen, die Hilsner an jenem Tage in Jhor, wo das Kirchweihfest war, nach welchem die Klina verschwand, gesehen haben wollen, geben an, ihn in Gesellschaft anderer Juden dort beobachtet zu haben. Aber daß diese nicht dort waren, ist so ziemlich festgestellt worden. Allerdings, der Alibi-Beweis ist dem Hilsner gleichfalls nicht gelungen. Was die Mordthat an der Kruga betrifft, so behauptet er, am selben Abend im Tempel gewesen zu sein. Aber keiner seiner jüdischen Glaubensgenossen wollte diese Angabe schlanweg bestätigen, wenn sie auch leiner direkt verneint hat. Für den Tag der Ermordung der Klina führt Hilsner an, daß er zu jener Zeit in Jglau war. Aber sein Beweis geht nur bis zum 16. Juli und klappt wieder erst am 18. Juli, der entscheidende Tag, der 17. Juli, zeigt eine unangefüllte Lücke. Da Hilsner hartnäckig leugnet, übrigens auch Dinge, die belanglos sind, so hat das lange Zeugenverhör zur Aufklärung der beiden schauerlichen Thaten blutwenig beigetragen. Leopold Hilsner ist alles andres denn eine sympathische Figur. Ein Müßiggänger, der schon in jungen Jahren vom Bettel lebt, ein Strach, der allen Mädchen nachstellte, kurz, ein sittlich sehr defektes Subjekt. Aber vom Lumpenproletariat bis zum Mörder ist es noch recht weit; aus seinen moralischen Eigenschaften läßt sich die That absolut nicht folgern. Es ist zwar ziemlich sicher, daß die Geschworenen Hilsner schuldig sprechen werden, aber der unbefangene Beurteiler kann nur sagen, daß Hilsner die zwei Mord begangen haben kann, daß aber kein Beweis vorliegt, daß er sie begangen haben muß.

Unbefangene Beurteiler — giebt es solche dieser Sache gegenüber? Was der Anklage gegen Hilsner ein kulturhistorisches Relief giebt, ist der traurige Umstand, daß sich darin die Anklage gegen eine ganze Religionsgenossenschaft verbirgt. Hilsner wird der Prozess gemacht, aber hinter der Scene stehen die ausgewählten Massen und warten, daß der Spruch fällt, die Juden brauchen Christenblut. Wohl ist durch das wissenschaftlich überaus flaxe Gutachten der Prager Universität das ganze Blutmärchen eigentlich beseitigt worden. Das Gutachten erklärt die Menge des aufgefundenen Bluts als durchaus normal; der angeblich „charakteristische Schmitt“ am Halse als von einem gewöhnlichen Taschenmesser herrührend; es beseitigt das Märchen von der Erstigung, die dem Mordchmitt vorausgegangen sein soll, und erklärt, die That könnte sehr wohl von einem Einzelnen begangen worden sein. Es giebt übrigens einen zwingenden Beweis dafür, daß Hilsner, wenn er den Mord an der Kruga begangen hat, Mischuldige nicht befoht. Das ist sein angebliches Geständnis. Von der Todesangst gepackt, die von seinen Zellengenossen in raffinierter Weise genäht worden war, gab er nach seiner Verurteilung an, er hätte den Mord in Gemeinschaft mit zwei Juden begangen, schilderte detailliert den ganzen Vorgang und nannte als die Mitschuldigen einen gewissen Wasserman und Erdmann. Diese Beschuldigung erwies sich als durchaus falsch — er ist darob auch wegen Verleumdung angeklagt —; er nannte die zwei Juden nur, weil ihm keine andren einfelen. Hätte nun Hilsner Mischuldige, so hätte er sie in jener Angst vor dem ausgerichteten Galgen ehrlich

genannt; der verkorrte Mensch hat wirklich zu allem eher Talent als zu einem Märtyrer sein Volk". Gerade die Ergebnisselosigkeit jenes angeblichen Geschäftes zeugt dafür, daß Hülsmers Mißschuldige nicht angeben kann, weil er eben keine hat; es fehlt jeder denkbare Grund, warum er sie denn schon sollte. Aber daß er wildfremden Leuten gleich Beihilfe zu einem Mord geliehen hätte, das ist doch nicht zu denken. Selbst der fanatischste Gläubige an das Blutmädchen kann sich die Sache doch nicht so vorstellen, daß fremde Leute nach Polina kamen, einen fremden Menschen nach einem Christenmädchen fragten und Hülsmers ihnen dieses Kind, das ihm nichts gekostet hatte, sofort schlachten half. Wäre es aber ein lange vorbereitetes Komplott, so hätte Hülsmers damals nicht Schuldflosse beklüßigt, sondern die wirklichen Täter genannt. Das ist so logisch, daß an dem Schluß eigentlich auch die Geschworenen nicht vorbeigehen dürften.

Das Gutachten der Fakultät versucht allerdings das Blutmotiv durch eine andre Erklärung zu ersetzen und deutet an, daß Hülsmers geschlechtlich pervers veranlagt sein könnte. Die theatralische Art, wie der Mord ausgeführt wurde, das halb bestialische, halb groteske Verstreuen der Spuren, das alles, meint die Fakultät, dränge auf den Schluß hin, der Mord sei aus Sodomismus oder Fettersucht verübt worden. Sehr einleuchtend ist diese Erklärung nicht und sie wird sich auch wenig Geltung verschaffen. Der von dem Geheimnissvollen befangene, für alles Entsetzliche zugängliche Sinn der erregten Masse wird es sich nicht ausreden lassen, daß die zwei Christenmädchen von Juden ermordet worden sind, um das für diese Verurtheilten nötige Blut zu liefern. Man kann dem Präsidenten des Gerichts und auch dem Staatsanwalt das Zeugnis nicht versagen, daß sie sich redliche Mühe gegeben haben, die Legende, die sich an den Namen des Lumpenproletariats Hülsmers geknüpft hat, zu zerstreuen. Aber an der entscheidenden Urkunde, in der halb Oestreich befangen ist, findet das schaurige Märchen seine wirksamsten Helfer.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber Arbeiterinnenschaft sprach Prof. Salomon am 12. Nov. im Verein Schöneberger Frauen und Mädchen. In trefflicher Ausföhrung beleuchtete die Rednerin die deutsche Schutzgesetzgebung. Der Staat braucht gesunde und kräftige Bürger und muß in eigenem Interesse der schädlichen Ausbeutung der Menschkraft wehren. Das erste Schutzgesetz galt demgemäÙ den Kindern, die schon im zartesten Alter zu unmenslich langer Tagesarbeit ins Joch der Fabrik gespannt wurden. Diese Grausamkeit an den wehrlosen Unmündigen war in den Rheinländern, als dem industriellsten Teil Deutschlands, in den dreißiger Jahren zur Unerträglichkeit erwachsen.

Aber die Erfahrung lehrte, daß auch der erwachsene Arbeiter des Schutzes bedarf. Auch für ihn ist der freie Arbeitsvertrag dem Kapitalisten gegenüber eine leere Phrase; frei macht ihn bis zu einem gewissen Grade lediglich der Schutz des Gesetzes. Dieser wurde ihm 1878 zuerst zu teil, freilich nur zögernd und unvollkommen. Ausgiebiger erschien der Frauenschutz durch die eifständige Arbeitszeit und die mehrwöchentliche Schonzeit nach der Entbindung. Die vielen Ausnahmen bei diesen Bestimmungen nahmen ihnen freilich ein gutes Teil ihrer Wirksamkeit. Dagegen trafen die, von Segnern gewöhnlich folgenden Folgen nicht ein, die Frau verlor nicht ihre Arbeit. Im Gegenteil sehen wir aus Frau Dankers vorzüglicher Zusammenstellung, daß die Frauarbeit stetig zunimmt. Denn die Gründe, wegen deren der Arbeitgeber die Frauarbeit vorzieht sind nicht hinsichtlich — einerseits ihre größere Pünktlichkeit und hauptsächlich ihre große Billigkeit. Erhält doch in Danzig, in Königsberg und an vielen andern Orten die Frau nur die Hälfte des ortsüblichen Tagelohns des Manns.

Ist aber vermehrter Schutz für die Frau, die arbeitet, dringend nötig, so können Vorschläge, wie der der Centralpartei — absolutes Verbot der Fabrikarbeit — nicht entschieden genug zurückgewiesen werden. Denn die Fabrikarbeit ist immer noch verhältnismäßig gesund und besser bezahlt als die Heimarbeit, welche eben ihr einziger Rettungsausrück wäre.

Nicht durch Verbot scheucht man die arbeitende Frau in ihr Heim. Wohl aber stellen die Berichte der Fabrikinspektoren fest, daß da, wo der Lohn des Mannes ausreicht, die Frau zu Hause bleibt. Die Not ist, welche sie zur Arbeit treibt; die Schutzgesetze müssen ihr die größtmögliche Erleichterung schaffen, nicht Hindernisse aufrichten.

Auch sie selbst kam zu einem günstigen Ergebnis viel beitragen, durch Beitritt zur Organisation ihres Berufs. Noch ist die Anzahl der Frauen verhältnismäßig gering, welche sich an Gewerkschaften beteiligen. Und doch liegt hier die Möglichkeit erfolgreicher Kämpfe nur in zahlreicher Beteiligung an energischen Zusammenschluß aller Arbeitenden. Nur durch ihre Anzahl können sie Macht und Einfluß erlangen, um ihre Bedingungen erfolgreich zu stellen: vor allem einen kürzeren, viel kürzeren Arbeitstag und neben dem noch weitere Schutzbestimmungen.

Jede Frau kann helfen, auch die persönlich nicht beteiligten. Sie alle haben Bekannte, welche arbeiten, welche noch nicht organisiert sind. Neben Sie zu ihnen, klären Sie sie auf, zeigen Sie ihnen, daß der sicherste Arbeitererwerb ist, mächtige, gut geordnete Organisationen zu bilden, welche sich fähig erweisen, gerechte Forderungen erfolgreich zu vertreten. Frage jeder das Seine bei in dem Bewußtsein der innigen Zusammengehörigkeit — einer für alle, alle für einen!

Eine Diskussion über den sehr beifällig aufgenommenen Vortrag fand nicht statt.

Verfassungen.

Die Wandlungen der deutschen Handelspolitik im 19. Jahrhundert lautete das Thema eines Vortrags, den Genosse Schippel am Dienstag in einer Versammlung des dritten Wahlvereins hielt. In einer sehr interessanten geschichtlichen Darlegung zeigte der Redner, wie aus der am Anfang des Jahrhunderts herrschenden Zollpolitischen Selbständigkeit der vielen deutschen Einzelstaaten zuerst mehrere zollpolitische Vereinigungen entstanden sind, die sich teils aus politischen Gründen zum deutschen Zollverein zusammengeschlossen haben. Nachdem durch Gründung des Zollvereins die Zollstrahlen im Innern Deutschlands gefallen waren, war es erst möglich, eine beachtenswerte Zollpolitik zu betreiben. In den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts hatten wir in Deutschland keine nennenswerte Industrie. Anfänge einer solchen waren wohl im Süden und Westen vorhanden, aber sie waren nicht stark genug, um eine selbständige Handelspolitik zu betreiben. In den 30er und 40er Jahren läßt sich eine Strömung der deutschen Industrie für Schutz Zoll erkennen. Eine Volksbewegung war das aber nicht, denn die Arbeitermassen standen im allgemeinen dieser Bewegung fern, vereinzelt sympathisierten aber auch die industriellen Arbeiter mit der schutzollnerischen Strömung. Der Zollverein konnte dieser Strömung nicht Rechnung tragen, denn Freiheit, welches im Zollverein eine ausschlaggebende Stellung einnahm, hatte mit den oft anlässigen Agrariern zu rechnen, die damals ihre Produkte noch ins Ausland absetzten. Aus diesem Grunde und weil durch Schutz Zölle die von der landwirtschaftlichen Bevölkerung verbrauchten Industrieprodukte verteuert worden wären, waren die Agrarier für Freihandel. In den 50er und 60er Jahren schlug nun die Freihandelsbewegung von England zu uns herüber. Die englische Freihandelsbewegung ist mit der unsern durchaus nicht zu vergleichen. Es ist auch ganz falsch, wenn man glaubt, die seit Ende der 70er Jahre in Deutschland eingeföhrte Schutzollära sei nur ein Werk Bismarcks. In England war die Freihandelsbewegung eine Volksbewegung, die ihre Stütze in den großen aufgestellten Massen des Bürgertums hatte. Sie wollte der Industrie billige Rohmaterialien und den Arbeitern billige Lebensmittel verschaffen. Sie diente dem Aufschwung der Industrie und war deshalb eine eminent fortschrittliche Bewegung. In Deutschland dagegen ist die Industrie nie für Freihandel gewesen, sie hat sich der Freihandelsbewegung gegenüber stets zurückgehalten. Die Volkstheile, die Wähler, welche hinter der deutschen Freihandelsbewegung standen, gehörten dem liberalen

Kleinbürgertum an. Es waren die Leute, die sich um Schulz-Ausbehalten gruppieren, der Kern der Fortschrittspartei. Diese liberalen Kleinbürger beifürworteten den Freihandel im wesentlichen vom Standpunkt des Konsumenten, der billige Bedarfsartikel haben will. Die gesamte ländliche Bevölkerung war zu jener Zeit ebenfalls noch für Freihandel. Das sind ganz andre Verhältnisse wie in England. Dort wurde die Freihandelsbewegung getragen von fortgeschrittenen, bei uns dagegen von rückständigen Elementen. Der deutsche Freihandel der damaligen Zeit ist Freihandel im Interesse des Agrariertums, welches die Industrie nicht emporkommen lassen will. Die deutsche Industrie blieb innerlich schutzollnerisch. Es ist ganz naturgemäß, daß die Agrarier aufhörten Freihändler zu sein, nachdem sie nicht mehr exportieren konnten, da ihnen durch die amerikanischen Kolonialländer eine bedeutende Konkurrenz erwuchs. Jetzt übernahm die Landwirtschaft die Führung in der Schutzollbewegung und damit hat sich die ganze frühere zollpolitische Konstellation verschoben. Die Arbeiterschaft kann nicht für eine Bewegung sein, welche ihr das Brot verteuern will. So sind wir nun an die Seite der Liberalen gedrängt und bekämpfen die Schutzollpolitik. Wir dürfen nicht annehmen, daß die Schutzollbewegung von den Junkern gemacht ist. Sie ist eine Volksbewegung der ländlichen Bevölkerung. Der Grund der Landwirtschaft hat sich diese Strömung zu nütze gemacht, indem er ohne Rücksicht auf die Parteistellung für die Unterstützung der Schutzollner bei den Wahlen eintritt. Die ländliche Bevölkerung ist in Deutschland so stark, daß sie fast überall bei den Wahlen ihr Gewicht in die Waagschale wirft zu Gunsten des Schutzzolls, und es ist schon soweit gekommen, daß der Reichstag etwa zu Dreivierteln aus Schutzollnern besteht. Weil also den Arbeitern die Gefahr droht, daß ihnen das Brot verteuert wird, darum müssen wir auf die Schranken, um diese Politik zu bekämpfen, welche unser gefährlichster Feind ist. — Der fast zweistündige, recht lehrreiche Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion nahmen Genosse Paul Jahn und der Nationalsozialist Weinhausen das Wort. Beide wünschten, daß Schippel in einem zweiten Vortrag seine Ansichten darlegen möge über die Stellung, welche die Arbeiter gegenüber der bevorstehenden Neugestaltung der Handelsverträge einzunehmen haben.

Die Parteigenossen des zweiten Wahlkreises hielten am Dienstag eine vom Wahlverein einberufene Versammlung in Pellenbrands Festsaal, Hagenheide, ab, in der Reichstags-Abgeordneter R. Fischer über: „Polizeimoral und Regierungsmoral“ referierte. In dem 1 1/2stündigen, sehr interessanten Vortrag kennzeichnete der Redner die korrupten Zustände im Polizeiwesen und das Verhalten der Regierung. Er erinnerte an die Vorkommnisse vor und hauptsächlich während des Sozialistengesetzes, an das gemeingefährliche Treiben der Lockpögel; er schilderte die skandalösen Verhältnisse, wie sie im Tausch, Sternberg, und den verschiedenen andern Prozessen in Erscheinung getreten sind, wobei sich zur Genüge erwiesen hat, daß die Gesetze von denjenigen, die ihnen Achtung verschaffen sollen, verhöhnt und mit Füßen getreten werden. Neben gab schließlich der Meinung Ausdruck, daß auch die in Aussicht genommene Reform nicht dazu führen wird, die moralische und sonstige Qualifikation der Polizei, das Instrument der Klassenherrschaft zu heben. Der Redner erinnert sodann an das Gebahren der Regierung, die bisher immer als unparteiisch betrachtet sein wollte, jetzt endlich zugestehen mußte, daß sie Gesetze im Interesse des Unternehmertums sabotiert und sich die Agitationskosten hierfür bezahlen läßt. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Regierung nichts weiter ist als das, was die Socialdemokratie von jeher behauptet hat, die Willensvollstreckerin und die Geschäftsführerin der herrschenden Klasse.

Der Vortrag wurde von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nachdem der Vorsitzende Genosse Werner noch zum Anschluß an den Wahlverein und zur regen Agitation für denselben aufgefordert hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Ueber die Bedeutung der Konsumvereine sprach Frau Jhler am Montag in einer auch von Frauen recht zahlreich besuchten Volksversammlung, die im Lokal „Varietab“ in der Badstraße tagte. Nachdem die Referentin die geschichtliche Entwicklung des Konsumvereinswesens dargelegt hatte, setzte sie auseinander, daß die Rabatt-Sparvereine nicht das Interesse des kaufenden Publikums wahrnehmen können, denn der Kaufmann müsse doch den Rabatt, den er den Käufern gewährt, durch mindere wertige Ware oder geringes Gewicht wieder einbringen. Dagegen empfahl die Rednerin den Beitritt zu den von Arbeitern gegründeten und geleiteten Konsumvereinen, wie ein solcher auch für den Norden Berlins bereits besteht. Die Referentin wandte sich besonders an die Frauen und machte ihnen klar, daß die Konsumvereine ein Mittel seien, um die Auswucherung der Konsumenten durch den Zwischenhandel zu beseitigen und daß sie den Arbeitern die Möglichkeit gewähren, gute, tadellose Ware zu möglichst billigen Preisen zu beziehen. Wie die Männer auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet, so müßten die Frauen als Pioniere in der Konsumvereins-Bewegung vorangehen, denn sie gerade seien es ja, die als Hausfrauen in erster Linie empfinden, welchen wirtschaftlichen Vorteil ihnen die Mitgliedschaft im Konsumverein bringt. Der Nutzen werde um so größer werden, je mehr die Zahl der Konsumvereins-Mitglieder wächst. Der Klassenkampf der Arbeiter werde durch die Konsumvereine nicht abgeschwächt, sie seien aber eines der Mittel zur materiellen Hebung der Arbeiterklasse, und darum müßten die Arbeiterfrauen dafür sorgen, daß die Konsumvereine gedeihen. — Dem beifällig aufgenommenen Vortrage der Rednerin folgte eine im Sinne ihrer Ausführungen gehaltene Diskussion, an der sich mehrere Rednerinnen beteiligten. Der Erfolg dieser Versammlung belundete sich durch zahlreiche Eintragungen in die Mitgliederlisten des Konsumvereins Nord.

Die Gewerkschaft der Maler hatte zu Dienstagabend noch der Ressource, Kommandantenstraße, eine öffentliche Versammlung der Maler und verwandter Berufsangehörigen einberufen. Auf der Tagesordnung stand: Das Verhalten des Berliner Gehilfen-Ausschusses gegenüber den beiden aufgestellten Tarifen der Organisationen der Maler Berlins und Umgegend und wie verhalten sich die Kollegen dazu. Das Referat hatte die Price übernommen, der das Verhalten der Mehrheit des aus vier Personen bestehenden Gehilfen-Ausschusses auf das lebhafteste bedauerte und tabelte. In der Frage des Arbeitsnachweises, betreffs der Kündigung des Tarifs und in der Frage der Vorlegung eines neuen Tarifs seien Intriguen gesponnen worden, welche bezwungen sollten, die lokale Vereinigung der Maler bei den übrigen Kollegen und vorzüglich bei den unorganisierten zu diskreditieren. In der Diskussion kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der lokalen und der zentralen Richtung. Schließlich wurde gegen 12 Stimmen die folgende Resolution angenommen:

„Die versammelten Maler und Berufsangehörigen protestieren auf das energischste gegen das Gebahren des Gehilfen-Ausschusses, speziell des Malergehilfen Märzens, sie protestieren ferner gegen den in nächstfolgender Innungsversammlung gefassten Kündigungsbescheid. Des weiteren verlangen dieselben, daß der alte Tarif bis zum 15. November gekündigt ist und fordern den Altgehilfen auf, in einer demnächst stattfindenden Innungsversammlung die beiden Tarife der Organisation der gesamten Kollegschaft Berlins und Umgegend vorzulegen, um darüber abstimmen zu lassen, wer von beiden der maßgebende ist, und der Berliner Malerinnung dann vorzulegen.“ In der Angelegenheit erhalten wir noch folgende Zuschrift: Die Nummer 262 des „Vorwärts“ vom 9. November d. J. enthält einen Versammlungsbericht der Vereinigung der Maler, in dem mein Verhalten in der letzten Innungsversammlung der Berliner Malerinnung geschildert wird. Die Angaben in der Versammlung sind vollkommen unrichtig. In der Innungsversammlung hatten die Verhandlungen folgenden Verlauf: Nach Beratung der beiden von der Gehilfenschaft eingereichten Tarife durch den Obermeister erklärte die Innung, daß sie über keinen dieser Tarife verhandeln würde, weil dieselben nicht durch den Gehilfen-Ausschuss eingereicht seien. Es wurde nun gefragt, ob Vertreter der Gehilfen amoenend seien. Hierauf meldete sich Kollege Wöbe und ich, Meine Ausführungen

gingen dahin, daß ich nach der Erklärung der Innung augenblicklich für keinen der beiden Tarife sprechen könne. Ich beantragte, die Tarifverhandlungen auf die Tagesordnung der nächsten Innungsvorversammlung zu legen. Ich würde dafür sorgen, daß so bald wie möglich eine Sitzung des Gehilfen-Ausschusses stattfinden würde und wir uns hier einigen. Weiter fürte ich aus, daß, wenn die beiden Tarife zur Verhandlung kämen, ich unbedingt für den zweiten, also für den, welcher die höchste Forderung enthielt, eintreten würde. Dies mein Verhalten in der letzten Innungsversammlung, das jeder der Anwesenden bestätigen muß. Ausdrücklich ist das geschehen von dem Obermeister der Innung und Herrn Kruse. Von letzterem sollte angeblich die vom Kollegen Unger in der Versammlung gegebene Schilderung meines Auftretens herkommen. Gustav Czuz.

Die Kistenmacher nahmen am Dienstag den Bericht vom Streik entgegen. Nach der Abrechnung, die von Julel vorgelegt wurde, betragen die Einnahmen 2535,75 M. An Streikunterstützung wurden 2248,75 M. ausgezahlt, die kleinen Ausgaben betragen 172,50 M. Es verbleibt ein Ueberschuß von 116,50 M. In der Diskussion wird das Gebahren der Arbeitgeber Puhlmann u. Schulz gekennzeichnet, die vordem als Kollegen für die Forderungen der Organisation mit großen Worten eingetreten sind, jetzt sich aber von der arifischen Herberge billigerer Arbeitskräfte holen. Der flauere Geschäftsgang wird von einem Arbeitgeber dazu benutzt, die Vertrauensleute zu maßregeln, und es ist von demselben gesagt worden, er dürfe überhaupt keine Vertrauensmänner mehr. Die Versammlung beschließt, daß dem Gemahregelten die Unterstützung gewährt werden soll. Eine lebhafteste Debatte entfiel über den Tarif. Es werden dabei Vorwürfe gegen die Kommission erhoben, die jedoch von dieser wie auch aus der Versammlung energisch zurückgewiesen werden.

Kaufmännerversammlung. Am Freitag, den 9. d. M., fand in Cohns Festsaal eine vom Centralverband der Handels-, Transport- und Verlehrsarbeiter einberufene Versammlung aller im Leihen- und Luxusfuhrwesen beschäftigten Kutscher und Stallleute statt, in der folgende Forderungen normiert wurden: Leihen- und Chaisenkutscher erhalten einen Lohn von 90 Mark pro Woche, Geschäftswagenkutscher und Stallleute einen Anfangslohn von 24 M. nach 1/2jähriger Thätigkeit 27 M. Die Arbeitszeit ist wie folgt festzusetzen: Im Sommer von morgens 6 bis 7 Uhr abends, im Winter von morgens 7 bis 8 Uhr abends. Wenn Arbeit vorhanden, stehen die Kutscher den Fuhrherren bis abends 11 Uhr zur Verfügung. Für Fuhrer, welche nach 11 Uhr abends gefahren werden, erhält der Kutscher 1 M. Wenn die Wartezeit länger als 1 Stunde beträgt, ist für jede weitere angefangene Stunde ein Zuschlag von 50 Pf. zu zahlen.

Für Fuhrer nach außerhalb, welche nach 11 Uhr abends gefahren werden, sind den Kutschern pro Stunde 50 Pf. zu zahlen. Die bunte Livree hält sich jeder Kutscher selbst. Die Utensilien zum Reinigen der Pferde, Wogen und Ställe haben die Fuhrherren zu liefern. Jedem Kutscher sind im Monat vier freie Tage ohne jeglichen Abzug zu gewähren. In jedem Betriebe muß eine heizbare Kutscherstube vorhanden sein und für jeden Kutscher ein verfallbarer Schrank. In Krankheitsfällen soll den Kutschern, wenn die Krankheit nicht länger als vier Wochen dauert, der volle Lohn gezahlt werden. — Ferner wurde beschloffen, diese Forderungen den Fuhrherren durch den Verband überreichen zu lassen und die Fuhrherren zu einer gemeinsamen Sitzung zu laden.

Die Steinbildhauer hielten am Montag im Gewerkschaftshause eine öffentliche Versammlung ab, in der P. Mißfeld über: „Soziale Gesetzgebung und Arbeiterorganisation“ referierte. In der Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurden die Verhältnisse in den verschiedenen Heilanstalten erörtert.

Eine längere Diskussion entfiel hierauf über die seiner Zeit mit den Unternehmern getroffenen Vereinbarungen, wonach vom 15. November bis Ende Februar eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine dementsprechende Reducierung des Lohns vorgenommen werden soll. Es gelangte schließlich eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der es die Versammlung für selbstverständlich erachtet, daß, da der Lohn für alle 6 Tage um je eine halbe Stunde gekürzt werden soll, auch eine halbe Stunde weniger täglich gearbeitet wird als im Sommer und daß demzufolge um 1/5 Uhr und des Sonntags um 4 Uhr Feierabend gemacht werden muß. Mitgeteilt wurde noch, daß nach einer aufgenommenen Statistik von ca. 200 in Berlin beschäftigten Steinbildhauern 61, die zum Teil auf einigen großen Steinwerkstätten thätig sind, der Organisation noch nicht angehören, und soll dahin gewirkt werden, daß auch diese Kollegen sich dem Centralverein der Bildhauer anschließen.

Die Generalversammlung der Buchbinder, die am 7. d. M. tagte, ehrte das Andenken des verstorbenen Mitglieds Emma Lehmen. Sodann wurde von Schulz m a c h e r der Geschäftsbericht entgegengenommen. Danach wurden 2 Generalversammlungen, 4 Mitglieder-versammlungen und 15 Verwaltungssitzungen abgehalten. Verhandlungen wurden mit 6 Firmen geführt. Die Zahl der Sitzungen und Versammlungen der einzelnen Branchen belaufte sich auf 186.

In der Ledergerberei-Branchen fanden in 5 Geschäften Lohn-differenzen statt, welche alle für die Arbeiter günstig endeten. Der Mitgliederbestand ist infolge der rastlosen Arbeit bedeutend gestiegen. Er beträgt am Schlusse des Quartals 2235 männliche und 1820 weibliche. Dies bedeutet eine Zunahme von 940 Mitgliedern. Ausgeschlossen nach § 14b des Statuts werden die Arbeitswilligen Anton Wöl, Paul Fuchs, Max Hausmann, Max Wähler, Paul Somborn, Ernst Bauer, Max Slogau, Gustav Jädel, sämtlich Buchbinder; Adolf Bahnmann, Lederarbeiter; Alfred Schönfeld, Hefter; Frau Wwe. Raich, Gertrud Angrobel, Emma Kosemann, Martha Kosemann, Margarete Petersen, Else und Elise Häbner, Martha Singer, Martha Neer und Bertha Hamann. Der Kassenbericht, gegeben von Lemier, stellt sich für die Centralkasse: Einnahme 10747,55 M., Ausgabe 8508,40 M., nach Stuttgart gesandt 7239,15 M. Lokalkasse: Bestand 4158,80 M., Einnahme 2534,07 M., Ausgabe 1879,87 M., verbleibt Bestand 4812,80 M. Die Bücher der Bibliothek sind 470 mal von männlichen, 808 mal von weiblichen Mitgliedern benutzt worden. Den Bericht des Arbeitsnachweises giebt Bergmann.

Als Ersatzmann für ein ausgeschiedenes Verwaltungsmittglied wird Richter gewählt. Unter Verbandsangelegenheiten wird dem Beamten eine Lohnaufbesserung von 3 M. pro Woche gewährt. Desgleichen wird beschloffen, arbeitslosen Mitgliedern bei allen Verbandsvergütungen freien Eintritt sowie eine Mark zu gewähren. Gemahregelte sollen von nun an nach 14 tägiger Arbeitslosigkeit 3 Mark pro Woche Lokalszuschlag erhalten. Als Hilfskassier für Poststelle Werner wird Rettig gewählt. Nachdem noch darauf hingewiesen worden war, daß am Freitag eine Fuhrpartie nach dem Grunewald geplant ist, erfolgt Schluß der Versammlung.

Der Verein der Plätterinnen nahm in seiner Versammlung am 7. November den Kassenbericht vom letzten Jahre entgegen, der einen Bestand von 336,69 M. aufwies. Zur Erledigung standen sodann interne Vereinsangelegenheiten.

Charlottenburg. Am 8. ds. Mts. tagten bei Leder, Bismarckstraße 74, die Delegierten der Gewerkschaftskommission. Fleinung legte an, in nächster Zeit eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung, in der Dr. Kronz über den Zweck und Nutzen der Konsumvereine referieren soll, stattfinden zu lassen. Es wurde demgemäß beschloffen, Schneider Ehring tabeli das Verhalten der Lokalkommission betreffs der Freigabe der bisher gesperrten Lokale, während Banarbeiter Reimann zugleich als Vertreter der Lokalkommission diese Lokale verteidigt. Zum Schluß gab Schuppacher Richter noch bekannt, daß man die Beschlüsse meiden möge, da dieselben, da sie meist jüngere Arbeiter gegen erbärmlich niedrige Löhne beschäftigten, als Lohndrücker auftraten.

Weihensee. In der am 12. November im Lokal des Herrn Speemann einberufenen Versammlung selbständiger Barbier, Friseur und Perückenmacher gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die Versammlung beschließt in Anbetracht, daß es eine unbedingte Notwendigkeit ist, eine Verkürzung der Geschäftszeit herzu-

Zuführen, Ihre Geschäfte vom 1. Dezember ab außer Sonntags und den Tagen vor den Festen abends um 9 Uhr zu schließen. Wir erwarten von Seiten des Publikums resp. von der arbeitenden Bevölkerung, daß dieses nur solche Geschäfte besucht, wo der Raum für Ladenkleidung streng zum Besten der Gehälfen und Beschäftigten durchgeföhrt ist."

Heinrichsdorf. Am Montag, den 5. d. M., tagte im Lokal des Herrn Neubauer eine öffentliche Parteiverammlung, in der Genosse Kiesel über: "Die politische Lage" sprach. Der Vortrag wurde mit allgemeinem großen Beifall aufgenommen. Zu Punkt 2 gab der Vertrauensmann Baum den Jahresbericht über seine Tätigkeit am Ort. Von einer Neuwahl desselben wurde seitens der Versammlung Abstand genommen und dem Vorstand des Wahlvereins die

Funktionen desselben übertragen. In die Lokalkommission wurden gewählt: Seifert, Böser und Müller.

Herzfelde. Hier tagte am 4. d. M. eine Versammlung, in der Oswald Grauer über unsere Forderungen auf dem Gebiet der Gemeindeverwaltung sprach. In der Diskussion beteiligte sich der Gemeindevorsteher der III. Klasse, Herr Schlegel. Er bemerkte, daß er, obwohl nicht zur sozialdemokratischen Partei gehörig, stets Mißstände in der Gemeinde festgestellt habe und auch für eine Besserung des Schulwesens thätig war. Vielfach sei er allerdings von der Mehrheit überstimmt worden. Die weitere Debatte wendete sich örtlichen internen Angelegenheiten zu, besonders wurde über die Art, wie die freiwillige Feuerwehr errichtet wurde, heftig polemisiert.

Barbar- und Freigelehrten Charlottenburgs. Donnerstag, den 15. November, abends 10 Uhr, in der Cambrinus-Brauerei, Wallstr. 94: Große öffentliche Versammlung.

Briefkasten der Expedition.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

M. W. 100. Kungenruder gefammelte Werke kosten 30 M. Des Pfarrers von Kirchfeld ist auch apart für 3 M. zu haben; Kreuzschreiber nicht. Sie können alle Bücher durch die Buchhandlung Sorparis beziehen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 15. November.

Cyranus. Au Hassan. Der Barbier von Bagdad. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Ein Sommer-nachtraum. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroll). Don Pasquale. Anf. 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Die Nacht der Hinführung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Leipzig. Die Wifflon. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Die strengen Herren. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichsh. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Die Liebesprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Westen. Boccaccio. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Die Welt, in der man sich langweilt. Anfang 8 Uhr.

Secessionsbühne. Die Bildhauer. Anfang 7 1/2 Uhr.

Dahlem. Der Bär. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia. Der Liebes Schlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sulzen. Meine Tochter. Vorher: Mein Stern. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Tugendring. Anf. 7 1/2 Uhr.

Carl Weisk. Bauernrecht und Land-friedensbruch. Anfang 8 Uhr.

Welle-Alliance. Grad a Toband wert. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Spezialitätenvorstellung. Der Jamboree am Nil. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Fräulein Loreley. Anf. 8 Uhr.

Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die Regimentsnummer. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. China in Berlin. Anfang mittags 12 Uhr.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater) Abends 8 Uhr: **Der Urstoff des Diamanten** von Dr. Nass.

Invalldenstr. 57/62. Tägliche Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM Friedrichstr. 165. **Neu! Dahomey-Dorf.** Neu! 38 wilde Weiber von der Leibgarde des Königs Behanzin. Kriegs- u. Gefechts-Szenen, Exerzieren, Nationaltänze. Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 3-10 Uhr stündl. "Allerseelen", neue Illusion! Russ. Damenkapelle Zarina. Entree 50 Pf. Militär u. Kinder 25 Pf.

Secessionsbühne. Alexanderstr. 40. Die Bildhauer. Dahlem. - Der Bär. Morgen: Der Tod des Tintagil. - Ein Heiratsantrag.

Passage-Theater Unter den Linden 22. D-Vorstellung (Dauer-Vorstellung) täglich 12 Uhr mittags bis 11 Uhr nachts. Novität! **Jenseits der krummen Lanke.** Novität! **3. Seebataillon 2. Compagnie.** Novität! **Die Katze und der Engel.** Kolossaler Success der Spezialitäten: **The Brazil girl** Creolische Extravaganza. **Zavan** der fabelhafte Laternenmann und **12 Debuts.** Sensationeller Erfolg der **D-Vorstellungen** Theater täglich ausverkauft. **Entree 50 Pf.**

Schiller-Theater (Wollner-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Welt in der man sich langweilt.** Aufspiel in 3 Akten von Edward Pailleron. Deutsch von E. Gubert und Karl Friedrich Wittmann. Freitag, abends 8 Uhr: **Die Welt in der man sich langweilt.** Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Welt in der man sich langweilt.**

Central-Theater Die Geisha. Operette in 3 Akten von S. Jones. Anf. 7 1/2 Uhr. Freitag: **Die Geisha.** Sonnabend, den 17. November zum erstenmal: **Der Brautvater.** Gesangsoperette in 3 Akten von Adolf Hofe. Musik von F. Blaybender. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen: **Die Geisha.** Abends 7 1/2 Uhr: **Der Brautvater.**

Carl Weiss-Theater Gr. Frankfurterstr. 132. **Faustrecht und Landfriedensbruch.** Gr. Historisch-romant. Schauspiel in 3 Akten (7 Bildern) von E. Ritterfeldt. Anfang 8 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: **Kübelzahl u. Schneider Benedict.** Ein neues Kindermärchen von F. Dill.

Thalia-Theater Drebbenerstr. 72. **Der Liebes Schlüssel.** Große Ausstattungsoperette mit Gesang und Tanz. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Cirkus Jansly. Schöneberg, Hauptstrasse, vis-a-vis dem Rathaus. Donnerstag, den 15. November, abends 8 Uhr: **Eröffnungs-Vorstellung.** Näheres die Anschlagtafeln und Anschlagzettel.

URANIA

Taubenstr. 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: **Anten Wogen des Oceans.** Im Hörsaal: **Der Urstoff des Diamanten** von Dr. Nass.

Invalldenstr. 57/62. Tägliche Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165. **Neu! Dahomey-Dorf.** Neu! 38 wilde Weiber von der Leibgarde des Königs Behanzin. Kriegs- u. Gefechts-Szenen, Exerzieren, Nationaltänze. Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 3-10 Uhr stündl. "Allerseelen", neue Illusion! Russ. Damenkapelle Zarina. Entree 50 Pf. Militär u. Kinder 25 Pf.

Seccessionsbühne.

Alexanderstr. 40. Die Bildhauer. Dahlem. - Der Bär. Morgen: Der Tod des Tintagil. - Ein Heiratsantrag.

Passage-Theater Unter den Linden 22. D-Vorstellung (Dauer-Vorstellung) täglich 12 Uhr mittags bis 11 Uhr nachts. Novität! **Jenseits der krummen Lanke.** Novität! **3. Seebataillon 2. Compagnie.** Novität! **Die Katze und der Engel.** Kolossaler Success der Spezialitäten: **The Brazil girl** Creolische Extravaganza. **Zavan** der fabelhafte Laternenmann und **12 Debuts.** Sensationeller Erfolg der **D-Vorstellungen** Theater täglich ausverkauft. **Entree 50 Pf.**

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. **Der Zauberer am Nil** mit dem originellen **Mumien-Ballett.** Vorher: Das brillante vollständig neue **November-Spezialitäten-Programm.** **Bonhair-Truppe.** **Brüder Pantzer.** **Alice Berley** Beginn der Vorstellung 8 Uhr, der Operette 9 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Cirkus Busch

Donnerstag, 15. Novbr., abds. 7 1/2 Uhr: **Soirée-Equestre.** Beginn der Vorstellung 10 Uhr.

Berliner Landpartien

Uf über Nil. Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Besonders hervorzuheben: **Der Schuhmann in tausend Hengsten.** Zum unüberbittlichen leichtenmal: Prof. Hermanns sensationelle Demonstrationen: **Hesslung und rätselhafte Entfesselung eines Sträflings.** Die Nacht aus dem verschloss. **Reisefloffer** mitten in der **Wanage.** Zum leichtenmal: **Berührung afrikaner Wilder** durch das amerikanische "Blasfoppe". **"Die weisse Dame"**, dargestellt von Frä. Martha Mohnte, sowie der **Polibutter "Wicksaboy"** mit seinen kunstgerechten Kapriolen. **Europäische Kavallerie** auf 16 Schulpferden. Die vorzüglichsten Programmmomente!

Londoner Privat-Auskunfts-Bureau London (42/13) East Finchley 82 Huntingdon Road.

Apollo-Theater.

Um 9 Uhr: **Fräulein Loreley** Ferner: **Chavita. Madge Ellis.** Um 8 1/2 Uhr: **The Josephis** unerreichte Fesselsprenger. **Cäcilie Carola.** **Sullivan u. Aranka.** **10 Spezialitäten.** Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Monat November! **Gr. Konkurrenz-Programm!** Neu! 8 1/2 Uhr! Neu! **Die Regimentsnummer** Pöffe mit Gesang von R. Reichardt. Schlabach, Schlichterstr. Director **Richard Winkler.** Durchweg lauter Schlager! **Gisella,** preisgekröntes Ges.- u. Tanz-Quartett **Miss Rosa Bonnet** und der **kleine Willi,** Ringturner. **Morley-Trio,** Musik-Genietri-KW. Außerdem: **12 erstklassige Schaunummern.** Anfang: Wochen 7 1/2, Sonntag 6 Uhr. Entree: 50 Pf.

Cirkus Schumann.

Heute, Donnerstag, den 15. November, abends präc. 7 1/2 Uhr: **Extra-Vorstellung** mit brillantem Programm. Auftreten d. gesamten Künstlerpersonals **Auftreten des Löwen-Baron.** Um 9 1/2 Uhr: **CHINA.** Sensationellste Manege- und Wasser-Ausstattungsstück. Neue Anlagen: **Die Erkürmung der großen 20 Fuß hohen glatten chinesischen Mauer.** Die Gifftung der deutschen Flagge. Neu! Neu! **5 Jodels - 5 Akte - 4 Walzner.** **Mlle. Adrienne. - The Martinscks.** Morgen, Freitag, den 16. November, abends 7 1/2 Uhr: **Novitäten-Abend.** Erstes Auftreten der Boomerangwerfer "Rawsons u. Jane".

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. **Der Zauberer am Nil** mit dem originellen **Mumien-Ballett.** Vorher: Das brillante vollständig neue **November-Spezialitäten-Programm.** **Bonhair-Truppe.** **Brüder Pantzer.** **Alice Berley** Beginn der Vorstellung 8 Uhr, der Operette 9 Uhr. Rauchen überall gestattet.

W. Noacks Theater.

Brannenstraße 16. **Der Bettelstudent von Berlin.** Pöffe mit Gesang und Tanz in 3 Akt. von Braun u. Busse. Musik v. Franke. Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.** Freitag: **Der und Stadt.**

Sanssouci

Kottbuserstrasse. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: **Hoffmanns Nord-Sänger.** Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Son 5-7: **Unterhaltungsmusik.** Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf. Nach jeder Soirée: **Tanzkränzchen.** Wochentags Tanz frei. Vereins- und Borzugsbilletts wochentags gültig. Sätze zu Festlich. u. Versammlungen.

Freie Volksbühne.

Winterfest

zur Feier des zehnjährigen Bestehens der Freien Volksbühne am Sonnabend, den 17. November, abends 8 Uhr, **Brauerei Friedrichshain:** **Lyriker-Abend. Solisten-Konzert.** Mitwirkende: Fräulein Bagtnak, Geige. Fräul. Dumont (Deutsches Theater) Recitation. Fr. Bethy Schott, Gesang. Herr Paul, Prolog. Herr Kurz, Orgel. Waldemar Gerks, Pianist. Nach dem Konzert: **Festball** - frei. - Rauchen verboten. Zutritt haben nur Mitglieder mit ihren Angehörigen. - Festmarken a 50 Pf. in allen Zahlstellen.

Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr: II. Abteilung. **Carl Weiss-Theater: Ueber unsre Kraft.** (II Teil) Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. Die Vorstellungen folgen am (Totensonntag, 25. November keine Vorstellung), 2., 9., 16., 23. und 25. Dezember. Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, dass sie nur die Vorstellung ihrer Abteilung besuchen dürfen. Nachzügler haben kein Anrecht auf einen Platz im Theater. **Der Vorstand, I. A.: G. Winkler.**

Max Kliems Festsäle, Hasenheide 13-15.

Jeden Donnerstag: **Große Soirée der "Norddeutschen Sänger"** Zimmermann, Steinhardt, Stangenberg u. Raffeneröffnung 7 Uhr. Nach der Soirée: **Tanzkränzchen.** Jeden Sonntag: **Grosses Militär-Streich-Konzert.** Anfang 6 Uhr. Empfehlung meine 3 Sätze: 1200, 1000 und 500 Personen fassend, Vereinen und Gesellschaften.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. **Wochentags 7 Uhr.** **Rur erstklassige Spezialitäten.** **J. M. Hätt.** **Donnerstag 5 Uhr.** **Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.**

Am Mittwoch, den 14. November cr., eröffnen wir nachstehende beide Linien:

Winterfeldtplatz - Schinkelplatz Fahrpreis ganze Strecke 10 Pf. mit folgenden 5-Pfennig Teilstrecken: **Winterfeldstraße (Gute Winterfeldplatz) bis Raybachstraße.** **Potsdamerstraße (Gute Alvenslebenstraße) bis Welle-Alliance-Brücke.** **Wälschstraße (Gute Rankestraße) bis Lindenstraße (Gute Martgrafensstraße).** **Parfische (Gute Welle-Alliancestraße) bis Leipzigerstraße (Marktgrafenstr.)** **Welle-Alliance-Brücke bis Hausvogtelplatz.** **Lindenstraße (Gute Rankestraße) bis Schinkelplatz.** **Reichenbergerstraße - Rosenhaler Thor** Fahrpreis ganze Strecke 10 Pf. mit folgenden 5-Pfennig Teilstrecken: **Reichenbergerstraße (Gute Wälschstraße) bis Köpcke-Brücke.** **Geirichsplatz bis Alexanderstraße (Jannowigbrücke).** **Stralauerplatz bis Kaiser Wilhelmstraße (Marktgrafenstr.)** **Alexanderstraße (Jannowigbrücke) bis Rosenhaler Thor.** **Neue Berliner Omnibus Aktien-Gesellschaft.**

Damen-Mäntel enorm billig

Direct in der Fabrik bei **Heinrich Rackwitz,** **Niederwallstrasse 28-29.** I. Stock, gleich am Spittelmarkt, viertes Haus rechts. **Chiko Winter-Jaquets und Paletots,** flatt m. Belg. u. auch verjährl. 4, 7, 8, 9, 10, 12, 15, 18-20 RM. **Elegante Capes** 1. Klasse, flach, u. carr. Stoff, etwel. 5, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 15-20 RM. **Wattirte Röder** 7, 8, 9, 10, 12, 15, 18, 24-45 RM. **Kinder-Jaquets u. Mäntel** 3, 4, 5, 6, 8, 9, 12-15 RM. Täglich bis abends 9 Uhr auch Sonntags geöffnet. 5907

van Houtens Cacao

1/2 Kilo genügt für 100 Tassen

Ein Versuch überzeugt, dass **Van Houtens Cacao** für den täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist. Er ist nahrhaft, nervenstärkend, wohlschmeckend, leicht verdautlich und stets schnell bereitet. **Van Houtens Cacao** wird nur in den bekannten Blechbüchsen, niemals lose verkauft, da das lose ausgewogenem Cacao nichts für die gute Qualität bürgt.

In Berlin wird van Houtens Cacao tassenweise ausgeteilt in van Houtens Cacao-Stube Werderstr. 7, Pferdeshaltestelle.

Arbeits-Bekleidung

für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schlosser, Schlichter, Konditoren, Friseur 5617L. En gros - Detail. **D. Wurzel & Co.,** Wrangel-Strasse 17, Eckö Manteuffel-Strasse.

Gelegenheitskauf.

Borjähriqe Winterpaletots in schwarz und blau Gütta, gute Qualität, zu II reichl. eleganter Stil. (58699) für Herren . . . M. 15,- **Jünglings-Paletots** „ 10,50 **J. Reinsner,** Friedrichstr. 244.

Ebenb. Bienehonig, beste Qualität, verpackt 9 Pf. netto zu 6,50 M. 5 Pf. netto zu 4 M. je Rahn. Gar. Purität. **Nordloh,** Bahnhof Augustfehn, Oldenburg. (12292)

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke. **Täglich 4 ausländische 4 Kapellen 4 Gr. Theater-Vorstellung.**

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.** Zum Schluss: (zum achtestenmal) **Excellenz kommt!** Anfang 8 Uhr. Vorher: **Konzert.**

Prima Partie **Schlackwurst** a Pfd. 110 Pf. **Speck,** wäger, hiesige Schlachtung 70 Pf. bei 5 Pfd. a Pfd. **Speck,** fett, bei 5 Pfd. a Pfd. 65 Pf. echt schpr. in **Landshinken,** ganz u. halb 90 Pf. a Pfd. **J. Striepling,** Köpcke-Strasse 163. 2. Geschäft: **Juballdenstr. 147.**

Reinsten Zuckerrübenjaft, Mohrrübenjaft

Liefert das Engros-Geschäft von K. Töpfer, Blumenstraße 35 b **frei ins Haus.** a Pfd. 22 Pf., 3 Pfd. 65 Pf., 5 Pfd. 1 RM.

Möbel

Special-Geschäft für bürgerliche Einrichtungen **Fr. C. Schulz vorm. A. Rienz,** Landsbergerstr. 41, I. Teilzahlung. Mein in besserer Lage Berlin's Belegens, nachweislich sehr gut gehendes **Weiß- u. Bairisch-Bierlokal,** Sitzung-, Verkehrs- und Versammlungs-Lokal vieler Gewerkschaften, Vereine, Arbeitsnachweise, Zahlstellen usw. wegen Verzug nach außerhalb zu verkaufen. **Heinrich Schiller,** Rosenhalerstr. 57. (10415)

Stets frisch angeschlachtet: **Hirschfleisch** 25, 40 Pf. **Blatt** 50. **Hasen** 3,50. **Kaninchen** 80 Pf. **Oderbr. Gänse** 55 auch aufgeschlachtet. **Gänselein, Hühner, Enten, Tauben.** **A. Ritschl,** Drebbenerstr. 61.

Das [58882] **Riesen-Stofflager** **Krausensr. 14 I. Etage,** fertigt nach Mass unter **garantiertem Sitz:** **Hochlegante Winterpaletots** für 36 M. **Hochlegante Anzüge** für 30 M. **Hochfeine Bekleidung** für 10-12 M.

Für 38 Mk. (Lieser ich Winterpaletot nach Maß unter Garantie für guten Sitz, sehr weichen weichen glatte Stoffe, schwarz, blau, braun, bunterweiss, etc. etc. Zwei Anproben handschriftlicher, weiches warm, butter, edelhaft. Samstags, feinsten Verarbeitung.) **Ludwig Engel,** Hauptstrasse 26. Geegründet 1892. **Kur-Bade-Anstalt,** Meyershof, Ackerstr. 132. **Robertmann,** Dampf, Heißluft-Bäder gegen Gicht und Rheumatismus, sowie sämtliche mediz. Bäder für familiäre Krankenanstalten. **Geschuet** von morg. 8 bis abds. 9 Uhr.

Kommunales.

Löhne, Arbeitszeit und Arbeiter-Ausschüsse in städtischen Betrieben. Der Magistrat hatte auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage über die von der Stadt an ihre Arbeiter gezahlten Löhne und deren tägliche Arbeitszeit aufgearbeitet. Von der Versammlung war seiner Zeit diese Vorlage einem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen worden, der sich nach seiner ersten im Juni abgehaltenen Sitzung vertagte, nachdem er noch den Magistrat ersucht hatte, über die Lohn- und Arbeitsbedingungen städtischer Arbeiter einer Reihe anderer Städte Berichte eingeholen. Am Dienstag drehte sich zunächst um die Arbeiter-Ausschüsse in städtischen Betrieben. Ein vom Stadtv. Goldschmidt gestellter Antrag, der Arbeiterausschüsse für alle städtischen Betriebe fordert, wurde mit einem von unsren Genossen Bruns und Hingz gestellten Amendement, welches das passive Wahlrecht auf 25 Jahre festsetzt wissen will und dreijährige Tätigkeit im Betriebe verlangt, angenommen. Vom Magistratsvertreter war verlangt worden, daß das 30. Lebensjahr erst zur Uebernahme eines Vertreters in dem Arbeiterausschuss berechtigen solle.

Eine längere Debatte rief die Festsetzung der Arbeitszeit hervor. Aus der Magistratsvorlage geht hervor, daß in einer ganzen Reihe von Betrieben zehn Stunden gearbeitet würde, in einigen wenigen ist die neunstündige Arbeitszeit in Geltung, während sich noch eine beträchtliche Anzahl mit elf, zwölf und sogar noch dreizehn bis vierzehn Stunden täglicher Arbeitszeit findet. Stadtv. Goldschmidt beantragte, daß in der Regel die Arbeitszeit nicht über 10 Stunden betragen soll und daß in den Betrieben mit kürzerer Arbeitszeit diese nicht etwa auf 10 Stunden verlängert werden dürfe. Bruns-Hingz stellten den Antrag, statt der zehnständigen die neunstündige Arbeitszeit als Regel vorzuschreiben. Der Antrag Goldschmidt wurde schließlich gegen 8 Stimmen angenommen. In etwa 14 Tagen wird sich der Ausschuss in einer weiteren Sitzung mit den Löhnen beschäftigen.

lokales.

Vom Treiben der Heiratvermittler.

Unter den zahlreichen Schmarotzer-Existenzen der Großstadt bilden die Heiratvermittler eine Klasse von besonderer Gemeingefährlichkeit. Das Streben nach einer Verheiratung auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege ist durchaus nicht die Spezialität verkrafter Ledemänner; auch manchem an sich ehrbaren Mädchen erscheint die Heiratsvermittlung als eine Art Erwerbungsanker. Nicht selten, daß halb scherzweise, halb ernsthaft zum Lokalanzeiger oder sonst einem Organ für Ruppel-Anzeigen ein Heiratsgesuch hingetragen wird. Wie viele Handbills und Verlaufsanzeigen, so findet auch die Heiratsannonce bei den direkten Reklamenten weit weniger Beachtung als bei Vermittlern, die es meisterhaft verstehen, auf eine harmlos erscheinende Weise ihren Opfern die Schlinge um den Hals zu werfen. Der Heiratvermittler stellt sich bei der Interessentin meist persönlich ein, schmeichelt ihr alles mögliche über gute Partien vor, die er auf Lager habe und legt der Heiratlustigen, nachdem sie durch solche Euade ihre geworden, ein Stück Papier zum Unterschreiben vor. Sobald die Unterschrift auf diese Weise ergattert worden, hat der „Agent“ seinen Zweck erreicht.

Das Schriftstück, das so einem jungen Mädchen vorgelegt wird, hat in einem von überwiegenen Fall folgenden Wortlaut:

Da nach dem § 636 Heiratvermittlungsgesetz Gebühren und einlagbare Forderungen sind, übernehme ich dem Herrn Fritz Podzus in Berlin, Unter den Linden 14, einen Blankowechsel über Mark dreihundert Mark mit der Erklärung, daß derselbe als Gegenwert für seine Auslagen und Bemühungen bei ihm lagere und ich denselben gleich nach meiner handesamtlichen Trauung datiere und ansfalle. Weigere ich mich, das Akzept zu bezahlen, so ist Podzus berechtigt, den Wechsel auszufüllen, sowie ihn, wo es ihm beliebt zahlbar zu machen und in Verleber zu bringen. Trete ich von diesem Vertrag zurück oder verheirate mich hier oder anderweitig, so zahle ich an Podzus für seine Auslagen und Bemühungen eine Entschädigung von einhundertfünfzig Mark anerkennend, daß diese Auslagen sich auf diesen Vertrag belaufen. Der Erfüllungsort ist Berlin und bleibt der Vertrag verbindlich, ob der Austrag direkt oder indirekt erledigt wird. Zahlungen leiste ich ohne Einwand als freiwilliges Honorar. Bin ich indiskret oder gebe ich Adressen, welche ich von Podzus erhielt, weiter oder verleihe ich dadurch andere Personen, so zahle ich an Podzus eine Konventionalstrafe von 300 M.

Obiges habe ich gelesen und darf Podzus das Akzept in allen Fällen weitergeben und hat Anspruch darauf.

Nachdem dieser „Vertrag“ unterschrieben, ist der Strich gedreht. Von irgendwelchen Verpflichtungen in dem scheinbaren Geschäft ist bei dem Vermittler keine Rede. Er rechnet einfach mit dem Umstand, daß die große Wehrzahl seiner Opfer auf jeden Fall heiratet und beginnt dann rücksichtslos und auf dem bequemsten Wege sein verhängnisvolles Drangsalierungsgeschäft.

Es ist ja in hohem Grade fraglich, ob solche Umgehungen des Gesetzes von rechtlicher Wirksamkeit ist. Aber offenbar spielen diese Geschäftsmänner auf die alte Erfahrung, daß die meisten Leute lieber Opfer bringen und sich preßen lassen, als einen langwierigen Prozeß zu riskieren.

Aus dem dunklen Berlin.

Man sollte es zwar nicht für möglich halten, aber es ist Tatsache: der Aberglaube, von dem das Opfer des Jämide erfährt war, findet sozulagen ein Pendant in einer in Berlin erscheinenden Zeitung. Es ist dies das ultramontane Dasbach-Blatt, die „Märkische Volkszeitung“, die mit einer krankhaften Begier darauf ausgeht, im Zeitalter Darwins und des Lichts all den tollen Gelsenstempel zu galvanisieren, von dem das Mittelalter voll war. Vor einigen Wochen legen wir es als spähhafte Entgleisung gelten, als im Heulleton des Blatts davon die Rede war, daß es vor fast sechstausend Jahren gewesen sei, also zu einer Zeit, wo die Kultur der Menschen in Ägypten und Babylonien bereits eine ansehnliche Höhe erreicht hatte, als Satanas und seine vorweltlichen Konfessionen von ihrem Platz am Himmelsthor in den ewigen Höllenpöhl hinabgestürzt worden wären. Aber es war keine Entgleisung, sondern eine traurige Konsequenz in dem Ziel der Propagierung rücksichtslosster Phantastik. Davon wurden wir bei weiterer gelegentlicher Betrachtung des Blatts nur zu sicher überzeugt. Vor acht Tagen z. B. brachte es eine Art Kritik über die Vespereung, die wir dem Buch des Pastor Pfannkuche „Was liebt der deutsche Arbeiter?“ gewidmet hatten. Da wurde nicht abel auf die deutschen Arbeiter gescholten, daß sie Zola, Darwin, Heine und Weber läsen und keine Bücher von der Art der katholischen hundert Höllengeschichten. Geprüfien aber wurden die geistig Armen, die Mittelstandsklassen, an denen Pastor Pfannkuche mit Bedauern konstatiert hatte, daß sie ein weit geringeres Lebensbedürfnis haben, als die geistig vorgeschrittene Arbeiterschaft.

„Wir betrachten es,“ so schrieb das Dasbach-Blatt, „daher als ein Rompliment für Handwerker und kleine Gewerbetreibende, wenn

der Verfasser der Broschüre von ihnen sagt, daß sie ein weit geringeres Bedürfnis nach Lesüre der geschichteten Art haben, als die Sozialdemokraten. Möge es immer so bleiben, denn das Verlangen nach geistiger Fortbildung“ in der Sozialdemokratie ist vorwiegend der Drang nach Befriedigung größter Sinnlichkeit.“ (1) Besonders Darwin hat es dem katholischen Blatt angethan, und der Umstand, daß Prof. Dr. Jaedel in den Vortragskursen Berliner Hochschulelehrer über Descendenzlehre spricht, muß sogar zu einer gütigen Denunziation gehalten. Nicht schlecht wird da in der letzten Nummer der „Märk. Volksz.“ gefaucht:

„Da haben wir also die Predigt des krafftesten Materialismus und Atheismus, welcher der Nährboden so vieler traurigen Erscheinungen der heutigen Zeit ist, das Fundament, auf dem sich auch Sozialdemokratie und Anarchismus aufbauen und aufgebaut haben.“

Nachdem es diese landesübliche Demunziation vom Stapel gelassen, fordert das Blatt allen Ernstes das Komitee für die Vortragskurse auf, es möge „den vorgelommenen Mißgriff sofort rückgängig machen und Herrn Prof. Jaedel, der erst 3 Vorträge gehalten hat, dazu bewegen, daß er die angefordigten drei weiteren Vorträge nicht mehr hält.“

Das Blatt, das für das geistige Leben Berlins überhaupt nicht in Frage kommt und auch sonst in der Offentlichkeit nur eine ganz untergeordnete Rolle spielt, wird, wie man immerhin wohl überzeugt sein kann, unter den Hochschullehrern mitleidvolles Kopfschütteln erregen. Für die Erforschung des dunkelsten Berlin, des Nährbodens abergläubischer Nüchständigkeit, sind seine krafftlosen Auslassungen aber bei alledem von Belang, und die Thatfache, daß es hier und da auch in den aus den östlichen Provinzen zugewanderten Arbeiterkreisen gelesen wird, sollte der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu denken geben und ihr zu Gemüte führen, daß es nicht allein draußen auf dem Lande, sondern auch in nächster Nachbarschaft noch manche Aufklärungsarbeit zu verrichten giebt.

Daß im Militärstaat der Bürger auch zu andren Zwecken als zu Waffenaübungen aus seiner zivilen Beschäftigung herausgerissen wird, geht aus folgender Mitteilung einer Spandauer Korrespondenz hervor:

Für Massenanfertigung von Bekleidungsstücken in den den Corps-Bekleidungsämtern der Garde und des brandenburgischen Armeecorps (Berlin und Spandau) eine Betriebsverlängerung von einem bisher noch nicht dagewesenen Umfange eingeführt worden. Bevor dies geschah, hatte die Militärverwaltung versucht, die Arbeiten an die Privatindustrie zu vergeben. Mehrere große Konfektionsfirmen in Berlin, sowie auch Schneideereien, die mit Lieferungen bedacht werden sollten, waren jedoch, obwohl ihnen „angemessene Arbeitslöhne“ geboten wurden, nicht im Stande, die sehr umfangreichen Arbeiten in den vorgeschriebenen Fristen zu leisten. Die Militärverwaltung hat daher die sämtlichen Jahrgänge der Oekonomie-Handwerker aus dem Reservebestande zu einer achtwöchigen Uebung eingezogen. Dies geschieht während des Winter-Halbjahres in drei Perioden. In der Wehrzahl sind es Schneider, die zur Militärarbeit eingezogen sind; für sie ist dies, da vor jetzt die beste Saison in der Bekleidungsindustrie haben, sehr einschnellend; in Berlin sind 400, in Spandau 100 Schneider für die erste Uebungsperiode beordert worden. Da die Mühslichkeiten des Bekleidungsamts des Gardecorps nicht ausreichen, sind Werkstätten einer Privatfabrik in der Chausseestraße gemietet worden. Man kann sich die Freude vorstellen, mit der die Weiroffenen die achtwöchentliche „Uebung“ mitmachen.

Ein Streit um die Schule des Waisenhauses der Stadt Berlin zu Kummelsburg ist zwischen dem Berliner Magistrat und dem Provinzial-Schulkollegium entstanden. Die Schule gleicht in ihrer Organisation völlig der Berliner Gemeldeschule, aber das Provinzial-Schulkollegium vertritt den Standpunkt, daß sie nicht als öffentliche Volksschule gelten dürfe. Diese von der Anschauung des Berliner Magistrats abweichende Ansicht ist zum Ausdruck gebracht worden aus Anlaß der kürzlich erfolgten Pensionierung zweier Lehrer des Waisenhauses, der Herren Benno Schulz und Franz Thamm. Das Provinzial-Schulkollegium hat Widerspruch dagegen erhoben, daß die Bestimmungen der Gesetze vom 6. Juli 1885 und vom 8. März 1897 auch auf diese Lehrer Anwendung finden sollten. Wenn der Widerspruch begründet ist, dann würde der von der Staatskasse sonst in Höhe von 600 M. zu leistende Beitrag zu dem Ruhegehalt bei den Waisenhauslehrern wegfallen, also von der Stadt gedeckt werden müssen. Der Magistrat ist beim Provinzial-Schulkollegium gegen die betreffende Verfügung vorstellig geworden. Die beiden Lehrer sind selbstverständlich mit dem vollen Betrage des ihnen zustehenden Ruhegehals, aber unter Vorbehalt des Anspruchs der Stadtgemeinde an die Staatskasse, pensioniert worden.

Mit Recht ist gestern der Fernsprechverkehr eröffnet worden. Gleichzeitig ist er mit Lübtzen und Warin (Meklenburg) eröffnet. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt je 1 M.

Die Liebesgaben für das ostasiatische Expeditionscorps bilden den von der Berliner Gemischthe des Roten Kreuzes veröffentlichten Gabenlisten ein wunderliches Sammelfurium der verschiedenartigsten Dinge. Den Hauptbestandteil machen allerdings warme Unterleiber und andre Gebrauchsgegenstände — neue und alte — aus. Aber die Ansichten darüber, was ein deutscher Soldat im Kriege brauchen kann, werden sofort durch die ansichweisendste Phantastie beeinflusst, wenn ein Geschäftsmann es für notwendig hält, daß auch er in der Gabenliste als Spender paradiert. Man sieht es den Listen ordentlich an, wie so mancher Fabrikant dagelauden und sich hinter den Ohren gefaucht haben mag: „Na, was können wir denn da schiden!“ Wenn eine Pforzheimer Goldwaren-Firma 100 Germania-Gold-Doublé-Uhrketten schickt — die Bezeichnung „Uhrketten“ allein genügt nicht, nur die volle Bezeichnung in Verbindung mit der Firma macht in der Liste die gewünschte Bekanntschaft — dann mag das vielleicht noch angehen. Wenn aber eine in denselben Ort anlassige Konkurrenzfirma zu 12 Rikelfetten 6 Chate-laines aus Gold und Stahlgold und 2 silbernen Bismarck-Radeln 4 silberne Bismarck-Broschen hinzufügt, so muß man schon eher fragen: „Wozu?“ Ueberflüssig ist diese Frage bei der gewiß sehr brauchbaren Spende von 5000 Dosen Insektenpulver, aber dem Berliner Fabrikanten, der sie vergab, dürfte es dabei weniger um die Vertilgung von Ungeziefer als um die Wehrung seines Namens zu ihm gewesen sein. Von demselben Geschäftspunkte aus hat es eine Braunschweiger Firma für unbedingt notwendig gehalten, 120 Stück Couple-Ansichtskarten zu spenden. Die Couplets haben offensichtlich die Heidenknoten zum Gegenstande, die die modernen Hunnen in China verrichten. Die für handschriftliche Zusätze erforderliche Tinte, ein großes Faß, hat eine Berliner Firma geliefert. Wohl aus Furcht, daß bei besagten Heidenknoten das Christentum ein wenig zu kurz kommen könnte, hat eine Frau von so und so dem deutschen Expeditionscorps acht Rote Testamente widmen zu müssen geglaubt. Aber direkt hinter dieser sinnigen Gabe fahrt die Liste 24 Dutzend Spielkarten auf, die eine Straßburger Fabrik zur höheren Ehre ihrer Firma gespendet hat. So durchkreuzt manchmal der Teufel die besten Absichten!

Zu der Sieges-Aller sind gestern abends die Standbilder von drei brandenburgischen Potentaten aus dem Mittelalter enthüllt worden. Ueber den Wert der neuen Marmorbilder urteilt das „Berl. Tageblatt“: Es ist keine Sensation darüber, kein Meisterwerk und keine Entgehung. Die Aller wird dadurch nicht interessanter; nur die Gruppe von Reinhold Felderhoff sagt sich den besseren an, die beiden von Mantje und Graf Götz den vielgevielen,

die ohne Leben und Temperament ihren Existenzgrund nur in dem Namen am Sodel haben.

Daß der Berliner ein fleißiger Briefschreiber ist, zeigt wieder die neue Poststatistik. Danach wurden in der Stadt Berlin 1899 320,5 Millionen Briefe, Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben aufgegeben. Eingegangen sind dagegen nur 227 Mill. Noch größer ist der Unterschied bei den gewöhnlichen Paketen: Berlin gab 19,5 Millionen Pakete auf, empfing dagegen nur 9,5 Millionen. Dem entsprechend erhielt auch Berlin 819,5 Millionen Mark durch Postanweisungen ausbezahlt, während es nur 467,5 Millionen einzahlte.

Am Dienstag wurde hier eine Druckschrift: „Sternberg, Korruption und Kriminalpolizei“, deren Verfasser, Dr. med. Meyerstein, die Ereignisse des Sternberg-Prozesses kritisiert, beschlagnahmt. Die Druckschrift wurde seit Montag im Straßenhandel vertrieben.

Wer es in der preussischen Spezialtugend der Schnellbigkeit zu etwas bringen will, läßt sich beizeiten darin. So haben sich, wie der „Deutschen Tagesz.“ zufolge jetzt durch eine strenge Untersuchung festgestellt wurde, die Schüler einer oberen Klasse einer höheren Lehranstalt auf Grund von Entschleimen, nachdem jeder 4 Stück abgelegt hatte, Revolver angekauft.

Der größte Bauherr Berlins ist zur Zeit der Postfiskus. Denn nicht weniger als sieben große Neu- und Erweiterungsbauten, die den Zwecken der Reichspost dienen, werden augenblicklich ausgeführt. An erster Stelle steht der mächtige Erweiterungsbau der Ober-Postdirektion in der König- und Heiliggeiststraße, welcher im Neuen bereits vollständig fertig ist. Auch der schöne Erweiterungsbau des Haupt-Telegraphenamts an der Ecke der Jäger- und Oberwallstraße ist schon ziemlich weit vorgeschritten und erhält im Gegenzug zu den Strigen im Entschleimen begriffenen postalischen Gebäuden, die im Ziegel-Rohbau gehalten sind, eine Sandstein-Fassade. Von ganz bedeutendem Umfange ist der Neubau des Postamts Lehrter Bahnhof an der Ecke der Invalidenstraße und des Wilhelmshofers, und auch die postalische Centrale für den Süden Berlins, welche am Tempelhofer Ufer auf dem Terrain des ehemaligen Gartens des Nothelfers errichtet wird, gestaltet sich zu einem monumentalen Gebäude. Ferner werden Neubauten ausgeführt in der Prinzessinnenstraße für das Stadt-Fernsprechamt Nr. 4, in der Wallfahrtstraße für das Telegraphen-Telegraphenamt und in der Köpenickerstraße für das Bahn-Postamt Nr. 18, während mit dem geplanten Erweiterungsbau des Postamts Anhalter Bahnhof noch nicht begonnen worden ist.

Ein Diebstahl ist im Igl. Museum verübt worden. Der Dieb benutzte die Gelegenheit, als am Sonnabendnachmittag zwischen 1 und 1 1/2 Uhr der Museumsdiener auf einen Augenblick in das Direktionszimmer gerufen wurde, mit einer Figur, die in einem der ersten Säle im Erdgesch. am Hofe nicht weit vom Eingang stand, zu verschwinden. Die Figur stellt einen gelackten Knaben dar, der in der Linken eine Muschel und in der Rechten einen Wappenschild hält, auf dem er sich stützt. Die Figur ist nach der Wappenschild, der mehrere Köpfe aufweist, ist oben rechts blank, hat in der Mitte oben einen Bruch und vom Ausgrabten her einen großen Fleck und unten rechts mehrere Kränze. Die Figur hat einen Wert von 3000 bis 4000 Mark.

Im Prozeß Sternberg wurde gestern, wie bereits mitgeteilt, die Verhandlung in Abtät ausgeführt, jedoch hat in dem Geschäftshaus des Angeklagten, Wilhelmstr. 46/47, ein Lokaltermin stattgefunden, zu dem Sternberg seit zehnmonatiger Untersuchungshaft zum erstenmal die roten Mauern von Noabit verlassen durfte. Begleitet vom Kriminalkommissar v. Treskow und zwei weiteren Kriminalbeamten, fuhr der Angeklagte in geschlossenem Wagen vor und begab sich sofort mit seinen Begleitern in die Räume, in denen die zahllosen Mannskripte aufgeschichtet liegen, unter denen Sternberg die für ihn wertvollen Briefe herausfinden will, welche nachweisen, daß ihn seit 15 Jahren ein Erpreßerkomplott verfolgt. Die Durchsuchung der zahlreichen Kisten, die mit Briefen angefüllt sind, dauerte von 9 bis 12 Uhr; doch war es, einem hiesigen Blatt zufolge, unmöglich, unter der Masse von Papieren die betreffenden Schriftstücke herauszufinden. Nach dreistündigem Bemühen einer allerdings bezeichnenden Arbeit wurde Sternberg wieder in das Untersuchungsgelände zurückgeführt, und der Gerichtshof wird nun darüber zu bestimmen haben, ob noch eine abermalige Suche nach den Briefen stattfinden soll.

Verbrecher-Nachz. Der nicht langer Zeit wurden zwei „schwere Jungen“, der ehemalige Schlosser Wilhelm Schlitzler und der ebenfalls wegen Einbruchs und Diebstahls schon mehrfach vorbestrafte August Ramast, in der Provinz wegen schweren Einbruchs festgenommen. Ramast wälzte alle Schuld auf Schlitzler ab und wollte selbst nur „Schwierigkeiten“ haben. So kam er mit einem Jahr Zuchthaus davon, während sein Diebsgenosse zu 6 1/2 Jahren verurteilt wurde. Das argere Schlitzler bekennt, daß er sich zu rächen beabsichtigte. Am 2. Januar 1898 brachen Diebe, die über die Dächer gingen, bei dem Schneidemeister Hinz in der Frankfurter Allee 44 ein und haulten arg in der Wohnung. Als Hinz sie überfallen wollte, entfielen die Eindringler wieder über die Dächer. Die Radforschungen der Kriminalpolizei waren wohl ohne Erfolg geblieben, wenn ihnen nicht die Person Schlitzlers zu Hilfe gekommen wäre. Dieser beschuldigte Ramast, nachdem er sein Jahr verbüßt hatte, in Gemeinschaft mit einem Schmied Hirschl jenen Einbruch verübt zu haben. Ramast, der in seiner Wohnung in der Brodtauerstraße verhaftet wurde, leugnete und beschuldigte fälschlich einen Bruder des Schlitzler, Hirschl aber, der von seiner Arbeitsstelle weg festgenommen wurde, legte ein Geständnis ab, will aber nur als „Schmierer“ betätigt sein. Beide wurden gestern nach Noabit in Untersuchungshaft abgeführt.

Die Linde der Kinder, sich an Wagen zu hängen, fährte gestern abend zu einem eigenartigen Unfall. Der 14 Jahre alte Sohn Richard des Zimmermanns Gutlich aus der Reichenstraße 2 trieb das oft gerügte Spiel an einem Rollwagen auf dem Alexanderplatz. Sein linker Bein hing dabei seitwärts vom Wagen. Am kam von der Landbergerstraße her ein andres Laisfahrwerk und fuhr so dicht an dem Rollwagen vorbei, daß dem Jungen das Bein zwischen den beiden Rädern zerquetscht wurde. Das Publikum mußte helfen, um ihn aus seiner Lage zu befreien. Die linke Wade war so zerissen, daß sie auf der Unfallstation X in der Alten Schützenstraße genäht werden mußte. Der herbeigekommene Vater brachte den Unglücklichen mit einer Droschke nach Hause, mußte ihn aber heute einem Krankenhaus zuführen, da sich sein Zustand bedenklich verschlimmert hatte.

Geisteskrank? Zur Untersuchung seines Geisteszustands einer Anstalt überwiesen wurde der Dr. med. G. Er war, wie wir seiner Zeit berichteten, wegen eines in Stadtbahnzuge begangenen Sittlichkeitsverbrechens zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der nach der Urteilsverkündung des G. mit der Sache betraute Rechtsanwalt Bronker hatte Revision beim Reichsgericht eingelegt, das auf Grund eines Fortschlagers das erste Urteil aufhob. In dem jetzt vor der IV. Strafkammer stattgehenden Termin glaubte der Sachverständige, Sanitätsrat Dr. Wittenzweig, an der Hand des neuen, ihm beschafften Materials die Frage nach der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten nicht ohne weiteres beantworten zu können. Es war nämlich festgestellt worden, daß mehrere nahe Verwandte des Krates teils im Wahn gestorben sind, teils noch im Irrenhaus sich befinden. Auch die unter Anklage gestellte That und die Umstände, unter denen sie in einem besetzten Wagen der Stadtbahn begangen wurde, mußten, wie der Verteidiger hervorhob, den Zweifel an die geistige Gesundheit des Mannes bestärken. Demzufolge beschloß der Ge-

richtig, Dr. G. einer Anstalt zur Beobachtung zu überweisen, ihn zunächst aber aus der Haft zu entlassen.

Eine Bewegung gegen die Große Berliner Wasserleitung. Die Arbeiter wollen die Wasserleitung um Abfassung der schlimmsten Missethäter petitionieren. Die „Große“ hat schon ähnliches laudend über sich ergehen lassen und wird sich heute, wo sie festher denn je im Sattel sitzt, den Teufel um einen derartigen Petitionssturm scheeren.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche am 13. September v. J. abends gesehen haben, wie der Arbeiter Aug. Potoworski in der Mühlentorstraße von einem Wehmann überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse bei August Hartzel, Nitzdorf, Hermannstr. 35, I. Aufg. II, umgehend abzugeben. Es handelt sich darum, bei der Berufsgenossenschaft die Rechte der Witwe und der Kinder geltend zu machen.

Wegen Kindesmords wurde, wie wir seiner Zeit mitteilten, die 22 Jahre alte Verkäuferin Anna Kasdorf am Sonntag vor acht Tagen verhaftet und zunächst als Polizeigefangene in ein Krankenhaus gebracht. Sie ist dringend verdächtig, ihr neugeborenes Kind, dessen Leiche man in der Oesenhöhle fand, erdrosselt zu haben, und wurde daher gestern nach ihrer Wiederherstellung von der Kriminalpolizei nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht.

Apollotheater. Jetzt ist gut Ketten sprengen. Es klingt zwar schauerlich, hat aber trotzdem etwas für sich: Die alte Zeit von Achtundvierzig scheint wieder angebrochen. Allerdings mit dem Unterschied, daß damals ganze Völker sich ihrer Fesseln zu entledigen suchten, während heute solches Thun einer anderwärts Echar von Uebermenschen vorbehalten bleibt. Zuerst im Wintergarten, dann im Circus Busch und nunmehr im Apollotheater wird das Kunststück, seiner Fesseln zu spotten, vor Polizei und Publikum gezeigt, und wenn das so fort geht, bricht die bis jetzt von den Schärfern und Quackern vergeblich prophezeigte Anarchie democh herein. Denn wo sollte die heilige Ordnung bleiben, wenn selbst den Polizeifesseln nicht mehr zu trauen ist?

Im Apollo-Theater arbeitet ein Herr Josephi in den allgemach populär gewordenen Tricks. Ja, es scheint, als ob dieser Herr die vom staatsverhaltenden Standpunkt aus so bedenkliche Kunst am gewandtesten läßt. Er läßt sich gefesselt in der Luft führen und in kaum einer halben Minute erscheint er der Fesseln ledig vor dem Publikum, er wird mit starken Bänden an ein Kreuz gefesselt, und wiederum hat er sich in wenigen Sekunden befreit. Auch das Kunststück im Reiselocher läßt Herr Josephi; er läßt sich an Händen und Füßen gefesselt verpacken und erscheint in kurzer Zeit als freier Mann vor den Augen der Zuschauer, während statt seiner ein Herr, der mit ihm das geheimnisvolle Spiel betreibt, gefesselt aus dem verschärften Koffer hervorgeholt wird. Durch dies Kunststück zeigt sich das Publikum besonders überrascht.

Aus den Nachbarorten.

Rigdorf. Die Ergänzungswahlen für die aufgelassenen sowie für die durch den bekannten Urteilspruch des Ober-Verwaltungsgerichts ausgeschiedenen Stadtverordneten der dritten Wahlklasse finden laut Bekanntmachung des Magistrats am Donnerstag, den 22. November d. J. von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags statt. Die Bezirke, in welchen gewählt wird, werden später bekanntgegeben. Wahlberechtigt ist jeder preussische Staatsangehörige, der im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist und bis zum 1. Juli dieses Jahres das 24. Lebensjahr erreicht hat, sowie mindestens die zweite Steuerstufe (1,33 M. pro Vierteljahr) bezahlt. Diejenigen Wähler, welche verzogen sind, müssen ihre Stimme in dem Bezirk abgeben, wo sie vor dem 1. Juli d. J. gewohnt haben.

Nicht eines jeden Parteigenossen ist es, schon jetzt dafür zu agitieren, daß die Beteiligung trotz des ungünstigen Wahlergebnisses eine regere wird, als wie bei der letzten Wahl, zumal es nicht ausgeschlossen ist, daß wir diesmal zwei Parteien zu bekämpfen haben. Nach der Mitteilung einer bürgerlichen Zeitung wird wahrscheinlich der im hiesigen Orte neugegründete Mieterverein bei der bevorstehenden Wahl ebenfalls Kandidaten aufstellen. Daß die Vertreter dieser Richtung die Interessen der Arbeiter nicht so vertreten werden, als wir es von unsren Genossen im Roten Hause verlangen, geht schon daraus hervor, daß in einer Versammlung der Vorschlag, den „Vorwärts“ als Inspektionsorgan anzuerkennen, abgelehnt wurde. Unsere Vertreter im Stadtparlament haben bisher nicht nur die Interessen der Mieter, sondern die Interessen der Unterdrückten im allgemeinen vertreten. In diesem Sinne werden die von uns gewählten Stadtverordneten auch weiter arbeiten. Der Vertrauensmann.

Reinickendorf. Der Wahlverein hält am Sonnabendabend 8 1/2 Uhr bei Wm. Weinhardt (früher Wirtin), Hauptstr. 48, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vortrag des Genossen Kiesel. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Der Vorstand.

Spitzelei. In der Wohnung des Genossen Grünwald, der seit letzten von Jena-Weimar nach Berlin - Pankow übergesiedelt ist, fand sich am Montagmorgen ein höchst merkwürdiger und auch für weitere Kreise interessanter „Besuch“ ein. Während Genosse Grünwald mit seiner Frau abwesend war, erschien in der Dämmerstunde bei dem Mädchen ein Herr, der sich als Franz vorstellte, gleich angab, er selbst lenne Herrn Grünwald nicht, er sei aber von einem Jenaer Herrn an ihn empfohlen worden, dessen Namen er anzugeben - versäumte. Als ihm der Besuch wurde, daß niemand sonst zu Hause sei und er seinen Besuch doch später wiederholen möchte, stellte er sich in die Thüre und zwar so, daß es unmöglich wurde, diese ohne seinen Willen zu schließen und begann eine sehr sprunghafte Unterhaltung mit dem Mädchen, das bis dahin in seiner thüringischen Rauteidat leider noch nicht in die Geheimnisse preussisch-deutscher Spitzelei tiefer eingedrungen war. Herr „Franz“ fragte nun unter andern, ob Herr Grünwald für den „Vorwärts“ schreibe, für die „Gleichheit“ und „solche roten und grünen Hefte“, als ihm das Mädchen antwortete, das wisse sie nicht, aber den „Vorwärts“ und die „Gleichheit“ halte Herr Gr. mit und sie hole diese und andre Blätter von der Post, sprach Herr „Franz“ sofort mit der Frage ein, ob sie auch Briefe zur Post brächte und gerade für solche Blätter und wann. Hierauf mußte ihm „leider“ geantwortet werden, daß Grünwald seine Postfächer stets selbst beziege, was Herr „Franz“ mit einem bebauernden „hm, hm“ beantwortete. Er zeigte dann nach einigen ähnlichen Fragen noch lebhaftes Interesse auch für die Frau des Genossen Grünwald, ob diese z. B. immer mit nach Berlin fahre und ebenso lange wie Gr. dort bleibe zc. zc. Sehr tief für die Bildung und die „Empfehlung“ aus Jena besonders ließ sodann die Frage des Herrn „Franz“ klingen, ob Gr. in Weimar auch noch „studiert“ habe! Als ihm geantwortet wurde, daß ja in Weimar gar keine Universität sei, und dem Mädchen nun endlich stärkere Bedenken über diesen „seinen Herrn“ kamen, verabschiedete er sich sehr höflich und versprach, am Dienstagvormittag wiederzukommen, „das Mädchen brauche aber seinen Namen Herrn Gr. nicht zu sagen, das könne ihn ja doch nicht interessieren“.

Herr „Franz“ befand sich hier sehr im Jertum, und wenn er wirklich am gestrigen Vormittag seinen Besuch wiederholt hätte, was leider nicht geschehen ist, so hätte er die ihm sicher sehr ehrende Erfahrung machen können, daß den Genossen Grünwald noch viel mehr an ihm interessiert als der simple Name, der bekanntlich in diesen Fällen nur - Schall und Rauch ist.

Schöneberg. Zu unbefoldeten Stadträten wiedergewählt sind in der letzten Stadtverordneten-Sitzung die Herren Joffe, Klotz, Räther und Leonhardt.

Nunmehr hat auch die kgl. Regierung in Potsdam die nach dem Einkommensteuer-Gesetz von ihr zu ernennenden Mitglieder der Einkommenssteuer-Kommision bezeichnet. Für die Führung der Geschäfte des Vorsitzes der Einkommenssteuer-Kommision soll von der Staatsregierung vom

1. April 1900 ab eine jährliche Entschädigung von 18 000 M. gewährt werden.

Schwer verunglückt ist gestern bei der Arbeit der Stuccateur R. aus Charlottenburg. Er wollte mittags seine Arbeitsstätte in der Apostel-Kauldstraße verlassen, als vom Gerüst, an dem er sich befand, ein Stein herunterfiel, welcher dem Bedauernswerten einen Schädelbruch zufügte. Von der Unfallstation in der Bahnhofsstraße, wohin der Schwerverletzte zuerst gebracht wurde, wurde er dem Charlottenburger Krankenhaus zugeführt.

Ueber das Weberleid in Rowaves wird uns geschrieben: Das freundliche Bild, das die Aufmerksamkeit des nach Potsdam fahrenden Reisenden auf sich lenkt, wenn die Bahn an den grün gestrichenen Fensterläden der einstigen Weberkolonie Rowaves vorüberzieht, hat schon oft den Anlaß gegeben, mit einigen Worten deder zu gedenken, die als Opfer der Umwälzungen in der Textilindustrie hier mühsam ihr Leben fristen. Durch immer stärkere Einführung des mehr und mehr vervollkommenen mechanischen Webstuhls in den Fabriken hat auch in Rowaves die Hausindustrie einen argen Stoß erlitten. Die Weber haben ihr einstmals wertvolles Arbeitsgerät auf den Boden geworfen und dem Ruf des Fabrikanten Folge leisten müssen. Die überflüssigen, aber noch kräftigen Weber haben sich andren Beschäftigungen zugewandt und sind Bahnbau- oder Streckenarbeiter geworden. Der letzte Rest der Bedauernswerten, denen oft die körperliche Fähigkeit fehlt, andre Arbeit zu leisten, schafft mit wenigen Ausnahmen zu den schlechtesten Bedingungen. Hier nur einige Zahlen, die zeigen sollen, wie hoch im Durchschnitt der Verdienst der Arbeiter ist. Die beste Arbeit, „Geweile“, bringt einen Durchschnittsverdienst von wöchentlich 15 M. Abwärt kommen die „Länder“, Durchschnitt 10 M. Als schlechteste Arbeit kann „Cheviot“ (Wuschspille) gelten, Durchschnitt 6-7 M. pro Woche. Es ist erklärlich, daß immer mehr Arbeiter der Weberei weichen und dadurch preisdrückend bei andren Arbeiten wirken. Die hierdurch entstandene bequeme Gelegenheit, zu billigen Arbeitskräften zu kommen, haben sich eine Anzahl Kapitalisten denn auch nicht entgehen lassen. Immer mehr Schornsteine wachsen in Rowaves empor. Der Ort maniert sich. Die charakteristischen grünen Fensterläden verschwinden allmählich und mit ihnen die Meinung, daß die Arbeiter auch ohne Organisation etwas Besseres erreichen können. Sogar der aufgeklärte Arbeiter ist es, dafür zu sorgen, daß die politische Entwicklung nicht hinter der ökonomischen zurückbleibt.

Eine Krise im Brauereigewerbe soll bevorstehen. In den Brauereien der Umgebung der Reichshauptstadt trübt es, einer Zeitungsmeldung zufolge, bedenklich; man führt das auf die Konkurrenz der großen Berliner Brauereien zurück, die liberaler Mitteln eingerichtet haben und somit die kleineren Brauereien gänzlich verdrängen. In der Versammlung des Vereins für Handel und Gewerbe, die vorgestern in Potsdam tagte, kam die Angelegenheit zur Besprechung, die auch schon in der Handelskammer verhandelt wurde. Der Vorsitzende konstatierte ohne Widerspruch das „unberechtigte“ Eindringen der Berliner großen Brauereien in das heimische Abgabebiet der Potsdamer Brauereien. Die kleinen Brauereien seien dem Ruin verfallen, wenn diesen Bestrebungen nicht entgegengetreten würde. Wenn es mit dem Entgegenstehen nur so einfach wäre!

Der Gärtnerarbeiter Franz Pfuhl, der verdächtig ist, den Mordanschlag auf den Schützenwort Siegmund in Rowaves-Reudorf verübt zu haben, ist in der Person eines Mannes festgestellt worden, der längst in Kollberg-Neudorf verhaftet worden ist. Man hat in Pfuhl, der bereits mehrfach verurteilt ist und erst kürzlich sieben Jahre Justizhaus verbüßt hat, einen äußerst gefährlichen Verbrecher, der noch andre Straftaten begangen hat, festgenommen. Er dürfte sich im Februar n. J. vor dem Potsdamer Schwurgericht zu verantworten haben.

In Carlsdorf hat sich gestern Morgen eine Liebes- tragödie abgepielt. Ein Beamter namens Graff versuchte die Frau eines Gastwirts Pusch, mit der er in nähere Beziehungen getreten war, und sich selbst zu vergiften. Es gelang jedoch, die Frau zu retten, auch Graff blieb am Leben und wurde als Untersuchungsgefangener nach Moabit gebracht. Er hatte in eine Flasche Wein, die er mit der Frau in der Gastwirtschaft austrank, Gift gethan.

Gerichts-Bettung.

Eine neue Schwurgerichtsperiode beim Landgericht I begann gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Polenski mit der Verhandlung einer eigentümlichen Schießangelegenheit. Der 33jährige Kaufmann Hans Hefte hatte sich wegen versuchter Tötung zu verantworten. Der Angeklagte unterhielt seit Jahren mit der unehelichen Christine Lesmer ein Liebesverhältnis. Die letztere wohnte im Hause Zimmerstr. 51 bei der Witwe Wurst. Am Sonntag, den 12. Februar vorigen Jahres erhielt die Lesmer den Besuch ihres „Bräutigams“, des Angeklagten. Die Zimmermädchen hörten bald darauf einen heftigen Wortwechsel und dann fielen in schneller Aufeinanderfolge drei Schüsse. Die Wirtin der Lesmer sowie der gerade bei ihr anwesende Friseur Jantzhaber eilten nach dem Lesmerschen Zimmer, fanden die Thüre aber verschlossen. Nach längerem Klopfen öffnete ihnen der Angeklagte, der die Keyierung that: „Holen Sie einen Schenkmann und lassen Sie mich verhaften!“ Die Lesmer lag auf dem Boden zwischen Tisch und Sofa, sie erhob sich aber nach einer kurzen Weile und erklärte, daß sie nicht getroffen sei. Jantzhaber sah an der Wunde der Lesmer zwei schwarze Stellen, er nahm deshalb an, daß sie von den Schüssen getroffen sei. Hefte ängerte dann, offenbar verwundert, zu der Lesmer: „Frauengemmer, Du bist nicht getroffen, Du bist nicht tot? Du mußt anders wie die andern sein, Du mußt einen Panzer tragen.“ Die Hinzugelommenen ließen einweilen die Sache auf sich beruhen, Hefte äußerte sich mit seiner Frau und die letztere lehrte erst am folgenden Morgen nach ihrer Wohnung zurück. In dem Zimmer der Lesmer waren inzwischen drei Kugeln gefunden worden. Bei ihrer ersten polizeulichen Vernehmung gab die Lesmer an, daß sie mit dem Angeklagten in Streit geraten sei, weil sie sich geweigert habe, für ihn Schulden zu bezahlen. Darauf habe Hefte einen Revolver hervorgezogen und drei starke Schüsse auf sie abgefeuert. Sie wisse aber nicht, ob er sie habe töten oder nur erschrecken wollen. Bei ihrer zweiten Vernehmung trat die Lesmer direkt als Entlastungsgewinn für den Angeklagten auf. Sie behauptete, daß er die Waffe nicht gegen sie, sondern unter den Tisch gerichtet habe und daß er sie nicht habe treffen wollen. Später gab die Lesmer wieder eine andre, für den Angeklagten noch günstigere Erklärung ab. Danach habe der ganze Geschehnis nur ein Scherz zu Grunde gelegen, wobei sie von zwei Schüssen verfehlend getroffen worden sei. Diese Angabe beruhte der Angeklagte auch bei seiner Vernehmung im Termin als Grundlage zu seiner Verteidigung. Der Sachverständige, der die Lesmer sechs Tage nach dem Vorfall unterwies hat, entdeckte bei ihr an der linken Hüfte eine Schußwunde von der Größe eines Nippelpfistlers mit blauen Flecken, die auf eine sattschlechte Quetschung schließen ließen. Es handelte sich um eine sog. „matte Augel“, die durch einen Widerstand unwirksam gemacht worden ist. Auf der Rückseite der Wunde der Lesmer war ferner erkennbar, daß daselbst eine scharfe Kugel aufgeschlagen war und eine ähnliche Stelle zeigte sich an rechten Oberarm. Aus allen diesen Umständen gelangte die Staatsanwaltschaft zu dem Schlusse, daß der Angeklagte, ein jähzorniger Mensch, die Lesmer habe töten wollen und daß man vor der letzten Erscheinung trübe, daß eine Geschädigte wieder besseres Wissen zu Gunsten des Täters aussage. Da die Lesmer behauptete, daß sie mit dem Angeklagten verlobt sei und ihn heiraten wolle, so stand sie nicht unter dem Druck des Eides, da sie gesetzlich nicht verehelicht werden konnte.

Der Staatsanwalt hielt die Angaben des Angeklagten und seiner Frau für ein Märchen und zweifelloß für erwiesen, daß der Vorfall sich so abgepielt habe, wie aus den Thatsachen mit den belastenden Aussagen des Angeklagten selbst zu schließen sei. Er

hat, die Schuldfragen im Sinne der Anklage zu bejahen. Die Verteidiger, Rechtsanwälte Dr. Neuberger und Dr. Schmidt, führten dagegen aus, daß nur eine Fahrlässigkeit vorliege. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auch nur auf Schuldig der fahrlässigen Körperverletzung und da es an dem erforderlichen Strafantrag seitens der Verletzten fehlte, mußte auf Einstellung des Verfahrens erkannt werden.

Die Kosten des Konitzer Meinelidsprozesses gegen Mahlof und Genossen belaufen sich nach Informationen an Gerichtsstelle auf rund 30 000 M. Es sind im ganzen 167 Zeugen geladen gewesen, von denen 131 vernommen wurden. An einzelne Zeugen mußten Beiträge bis zu 500 M. an Gebühren gezahlt werden.

Vermischtes.

Die Explosion bei Wiesa. Wie sich nunmehr herausgestellt hat, fanden in dem Puto schacht bei Wiesa zwei Explosionen schlagender Wetter statt, und es wurden 13 Personen getötet, darunter 4 Betriebsbeamte; ferner wurden 9 Personen schwer, 10 leicht verletzt.

Eisenbahnunfall bei Elze. Amlich wird bekannt gegeben: Gestern abend 10 Uhr 15 Min. stieß am Südende des Bahnhofs Elze der von Göttingen kommende Güterzug 6767 auf einen im Bahnhof Elze arbeitenden Rangierzug, wobei zwei Lokomotiven und 10 Wagen entgleisten und beide Hauptgleise der Strecke Elze-Banteln so geyert wurden, daß der Verkehr der Schnell- und Personenzüge nur durch zeitweiliges Umrangieren der Wagen möglich war und diese Züge zum Teil erhebliche Verspätungen erlitten. Der Zugführer des Güterzugs wurde leicht verletzt, der Materialschaden ist ziemlich bedeutend. Der Zusammenstoß ist durch Ueberfahren des auf „Halt!“ stehenden Bahnhofsabfuhr-Signals hervorgerufen worden.

Katastrophe bei einem Stierkampf. Bei einem in Pedreguer in der Provinz Alicante abgehaltenen Stierkampf, bei welchem Frauen die Rollen der Toreros übernommen hatten, brachen die Tribünen zusammen; 12 Personen wurden getötet, 200 verletzt.

Für Reisende aus Alexandrien ist in Konstantinopel eine achtundvierzigstündige Beobachtung und strenge Desinfektion angeordnet worden.

Das finanzielle Ergebnis der Weltausstellung. Die Kassen der Weltausstellung haben, dem „Verl. Tagebl.“ zufolge, insgesamt 47 076 803 Taler vereinbahmt von den 65 Millionen Taler, die der Credit Foncier übernommen hatte. Von den 18 Millionen nicht abgesetzter Taler dürfte sich ein großer Teil bei Privatleuten verkrämelt haben, welche Lose der Weltausstellung-Lotterie gespielt haben; an jedem Lose waren bekanntlich 20 Taler befestigt. Das Resultat der Weltausstellung hat sich infolge des Andrangs während der letzten Wochen besser gestaltet, als zu befrüchten war. Am letzten Tage wurden 330 809 Besucher gezählt. Bei der letzten Weltausstellung im Jahre 1889 gingen insgesamt 28 149 852 Taler ein.

Eine Entschädigungsklage von 100 000 Rubel hat die italienische Tänzerin Vina Campana gegen die Direktion der kaiserlichen Theater in Petersburg anhängig gemacht. Die Tänzerin war nach Petersburg berufen worden; ihr Debit auf der kaiserlichen Bühne kam aber nicht zu stande, und die Direktion bot ihr 3000 Rubel Abfindungsgeld. Frau Campana wollte das Geld jedoch nicht annehmen und reiste nach Paris ab. Motiviert wird die Klage gegen die Theaterdirektion durch den Umstand, daß die Direktion durch ihre Handlungsweise den künstlerischen Ruf der Tänzerin geschädigt habe. Verteidiger der Interessen der Dame ist ein Petersburger Rechtsanwalt und Poet.

Marktpreise von Berlin am 13. November 1900

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.		Kartoffeln, neue, D-Gr.		6.-	4.-
*) Weizen, gut D-Gr.	15,30	15,28	Wendische, Reite 1 kg	1,80	1,20
„ mittel	15,26	15,24	„ do. Band	1,30	1.-
„ gering	15,22	15,20	„ Schweinefleisch	1,90	1,10
**) Roggen, gut	14,35	14,32	„ Kalbfleisch	1,80	1.-
„ mittel	14,29	14,26	„ Hammelfleisch	1,60	1.-
„ gering	14,23	14,20	„ Butter	2,60	2.-
*) Weizen, gut	15,40	14,70	„ Eier 60 Stk	4,80	3.-
„ mittel	14,60	14.-	„ Karfen 1 kg	2,30	1,20
„ gering	13,90	13,30	„ Kase	2,50	1,40
*) Hafer, gut	16,20	15,30	„ Zander	2,90	1,20
„ mittel	15,10	14,20	„ Dichte	1,80	1.-
„ gering	14,10	13,20	„ Borste	1,60	0,80
Rüchstroh	7.-	6.-	„ Schote	2,30	1,20
Heu	7,00	5,10	„ Biete	1,40	0,80
Grüne	40.-	25.-	„ Kresse	12.-	3,50
Speisebohnen	45.-	20.-			
Linien	70.-	30.-			

*) ab Bahn. **) ab Bahn und frei Mühle. f) frei Wagen und ab Bahn.

Produktionsmarkt vom 14. November. Der Getreidemarkt verkehrte heute in schwacher Tendenz infolge der mitteren Witterung und der neuen Haltung der auswärtigen, besonders der nordamerikanischen Märkte. Auch bräute der geringe Warenbedarf bei wieder vermehrtem Angebot aus dem Inlande und die fortgesetzten russischen Offerten. Die Weizenlieferungen gaben um 1,25 M., Roggenlieferungen um 0,75 M. nach. Hafer und Rüböl war still bei kaum veränderten Preisen. Spiritus. Wer Voco Spiritus notierte 45,80 M. oder 30 Pf. niedriger.

Städtischer Schlachthofmarkt. Berlin, 14. November 1900. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 498 Rinder, 1720 Schafe, 1064 Schafe, 11 011 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (beziehungsweise für 1 Pfund in Pfd.): Ochsen: a) vollfleischige, ausgewählte, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00-00; b) junge fleischige, nicht ausgewählte und ältere ausgewählte 00-00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte jeden Alters 00-00. - Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 47-50. - Ferkeln und Lämmer: a) vollfleischige, ausgewählte Ferkeln höchsten Schlachtwertes 00-00; b) vollfleischige, ausgewählte Lämmer höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgewählte Lämmer und wenig gut entwickelte jüngere Lämmer und Ferkeln 00-00; d) mäßig genährte Lämmer und Ferkeln 44-47; e) gering genährte Lämmer und Ferkeln 39-42. - Kälber: a) feine Mastkälber (Schlachtschlacht) und beste Saugkälber 70-80; b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 70-74; c) geringe Saugkälber 65-62; d) ältere, gering genährte (Ferkel) 32-38. - Schafe: a) Mastlammern und jüngere Mastlammern 60-67; b) ältere Mastlammern 52-59; c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Wergschafe) 44-50; d) Hölflammer Mastschafe (Schlachtschlacht) 00-00. - Schweine: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 220-280 Pfund schwer, 54-55; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Kaiser) 56-57; c) fleischige 50-52; d) gering entwickelte 40-49; e) Sauen 48-50. Für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara.

Verkauf und Tendenz. Vom Rinderaustrich blieben ungefähr 140 Stück unverkauft. Der Rinderhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen fanden etwa 400 Stück Absatz. Der Schweinemarkt verlief langsam und wird voraussichtlich nicht getrübt.

Notiz: Im Marktbericht vom Sonnabend, den 10. cr., ist die Schweine-notiz a) richtig zu lesen: 55 statt 50 M.

Witterungsüberblick vom 14. November 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer, hoch in mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer, hoch in mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C.
Eutinende	759	SO	5bed.	6	Daparanda	763	S	6bed.	4		
Leimbürg	755	SO	1Regen	5	Beiersdorf	759	SO	4 bis bed.	7		
Berlin	758	SO	3bed.	4	Sort	759	SO	2	4		
Frankf./M.	758	SO	1bed.	2	Aberdeen	751	SO	2wolkig	4		
München	758	SO	1wolkig	0	Paris	-	-	-	-		
Wien	760	SO	2bed.	6							

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 15. November 1900. Ein wenig kühler, vorwiegend trübe mit Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.